Einzelpreis 15 Pfennig

Volksstimme

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei im Regierungsbezirk Magdeburg

Die „Volksstimme" erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich A. Meisterfeld, Magdeburg, für Inserate Wilh. Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag W. Pfannkuch & Co., Magdeburg. Fernspr. Amt Norden 22361—22365, Nachtruf (ab 19 Uhr) 22951. Postzeitungsliste Seite 120. — Bezugspreis: Monatl. 2,30, Abholer 2,00 Mk., Einzelpreis 15, Sonntags 20 Pf. — Anzeigenpreise für die Hauptausgabe: 1 mm Höhe und 27 mm Breite lokal 18, auswärts 15 Pf., Familienanzeigen u. Stellengesuche 8 Pf., Reklame 1 mm Höhe u. 90 mm Breite lokal 70, auswärts 90 Pf., Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 14 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen unterm Text 33⅓ % Aufschlag. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen bei nicht rechtzeitiger Aufgabe keine Gewähr. Platzvorschrift unverbindlich. Erfüllungsort Magdeburg. Postscheckkonto 122 Magdeburg (W. Pfannkuch & Co., Magdeburg).

Nr. 164 | Donnerstag, den 17. Juli 1930 | 41. Jahrgang

Brüning verhandelt mit der Sozialdemokratie

Sozialdemokraten fordern Streichung der Kopfsteuer als Voraussetzung weiterer Verhandlungen

Reichspräsident gibt Vollmacht für Reichstagsauflösung und Anwendung des Artikels 48

Reichspräsident oder Stahlhelmpolitiker?

Reichspräsidenten-Büro oder Stahlhelmkanzlei? – Otto Brauns Antwort – Brüning will vermitteln

Tu. Berlin, 16. Juli. Wie die Telegraphen-Union erfährt, wird die Initiative zur Beilegung des Konfliktes zwischen dem Reichspräsidenten und dem preußischen Ministerpräsidenten wegen des Stahlhelmverbots in Rheinland und Westfalen von der Reichsregierung ausgehen. Reichskanzler Brüning wird den Reichspräsidenten aufsuchen, um mit ihm die Lage zu besprechen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß der Reichskanzler noch im Laufe des Mittwoch auch mit Ministerpräsident Braun über die Angelegenheit verhandeln wird.

*

Wieder einmal ist die Rolle, die Reichskanzler Brüning spielt, eine umstrittene. Im Reichstag ist am Dienstag versichert worden, Brüning habe erst durch die Presse von dem Stahlhelmschreiben des Reichspräsidenten erfahren. Heute wird behauptet, daß der Reichskanzler von diesem Briefe nicht nur Kenntnis gehabt hat, sondern daß darüber auch mit ihm Besprechungen abgehalten worden sind. Dagegen sollen die Ministerkollegen Brünings über den Brief nicht informiert gewesen sein.

Die Zentrumspartei würde gut tun, über die Rolle ihres Kanzlers volle Klarheit zu schaffen. Die Treviranus-Briefe und die seltsamen Umstände bei der Sprengung des Kabinetts Müller haben das Vertrauen zu Brüning schwer genug belastet. —

Nur ein „Privatbrief"

Berlin, 16. Juli. Das Büro des Reichspräsidenten gibt eine Erklärung ab, in der entschieden in Abrede gestellt wird, daß irgendwelche politischen Hintergründe hinter dem Schritte des Reichspräsidenten zu suchen seien. Hindenburg habe sein an Otto Braun gerichtetes Schreiben lediglich als Privatbrief angesehen und ihn aus diesem Grunde nicht vom Reichskanzler gegenzeichnen lassen.

*

Diese Erklärung macht die Dinge nicht besser. Privatbriefe des Reichspräsidenten in einer politischen Angelegenheit dürfen nicht amtliche Handlungen, wie es die Absage der Rheinlandreise ist, ankündigen. Und noch weniger dürfen Privatbriefe der Presse übergeben werden, ehe sie in den Händen des Adressaten sind. —

Stahlhelmführer bei Waentig

Berlin, 16. Juli. (Eigner Drahtbericht.) Der preußische Innenminister Waentig empfängt noch heute die Bundesführer des Stahlhelms, um auf Grund des bisherigen Briefwechsels mit ihnen über die Vorbedingungen einer Aufhebung des Stahlhelmverbots für Rheinland und Westfalen zu verhandeln. —

Der Stahlhelmbriefwechsel

Der Reichspräsident hat in einem Schreiben an den preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun seine Teilnahme an den Rheinlandfeiern im befreiten preußischen Gebiet schroff abgelehnt. Dies Schreiben ist eins der seltsamsten Dokumente, das jemals ein Staatsoberhaupt erlassen hat. Sucht man nach Vergleichen, so muß man schon das berüchtigte Daily Telegraph-Interview Wilhelms II. heranziehen. Der Standpunkt, den dieses Schreiben vertritt, ist nicht minder seltsam: Hindenburg will das befreite Gebiet nicht besuchen, wenn der Stahlhelm nicht vor ihm paradiert. Es heißt nicht mehr: das Vaterland über die Partei, sondern: der Stahlhelm über das befreite Gebiet und das Vaterland!

Die Ratgeber des Reichspräsidenten haben ihn in eine außerordentlich kritische Situation gebracht. Es war schon schlimm genug, daß von diesen Ratgebern der Widerstand gegen die Nennung Stresemanns im offiziellen Aufruf der Reichsregierung und des Reichspräsidenten zur Befreiung des Rheinlandes ausging. Noch viel schlimmer ist dieses Schreiben. Seine Form ist derart, daß die Absicht unverkennbar daraus hervorleuchtet, einen ernsten Konflikt mit der preußischen Regierung heraufzubeschwören, und zwar derart, daß eine jede Möglichkeit der Verständigung ausgeschlossen ist.

Nicht nur politisch, auch rein staatsrechtlich ist der Reichspräsident in eine völlig unhaltbare Position hineinmanövriert worden. Er macht seinen Besuch im preußischen Rheinland von der Aufhebung des Stahlhelmverbots abhängig. Entweder war dies Verbot gesetzlich, dann kann es nur nach Erfüllung gesetzlicher Bedingungen aufgehoben werden, oder es war nicht gesetzlich, dann müßte es aufgegeben werden ohne Rücksicht darauf, ob nun der Reichspräsident das Rheinland besuchen will oder nicht. Die Absicht, eine reine Rechtsfrage abhängig machen zu wollen von einer persönlichen Entscheidung des Reichspräsidenten, würde das Wiederaufleben des persönlichen Regiments bedeuten, wie es in der Vorkriegszeit bestanden hat.

Der politische Zweck, den die verantwortlichen Ratgeber des Reichspräsidenten mit diesem Schreiben ver-

Sozialdemokratische Bedingungen

Vollmachten für den Reichskanzler

Berlin, 16. Juli. Die Reichsregierung läßt in den Mittagsstunden bekanntgeben, daß Reichskanzler Brüning am Vormittag vom Reichspräsidenten Hindenburg ausdrücklich die bereits erteilten Vollmachten noch einmal bestätigt bekommen hat.

Diese Vollmachten gehen dahin, daß die Reichsregierung das Recht hat, auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung das Deckungsprogramm durch Notverordnung in Kraft treten zu lassen, falls eine Erledigung auf parlamentarischem Wege nicht möglich ist. Er hat ferner die Vollmacht, den Reichstag aufzulösen, falls dieser die Verordnung wieder aufheben sollte.

Schließlich hat der Reichskanzler die Vollmacht, den Reichstag aufzulösen, falls ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung angenommen wird oder falls bedeutsame politische Ereignisse es notwendig erscheinen lassen wollten. —

*

Verhandlungen eingeleitet

Berlin, 16. Juli. Auf Veranlassung des Zentrumsabgeordneten und Vizepräsidenten des Reichstags, Esser, fanden am Dienstagabend zwischen dem Reichskanzler und den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Müller-Franken und Dr. Breitscheid Besprechungen über die Deckungsvorlagen der Reichsregierung statt.

Im Anschluß daran traten die Führer der hinter der Regierung stehenden Parteien zu einer Besprechung zusammen. Ergebnis dieser Besprechung war die Aufforderung an die Sozialdemokraten, bis Mittwochvormittag 12 Uhr mitzuteilen, unter welchen Voraussetzungen sie zur positiven Mitarbeit bei der Verabschiedung der Deckungsvorlage bereit sein würden.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird in ihrer Erwiderung darauf hinweisen, daß ihre Vorschläge bereits in ihren Anträgen im Steuerausschuß enthalten sind. (Eine Zusammenfassung dieser Vorschläge finden unsre Leser an andrer Stelle. Die Red.)

Der „Vorwärts" schreibt zu dem am Dienstagabend aufgenommenen Verhandlungen unter anderm: „Gelänge es der Sozialdemokratie, den zur Beratung stehenden Vorlagen die Giftzähne auszubrechen und den Abbau zum Verfassungsbruch zu verhindern, so würde sie sich um die Arbeiterklasse und damit um das ganze Volk ein großes Verdienst erwerben. Sie wird darum ihre Bemühungen zu diesem Ziel nicht aufgeben, solange noch eine letzte Aussicht auf Erfolg besteht. Wollen aber die bürgerlichen Parteien die Verständigung nicht, so wird die Stellung der Sozialdemokratie in den kommenden Kämpfen nur noch stärker sein."

Die am Dienstagabend eingeleiteten Besprechungen werden — wie der „Sozialdemokratische Pressedienst" erfährt — Mittwochvormittag fortgesetzt. Inwieweit es gelingen wird, Vorschläge zu einer Verständigung und damit zu einer Verabschiedung der Deckungspläne auf parlamentarischer Basis zu finden, ist zurzeit noch nicht abzusehen.

Brief an das Zentrum

Die Abgeordneten Breitscheid und Müller-Franken haben an den Zentrumsabgeordneten Esser am Mittwoch folgenden Brief gerichtet:

> Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist bereit, in mündlichen Verhandlungen die Bedingungen bekanntzugeben, unter denen sie eine Verabschiedung der Deckungsvorlage mit ihrer Unterstützung für möglich hält.
>
> Sie hat jedoch schon gestern durch die Rede ihres Vertreters im Plenum des Reichstags erkennen lassen, daß die in der Deckungsvorlage enthaltene Kopfsteuer, die sogenannte Bürgerabgabe, für sie vollkommen unannehmbar ist. Voraussetzung für fruchtbare Verhandlungen wäre daher die Bereitwilligkeit der andern in Betracht kommenden Parteien, auf die Bürgerabgabe zu verzichten.
>
> In diesem Falle wäre auch Gelegenheit gegeben, über notwendige Aenderungen der Vorlagen zur Arbeits- und Krankenversicherung in Verhandlungen einzutreten.

In parlamentarischen Kreisen wird der Vermutung Ausdruck gegeben, daß es gewissen Elementen in der Regierungskoalition nur darum zu tun ist, nach der formellen Absage der Deutschnationalen auch eine ebenso formelle Absage der Sozialdemokratie zu erzielen, und dann freie Bahn für die Anwendung des Paragraphen 48 zu haben.

In der heutigen Reichstagssitzung, die um 3 Uhr begann, dürfte sich ein klares Bild über die völlig undurchsichtige Situation ergeben, jedoch ist auch mit der Möglichkeit zu rechnen, daß eine Entscheidung heute noch nicht fällt. —

(Reichstagsbericht siehe Seite 2)

folgt haben, ist ganz offenkundig. Am Montag hat die Deutschnationale Partei von der Regierung Brüning verlangt, eine Krise in Preußen herbeizuführen und eine Rechtskoalition zu bilden. Am Dienstag erfolgte die Veröffentlichung dieses Schreibens des Reichspräsidenten, das nach Ansicht seiner Urheber zu einer Sprengung der Preußenkoalition führen sollte. In der Hand seiner Ratgeber wird der Reichspräsident benutzt, um die reaktionären Bürgerblockabsichten aus dem deutschnationalen Lager zu verfolgen.

Der Reichspräsident war am Dienstag nicht in Berlin, sondern auf seinem Jagdgut. Wie ist das Schreiben zustande gekommen? Wer hat den Reichspräsidenten zum Stahlhelmkanzlisten gemacht? Die Lage ist für Hindenburg um so peinlicher, als er sich stahlhelmerischer als der Stahlhelm gezeigt hat, denn das „Bundesamt" des Stahlhelms hat sich weniger geneigt gezeigt, die Verhandlungstür zu Preußen zuzuschlagen. Wer hat die Veröffentlichung des Hindenburgsbriefs genau zu dem Zeitpunkt besorgt, da im Reichstag das Zentrum die Verhandlungen mit den Sozialdemokraten anbahnte?

Die Reichsregierung aber ist in eine außerordentlich schwierige Situation geraten. Der Konflikt, der von den unverantwortlichen Ratgebern des Reichspräsidenten heraufbeschworen ist, muß die Autorität des Reichspräsidenten beträchtlich ins Wanken bringen. Die Reichsregierung hat vom Reichspräsidenten für ihre Zwecke die Vollmacht zu außerordentlichen Maßnahmen verlangt. Ein Reichspräsident, der den Stahlhelm über das befreite Gebiet, über die Ueberparteilichkeit stellt, die vom Reichspräsidenten verlangt werden muß, soll durch seine Unterschrift Steuergesetze in Kraft setzen, für die eine Reichstagsmehrheit nicht vorhanden ist. Ein so gewagtes und abenteuerliches Spiel soll durchgeführt werden, gestützt auf eine ins Wanken geratene Autorität, in einem Augenblick, in dem sich gegen diesen Schritt zum persönlichen Regiment bereits im Regierungslager selbst heftiger Protest erhebt? Die unverantwortlichen Ratgeber des Reichspräsidenten haben nicht nur ihm selbst, sondern auch der Regierung Brüning einen außerordentlich schlechten Dienst erwiesen!

Hindenburg selbst hat die Frage seiner Mitgliedschaft im Stahlhelm aufgeworfen. Nach diesem Brief wird ihm Objektivität in Konflikten zwischen Staatsbehörden und Stahlhelm nicht mehr zugebilligt werden können. Reichspräsident oder Stahlhelmpolitiker? Hindenburg wird entscheiden müssen. Die erste Forderung, die an ihn gestellt werden muß, ist der sofortige Austritt aus dem Stahlhelm und die Lösung von denjenigen Ratgebern, die aus dem Reichspräsidentenbüro eine Stahlhelmkanzlei gemacht haben.

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß der Zweck des Hindenburgbriefes der Konflikt mit Preußen war, dann die Tatsache, daß Hindenburg nach der bayrischen Pfalz fahren will, in ein Gebiet, wo das Uniformverbot den Stahlhelm nicht minder wie in Preußen hindert, in „geschlossenen Formationen" aufzumarschieren. Ein Beweis zugleich für die Ungeschicklichkeit, mit der der Konflikt mit Preußen vom Zaun gebrochen wurde.

Im weitern Verlauf der Dinge hat der Reichskanzler Brüning dem preußischen Ministerpräsidenten den Wunsch des Reichspräsidenten abermals nahegelegt. Der Stahlhelm hat am 23. Juni an den Reichskanzler ein längeres Schreiben gerichtet, in dem er darauf beharrt, daß der Stahlhelm nicht gegen die Gesetze verstoßen habe. Die Abschrift dieses Schreibens hat der Stahlhelm am 4. Juli dem preußischen Ministerpräsidenten übersandt. Das preußische Staatsministerium hat darauf die Sachlage geprüft und sich dahin entschieden, daß dies Schreiben keine Grundlage biete für eine Aufhebung des Verbots.

Am 14. Juli, also am Montag, ist dem Stahlhelm nahegelegt worden, eine von beiden Bundesführern unterzeichnete Erklärung abzugeben und Garantien dafür zu bieten, daß er nicht gegen die Gesetze verstoßen werde. Dieses Schreiben ist am 14. Juli hinausgegangen. Noch bevor aber der Stahlhelm-Bundesvorstand zu diesem Schreiben Stellung genommen hat, hat der Reichspräsident jenen Brief an den preußischen Ministerpräsidenten gerichtet, der die Antwort des Stahlhelms vorwegnimmt und in einer so prononciert unfreundlichen Weise abgefaßt ist, daß er die Absicht erkennen läßt, jede Verständigung unmöglich zu machen. Der Brief macht der preußischen Staatsregierung nicht nur Illoyalität zum Vorwurf, sondern darüber hinaus, daß sie ungesetzlich gehandelt habe. Er enthält positive Unrichtigkeiten: so ist es nicht richtig, daß der Reichspräsident die Annahme der Einladung an die Voraussetzung geknüpft habe, daß das Stahlhelmverbot aufgehoben werde. Dieser Behauptung steht das formelle und bestimmte Dementi von damals entgegen, daß die Reise des Reichspräsidenten an keinerlei Voraussetzungen geknüpft sei. Der preußische Ministerpräsident hat dennoch versucht, die Angelegenheit in einer Unterredung mit dem Reichspräsidenten zu klären und zu bereinigen, aber diese Unterredung wurde zwecklos, als er erfahren mußte, daß der Brief veröffentlicht worden war, ehe er noch in seinen Händen war. Die preußische Staatsregierung hat danach in einem Antwortschreiben ihr Bedauern über diesen Brief zum Ausdruck gebracht.

So ist die Sachlage. Sie läßt nur zu deutlich erkennen, welches Spiel hier getrieben wird.

Das Spiel ist obendrein noch dadurch weiter enthüllt worden, daß mehrere Stunden nach der Veröffentlichung des Briefes des Reichspräsidenten bei der preußischen Staatsregierung ein Antwortschreiben des Stahlhelm-Bundesvorstands einlief, das in ungleich konzilianterer Form gehalten war als das Schreiben des Reichspräsidenten und vielleicht die Möglichkeit zu Verhandlungen mit der Stahlhelmleitung zugelassen hätte, wenn nicht das Schreiben des Reichspräsidenten vorangegangen wäre.

Die vorgesehenen Feiern aus Anlaß der Reise des Reichspräsidenten in das befreite preußische Gebiet am Rhein werden nun wahrscheinlich unterbleiben. —

Brauns Antwort an Hindenburg

Die Antwort des preußischen Ministerpräsidenten auf das Schreiben des Reichspräsidenten zugunsten des Stahlhelms lautet:

Hochverehrter Herr Reichspräsident!

Aus Ihrem Schreiben vom 15. Juli 1930 muß ich zu meinem Bedauern ersehen, daß Sie Ihre Teilnahme an den rheinischen Befreiungsfeiern im preußischen Gebiet nunmehr von der Wiederzulassung der in den Provinzen Rheinland und Westfalen aufgelösten Gruppen des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten, E. V., abhängig machen. Ich empfinde dies um so schmerzlicher, als dadurch ein Mißklang in die Befreiungsfeiern hineinkommen muß, den ich, soweit es an mir liegt, gern vermieden sehen würde.

Um Ihrem Wunsche, Herr Reichspräsident, auf Wiederzulassung des Stahlhelms in den Provinzen Rheinland und Westfalen entgegenzukommen, hat der Herr preußische Minister des Innern mit meinem Einverständnis dem Bundesamt des Stahlhelms gegenüber mit Schreiben vom 14. Juli 1930 die Wiederzulassung der in diesen Provinzen aufgelösten Gruppen dieser Vereinigung in Aussicht gestellt. In diesem Schreiben, auf das auch Sie, Herr Reichspräsident, Bezug nehmen, hat der Herr preußische Minister des Innern zum Ausdruck gebracht, daß er gegen eine Neubildung der aufgelösten Gruppen des Stahlhelms in den Provinzen Rheinland und Westfalen keine Bedenken geltend machen würde, wenn ihm von der Bundesleitung des Stahlhelms bindende Zusicherungen für eine künftige, den bestehenden Gesetzen nicht zuwiderlaufende Betätigung gegeben würden. Zu einer solchen Forderung bestand Veranlassung, da an der Ernsthaftigkeit der Versicherungen des Stahlhelms auf Grund seiner bisherigen Haltung berechtigte Zweifel gehegt werden mußten, die nur mit bindenden Zusagen der verantwortlichen Bundesführer beseitigt werden können. Eine Antwort des Stahlhelms auf das Schreiben des Herrn preußischen Ministers des Innern ist jedoch bisher nicht eingegangen.

Ihre Auffassung, Herr Reichspräsident, daß die Auflösung des Stahlhelms in Rheinland und Westfalen dem Sinne des Gesetzes vom 22. März 1921 (Reichsgesetzblatt Seite 235) zuwiderlaufe, vermag ich mir nicht zu eigen zu machen. Ich stelle vielmehr fest, daß die gesetzmäßig zuständigen Stellen Preußens und des Reiches übereinstimmend das Verbot auf Grund einwandfreien und reichhaltigen Tatsachenmaterials erlassen haben. Es ist mir nicht bekannt, inwieweit Ihnen, Herr Reichspräsident, Material vorgelegen hat, das zu dem in Ihrem Schreiben vom 15. Juli zum Ausdruck gebrachten Urteil führen konnte.

Ich wäre nach wie vor bereit, die Neubildung des Stahlhelms für die in Rede stehenden Gebiete zuzulassen, falls ich die Ernsthaftigkeit der vom Stahlhelm gegebenen Zusicherungen anzunehmen in der Lage wäre und insbesondere die Gesetzmäßigkeit seines künftigen Verhaltens als gewährleistet betrachten könnte. Dies wäre möglich, wenn der Stahlhelm die von ihm geforderte Erklärung, die lediglich der geltenden Gesetzeslage entspricht, abgäbe und damit von sich aus das Hindernis, das Ihrer Meinung nach Ihrer Teilnahme an den Befreiungsfeiern entgegensteht, aus dem Wege räumte.

Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen wird, die Bedenken, die sich Ihrer Reise in das Rheinland entgegengestellt haben, noch zu beheben und daß es der Bevölkerung des rheinischen Gebietes vergönnt sein wird, doch noch Sie, sehr geehrter Herr Reichspräsident, bei den Befreiungsfeiern begrüßen zu können.

Mit dem Ausdruck meiner besonderen Verehrung

Ihr sehr ergebener Braun.

Das Schreiben des Reichspräsidenten an Otto Braun ist veröffentlicht worden, bevor es in den Händen des Empfängers war.

*

Waentigs Brief an den Stahlhelm

Der preußische Innenminister Dr. Waentig hat unter dem 14. Juli 1930 an das Bundesamt des Stahlhelms in Berlin folgendes Schreiben gerichtet:

„Der Herr preußische Ministerpräsident hat mir die an ihn gerichtete Eingabe Ihres Herrn 1. Bundesführers Seldte vom 4. Juli 1930, in der die Bitte um Wiederzulassung des Stahlhelms in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen ausgesprochen wird, zuständigkeitshalber übersandt.

In der dieser Eingabe beigefügten Abschrift an den Herrn Reichskanzler vom 23. Juni 1930 [illegible] der Herr 1. Bundesführer, daß der Stahlhelm [illegible] Bundesführung [illegible] Bundesführung [illegible] dem Gesetz vom 22. März 1921 (RGBl. S. 235) und seinen Aus-führungsbestimmungen verbotene militärische Beschäftigung dargestellt habe. Diese Auffassung nimmt Ihren Erklärungen jedes Gewicht. Der Wert Ihrer Versicherung über die künftige Beachtung der bestehenden Bestimmungen durch den Stahlhelm hängt vielmehr davon ab, daß die vom preußischen Staatsministerium vertretene Auffassung der Versicherung zugrunde gelegt wird.

Ich könnte mich deshalb nur dann entschließen, die Versicherung als geeignete Grundlage für eine Wiederzulassung des Stahlhelms in Rheinland und Westfalen anzusehen, wenn sie diesem Gesichtspunkt Rechnung trägt und mir gegenüber in einer Form erfolgt, die eine stärkere Bindung des Bundes an die Zusage erkennen läßt.

In der Anlage lasse ich Ihnen eine solche Erklärung zugehen mit dem Anheimstellen, sie durch die Bundesführer Seldte und Duesterberg eigenhändig vollziehen zu lassen und mir einzureichen.

Im Falle der Abgabe der Erklärung bin ich bereit, die Neubildung des Stahlhelms in Rheinland und Westfalen nicht zu beanstanden."

Die verlangte Erklärung

Die dem Schreiben Waentigs beigelegte Erklärung hat den folgenden Wortlaut:

„Die unterzeichneten beiden Bundesführer des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten, geben hiermit namens des von ihm vertretenen Bundes der preußischen Staatsregierung gegenüber die folgende Erklärung ab:

1. Die Bundesführer des Stahlhelms bestreiten nicht mehr, daß die Vorgänge, die zur Auflösung des Stahlhelms in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen durch Verfügung des preußischen Ministers des Innern vom 8. Oktober 1929 geführt haben, eine nach dem Gesetz vom 22. März 1921 (RGBl. S. 235) verbotene Befassung mit militärischen Dingen darstellten.

2. Die Bundesführer des Stahlhelms geben hiermit die nachdrückliche Versicherung ab, daß eine den Vorschriften des Gesetzes vom 22. März 1921 (RGBl. S. 235) zuwiderlaufende Betätigung, namentlich auch die Ausbildung und Uebung der Mitglieder im Waffenhandwerk und im Gebrauch von Kriegswaffen, sowie die Veranstaltung solcher oder ähnlicher Uebungen, wie sie zu der Auflösung vom 8. Oktober 1929 Anlaß gegeben haben, im Stahlhelm verboten ist. Der Stahlhelm wird sich mit allen Mitteln dafür einsetzen, daß dieses Verbot restlos befolgt wird, und daß Mitglieder, die dem Verbot zuwiderhandeln, ohne weiteres aus dem Bund ausgeschlossen werden.

3. Die Bundesführer werden dafür Sorge tragen, daß im Falle der Wiederzulassung des Stahlhelms in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen an die Spitze neu zu bildender Landesverbände und Untergliederungen nur Personen gestellt werden, die die Gewähr dafür bieten, daß die Anordnungen und Weisungen der Bundesführung wirklich befolgt werden."

Zur Vorgeschichte

Die Vorgeschichte des Stahlhelmbriefes des Reichspräsidenten stellt sich nach Erklärungen, die der preußische Ministerpräsident Otto Braun am Dienstag der Presse gab, folgendermaßen dar:

Die Oberleitung des Stahlhelms war mehrfach darauf hingewiesen worden, daß sie Uebungen militärischer Art, die zweifelsfrei gegen die Gesetze verstoßen, unterlassen müsse. Sie hat entsprechende Erklärungen abgegeben, aber die Uebungen fortgesetzt.

Nach der großen Uebung bei Langenberg erfolgte das Verbot. Die tatsächlichen Vorgänge und ein reiches dokumentarisches Material, das beim Stahlhelm gefunden wurde, haben die schlüssigsten Beweise erbracht, daß der Stahlhelm gegen das Gesetz vom 22. März 1921 verstoßen hat.

Bei einer gelegentlichen Unterredung des preußischen Ministerpräsidenten mit dem Reichspräsidenten hat der Reichspräsident erklärt, die Herren Seldte und Duesterberg hätten ihm dargelegt, daß das Verbot auf falschen Voraussetzungen beruhe, und hätten ihm befriedigende Erklärungen abgegeben. Der preußische Ministerpräsident hat darauf die Sachlage dargelegt, der Reichspräsident hat ihm, die beiden Führer selbst zu empfangen. Die Herren Seldte und Duesterberg haben aber niemals einen Empfang nachgesucht.

Als die Rheinlandreise des Reichspräsidenten in Sicht kam, tauchten Gerüchte auf, daß der Reichspräsident seine Reise von der Aufhebung des Verbots abhängig machen wolle. Diese Gerüchte sind damals vom Büro des Reichspräsidenten energisch dementiert worden. Der preußische Ministerpräsident hat [illegible] dem Reichskanzler Müller und dem früheren Innenminister Severing dargelegt, daß der Stahlhelm keine Erklärung abgegeben [illegible] und daß [illegible].

Doppelte Krise

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:

Mit der einen, der der Regierung Brüning, ist's noch nicht genug. Es mußte noch eine zweite hinzukommen, die Reichspräsidentenkrisis. Als am Dienstagnachmittag der Brief Hindenburgs an den preußischen Ministerpräsidenten im Reichstag bekannt wurde, gerieten die Gruppen in lebhafte Bewegung, die die Wandelhalle dicht füllten und die ohnehin in starker Spannung waren.

Der sogenannte „große Tag" kündete sich schon draußen an. Vor dem Südportal waren außer zahlreichen Ministerautos einige hundert Zuschauer erschienen, die sich die Auffahrt ansehen und wenn möglich Tribünenplätze ergattern wollten. Vergebliches Mühen. Die Tribünen waren seit dem frühen Morgen „ausverkauft".

Im Hause dichtes Gewimmel. Die weite Halle und die Foyers angefüllt mit Hunderten von Menschen, deren erregte Unterhaltung dumpf von den hohen Gewölben widerhallt.

Die Glocken melden sich pünktlich wie immer, seitdem Paul Löbe das Regiment führt. Der Sitzungssaal füllt sich. Als nach Erledigung der ersten beiden Punkte die Steuervorlagen aufgerufen werden, kann auf den Bankreihen kaum der bekannte Apfel zu Boden fallen. Es sind 453 Abgeordnete anwesend. Nur 40 fehlen. Die ersten [illegible] Kranken. Von den 152 Sozialdemokraten sind nur 7 nicht anwesend. Die Regierungsestraden zu beiden Seiten des Präsidentenplatzes dicht besetzt mit den ominösen Geheimräten, die in ihrer großen Mehrzahl stehend den Verhandlungen folgen müssen, weil nicht annähernd genügend Sitzplätze zur Verfügung stehen.

Um ¾1 Uhr erhält Reichskanzler Brüning das Wort. Lautlose Stille. Die bald 2000 Menschen, die den Saal unten und oben füllen, horchen gespannt, ob die Regierung sich endlich zu einem festen Entschluß aufgerafft hat oder ob sie das Ende dem blinden und blöden Zufall einer winzigen Mehrheit oder einer beträchtlichen Minderheit überlassen will.

Heinrich Brüning ist ganz in Schwarz. Selbst der Schlips ist von dieser Farbe der Trauer. Nur die Stirn leuchtet weiß. Und das zerfurchte Gesicht, aus dem seit einem Vierteljahr alle glatte Selbstzufriedenheit verschwunden ist. Er hat sich das Regieren ohne die Sozialdemokratie als angenehmen Spaziergang durch die politischen Felder vorgestellt. Er hatte sich die Spaltung der Deutschnationalen als ein einfaches Manöver gedacht, das ohne Umschweife gelingen und ihm die sichere Mehrheit gegen die Arbeiterpartei bringen würde. Freund Treviranus hat ihn bös in die Tinte gelockt. Das zermürbte, zerfurchte Gesicht legt Zeugnis davon ab.

Brüning hat eine helle Stimme. Darum dringt sie durch einen großen Raum, obwohl sie nicht kräftig ist. Er bleibt verständlich, auch wenn laute Zwischenrufe ertönen, mit denen die Kommunisten nicht sparen.

Was sagt der Regierungschef? Zuerst [illegible]schaftliche Selbstverständlichkeiten, die jedermann geläufig

Tag der Sensationen im Reichsparlament

Zuerst Neurode

Auf der Tagesordnung der Dienstagsitzung des Reichstags steht als erster Punkt der Ausschußbericht über die Anträge zur Neuroder Grubenkatastrophe. Auf Antrag des Abg. Drewitz (Wirt. Pt.) wird die Tagesordnung dahin ergänzt, daß mit der Beratung der Deckungsvorlage der wirtschaftsparteiliche Antrag auf Reichstagsauflösung verbunden wird. Zur Neuroder Grubenkatastrophe empfiehlt der Ausschuß einen Antrag, der die Regierung ersucht, mit größter Beschleunigung die Ursache des Unglücks festzustellen und alle Maßnahmen zu ergreifen, um Katastrophen dieser Art zu verhindern. In einer Ausschuß-Entschließung wird die Reichsregierung ersucht, aus Anlaß der großen Grubenkatastrophe Neurode bis zu 1 Million Reichsmark dem Fonds beim Oberbergamt Breslau zur Verfügung zu stellen mit der Maßgabe, daß auch bei vorangegangenen und etwa nachfolgenden Einzelunfällen des niederschlesischen Bergbaues aus diesen Mitteln Beihilfen gewährt werden können.

Abg. **Jadasch** (Komm.) erklärt, die Grubenkatastrophe sei dadurch verschuldet worden, daß die Verwaltung der Wenzeslaus-Grube die Sicherheitsvorschriften gröblich verletzt und dadurch die furchtbaren Wirkungen des Kohlensäure-Ausbruchs ermöglicht habe. Die schuldigen Direktoren der Grube müßten sofort verhaftet werden.

Abg. Limbertz (Soz.):

Wenn jemand für die Bergarbeiter und ihre Sicherheit das Menschenmögliche getan hat, dann war es meine Partei und der Bergarbeiterverband. (Gebrüll der Komm., Beifall der Soz. — Mehrere Kommunisten werden wegen schwerer Beschimpfungen des Redners zur Ordnung gerufen.) Seit vierzig Jahren hat der Bergarbeiterverband im Kampf gegen die Zechenherren und die Staatsgewalt sich durchgesetzt. Mehr als einmal hat unser unvergeßlicher Otto Hue von dieser Stelle aus an das Gewissen der Oeffentlichkeit appelliert. Was an Schutzbestimmungen vorhanden ist, danken die Bergarbeiter ihrer Organisation und unsrer Partei. Wir lehnen es ab, heute schon ein Urteil über die Schuldfrage zu fällen. Wir lehnen es aber auch ab, uns von solchen Leuten belehren zu lassen, die

noch nicht einmal ihre Nase in ein Bergwerk gesteckt

haben. (Gebrüll der Komm. — Sehr wahr! bei den Soz.) Aus dem umfangreichen Bericht des Ausschusses zur Untersuchung der Kohlensäureausbrüche im schlesischen Bergbau, an dem auch die Arbeitervertreter mitgearbeitet haben, geht hervor, daß gegenüber diesen noch neuartigen Erscheinungen alles geschehen ist, was getan werden konnte. Von 1901 bis 1910 hatten die Kohlensäureausbrüche in Niederschlesien 8,1 Prozent Unfälle zur Folge, von 1911 bis 1920 noch 4,2 Prozent, und von 1921 bis 1929 nur 2,2 Prozent. Das spricht dafür, daß die Vorsichtsmaßnahmen genützt haben. (Ruf von den Komm.: Wo hast du diese Zahlen her?) Aus dem Bericht, den Sie auch studieren sollten, wenn Sie mitreden wollen. (Sehr gut! bei den Soz. — Geschrei der Komm.) Wenn trotzdem ein so furchtbares Unglück passiert ist, so kann man nicht vor Abschluß der Untersuchung behaupten, daß jemand daran schuld ist. Die Einzelangaben des Vorredners sind auch unrichtig. Es kommen doch auch in Rußland Bergwerksunglücke vor. Erst vor kurzem mit 27 Toten, dann wieder ein Eisenbahnunglück mit 39 Toten. Warum schreien Sie nicht darüber? Die allgemeinen Sicherheitsmaßnahmen im deutschen Bergbau und die Mitwirkung der Arbeiter daran stehen jedenfalls weit über dem, was in Rußland auf diesem Gebiet vorhanden ist. Wir werden auch weiter für die Sicherung der Bergleute arbeiten und uns nicht irre machen lassen durch Ihr Theater. (Lebhafter Beifall der Soz. — Andauerndes Geschrei der Komm.)

Der Ausschußantrag — Reichshilfe bis zu 1 Million Mark — wird mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Weingesetzes, das in zweiter und dritter Lesung mit geringfügigen Aenderungen verabschiedet wird.

Die Kanzlerrede über die Deckungsvorlagen

Es folgen die Deckungsvorlagen. Die Berichterstatter — darunter Abg. Steinkopf (Soz.) — verzichten auf das Wort. Um 15.45 Uhr beginnt

Reichskanzler Dr. Brüning

unter allgemeiner Spannung mit seiner Rede: Angesichts der gesamtpolitischen Lage und der wochenlangen Verhandlungen ist es wohl nicht notwendig, hier noch viele Worte zu machen. Das Volk verlangt eine Entscheidung, aber nicht weitere Reden und Verhandlungen. Ueber dem Volk liegt das dunkle Gefühl der Unsicherheit, das belastend für die Wiederankurbelung der deutschen Wirtschaft wirkt. Das Volk hat das starke Gefühl (Zuruf von den Komm.: . . . . „daß Sie verschwinden müssen!“), daß wir in dieser schwierigen Situation Taten zeigen müssen und nicht Reden. Die Forderungen der Regierung, die für die Sanierung besonders der Arbeitslosenversicherung unerläßlich sind, sind nicht überall verstanden worden.

Die völlig neuartige wirtschaftliche Entwicklung mit ihrer Umstürzung der Warenpreise zwingt alle Regierungen von jeder denkbaren Zusammensetzung, die Etatvoreinschätzung außerordentlich gewissenhaft zu betreiben. Was die Reichsregierung vor Wochen erkannt und ausgesprochen hat, bestätigt sich, daß es sich hier nicht um eine Konjunkturerscheinung, sondern um eine dauernde Strukturwandlung der Weltwirtschaft handelt. Die ungeheuern Aufgaben dieser Situation sind noch schwieriger zu lösen, als die des bisher für Deutschland schwierigsten Jahres 1923. Die befestigte Währung erleichtert zwar die Aufgabe um etwas, aber die bisherigen Krisen waren fast ausschließlich auf Deutschland beschränkt.

Die Regierung darf ihre Pflicht vor der Geschichte und vor dem Deutschen Volk, alle notwendigen Maßnahmen durchzuführen, nicht verletzen, sondern sie muß den Mut aufbringen, den Parteien, die die Verantwortung mit tragen, zuzumuten, dem Deutschen Volk zur Sicherung der Finanzen neue Opfer aufzuerlegen.

Zu schrankenlosem Pessimismus ist kein Grund,

weil Deutschland einen Vorteil gegenüber andern Ländern hat: ein Land mit einem starken agrarischen Hintergrund und mit einer hauptsächlich auf Veredlungsarbeit beruhenden Industrie zu sein. Sinkende Rohstoffpreise, sinkende Zinssätze bedeuten also für unser Land nicht den Beginn des Abstiegs, sondern den eines neuen Wiederaufstiegs. Dieser Wiederaufstieg hat zur Voraussetzung, daß die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen auch wirklich durchgeführt werden, insbesondere die Arbeitsbeschaffung und die dafür notwendige Deckung des Defizits. Ohne Mittel kann kein Etatprogramm, kann keine Sanierung der Arbeitslosenversicherung geschaffen werden. (Sehr wahr! bei den Regierungsparteien.)

Die Entscheidung über die Deckungsvorlage der Reichsregierung darf

unmöglich aufgeschoben

werden. Es besteht keine andere Möglichkeit der Deckung, als die von der Regierung vorgeschlagene. (Widerspruch links.) Die Regierungsvorschläge hat der Ausschuß durch Annahme des Artikels 1 zum grundsätzlich gebilligt. Das bedeutet die Anerkennung der Notwendigkeit, drei Wege einzuschlagen, nämlich den Zuschlag zur Einkommensteuer, die Reichshilfe und die Ledigensteuer. Der Ausschuß hat damit zugleich die Unmöglichkeit fortlaufenden Aufschubs anerkannt, wenn nicht der Fonds zur Tilgung der schwebenden Schulden von 450 Millionen aus der der Schacht angegriffen werden soll. Leider müssen wir während der furchtbaren Krise alle Deckungs- und Sanierungsmaßnahmen nachholen, die in den letzten Jahren nicht rechtzeitig erledigt worden sind. (Sehr wahr! bei den Regierungsparteien.)

Wenn das Parlament diese seine Aufgabe nicht erfüllt, ist es dann nicht möglich, im Herbste die vorher wiederholt angekündigten Reformmaßnahmen durchzuführen. Jetzt machen wir nach einem Wort des Vizekanzlers nur Aufräumungsarbeit.

Es geht nicht an, daß das Reich für die Einnahmen der Länder und Gemeinden verantwortlich ist, aber keinen Einfluß auf die Ausgaben hat. (Sehr wahr! bei den Regierungsparteien.) Wir müssen ein Finanzsystem schaffen, bei dem Länder und Gemeinden zugleich für Ausgaben und Einnahmen verantwortlich sind. Nur so kann man Sparsamkeit erzielen und darauf verzichten, einschneidende Eingriffe in die

Einzelinteressen der Länder und Gemeinden

vorzunehmen, was wahrscheinlich auch an verfassungsrechtlichen Schwierigkeiten scheitern würde. Im Rahmen des Finanzprogramms muß ein finanziell auf mehrere Jahre verteiltes Bauprogramm zur weitgehenden Förderung der Wohnungsbau und zum Umbau der Wohnungswirtschaft geschaffen werden. Das läßt sich nicht in einem Jahr oder in wenigen Monaten erledigen. Ich will hier nicht Versprechungen machen, die nicht sofort eingelöst werden können. Wir müssen vermeiden, daß wir jedes Jahr mit wechselnden Koalitionen und mit wechselnden Stimmungen arbeiten müssen, und durchsetzen, daß eine

Politik auf lange Sicht

nach einheitlichem Plane gesetzlich verankert wird. Das ist das Ziel der Regierung für den Herbst.

Die Reichsregierung ist der Ueberzeugung daß das hohe Haus sich dieser Verantwortung trotz aller Schwierigkeiten bewußt sein wird. Eine große Stunde für den Deutschen Reichstag ist gekommen. (Lärmende Zurufe bei den Kommunisten.) Bringt der Reichstag nach der Hoffnung der Reichsregierung das notwendige Maß von Verantwortung auf, dann hat er zur Sicherung des Parlamentarismus und der Demokratie mehr getan, als in frühern Jahren. Demokratie und Parlament werden gesichert und durch den Mut zur Verantwortung unpopulärer Maßnahmen (Aha-Rufe bei den Kommunisten.) als durch Gesetze. Sollte es nicht möglich sein, den Reichstag zu dieser Geschlossenheit seiner Aktionen zu bringen, so wird die Reichsregierung dann im Interesse der Demokratie

von allen verfassungsmäßigen Mitteln Gebrauch machen,

die zur Deckung des Defizits notwendig sind. (Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.)

Abg. **Esser** (Zentrum) beantragt, mit Rücksicht auf die Erklärung des Reichskanzlers die Beratung der Vorlage nicht in der üblichen geschäftsmäßigen Form vorzunehmen, sondern die Entscheidung dadurch zu beschleunigen, daß nur über den Artikel 1 der Vorlage mit viertelstündiger Redezeit beraten und durch eine Abstimmung die Entscheidung herbeigeführt wird. (Große Unruhe links.)

Abg. Dittmann (Soz.)

erklärt, dieser Vorschlag Esser bedeute eine solche Abweichung von allen geschäftsordnungsmäßigen Gepflogenheiten, daß die sozialdemokratische Fraktion erst dazu in einer Sitzung Stellung nehmen müsse. Er beantragt, die Weiterberatung um 1 Stunde zu unterbrechen.

Abg. **Torgler** (Komm.) protestiert gegen den Vorschlag Esser. Es sei nicht angängig, eine für die Arbeiterschaft so bedeutsame Vorlage in der Weise zu erledigen, daß man die Beratung abwürgt.

Es wird hierauf gegen die Stimmen der Rechten beschlossen, die Beratung um 1 Stunde zu unterbrechen. — In der neuen Sitzung wird beschlossen, die Redezeit auf eine halbe Stunde festzusetzen.

Erklärungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion

Abg. Keil (Soz.):

Die Rede des Kanzlers hat keinen Zweifel gelassen, daß wir von der Regierung Brüning in eine Lage hineinmanövriert worden sind, die bedrohlich ist, wenn der Reichstag es gestattet, auf dem bisherigen Wege weiterzugehen. Große Volkskreise, als deren Vertreter wir uns ansehen, stehen der Regierung mit dem größten Mißtrauen gegenüber. Andre Kreise, die beim Antritt der Regierung Brüning ihr zujubelten in der Hoffnung, daß endlich die starke Regierung gekommen sei, sind heute bitter enttäuscht. Die Regierung befindet sich in einer Sackgasse und findet das Zurück nicht. Es ist ihr nicht gelungen, für ihre Deckungsvorlagen im Ausschuß eine Mehrheit zu erhalten, auch nicht für den Artikel 1. Nun rechnet sie auf die Deutschnationalen, und wie es damit steht, wird sich ja sehr bald zeigen.

Eine Oppositionspartei, die sich in dieser hochernsten Situation ihrer Verantwortung nicht bewußt wäre, die könnte über das Schicksal der Regierung Brüning Schadenfreude empfinden. In der sozialdemokratischen Fraktion findet ein solches Gefühl keinen Raum. Dazu ist die Lage des Staates und der Wirtschaft viel zu ernst. (Andauernde lärmende Hohnrufe der Kommunisten.) Die Sozialdemokratie ist sich ihrer Verantwortung für Staat und Wirtschaft stets bewußt gewesen, ob sie Regierungs- oder Oppositionspartei war. Trotz aller Brüskierungen, die der Sozialdemokratischen Partei zuteil geworden sind, hat sie

nie Opposition um jeden Preis getrieben

und niemals sich der Politik des „Alles oder nichts“ verschrieben. Unsre Fraktion ist sich bewußt, daß Millionen in den Strudel der Wirtschaftskrise hineingerissene oder um ihre Existenz gebrachten Menschen ihre ganze Hoffnung auf die Sozialdemokratie richten (lärmendes Gelächter der Kommunisten). Menschen, die sich vollkommen im klaren sind, daß ihr Los mit dem des demokratischen Staates und seiner Finanzen auf das allerengste verknüpft ist. Die Sozialdemokratie hat deshalb mit der Kritik an der Finanz- und Wirtschaftspolitik des Kabinetts Brüning, die sie zu üben genötigt war, sorgfältig erwogene

positive Vorschläge

gemacht, die zur Lösung des Problems geeignet waren oder mindestens dazu beitragen konnten. Das ist zuletzt noch in der ersten Lesung dieser Vorlagen durch unsern Redner Dr. Herz geschehen. Unsre Vorschläge erkennen die Dringlichkeit einer Sanierung der Reichsfinanzen unbedingt an. Die Regierungsvorschläge aber sind, auf die Dauer gesehen, unzulänglich. Wir fordern rücksichtslose Sparsamkeit (Gelächter rechts), aber wir fordern sie dort, wo sie ohne Verletzung der Verpflichtungen des Reiches gegenüber den unschuldigen Opfern der planlosen kapitalistischen Wirtschaft möglich ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Eine Sparpolitik, die das große Heer jener Menschen, die gegen ihren Willen aus dem Produktionsprozeß ausgeschlossen oder in diesem Prozeß krank geworden oder verstümmelt worden sind, dem Hungertode preisgeben würde, macht die Sozialdemokratie nicht mit. Unter Wahrung dieser Gesichtspunkte sind Ersparnisse im Reichshaushalt in viel größerem Ausmaß möglich, als die Regierung vorschlägt. Es ist die verfassungsmäßige Pflicht des Reichstags, den Reichshaushalt in Ordnung zu halten und dabei auch die möglichen Ersparnisse selbst zu beschließen; tut er das nicht, so würde er eine seiner Hauptaufgaben verletzen und gegen Sinn und Geist und Wortlaut der Verfassung verstoßen. (Lebhafte Zustimmung der Soz.) Wir werden unsre Sparvorschläge wiederholen, die auch den Bedürfnissen der Wirtschaft in höherem Grade gerecht werden, als die Vorschläge der Regierung und der Regierungsparteien, nämlich dem Erfordernis,

die Kaufkraft der Massen zu schonen und zu stärken.

Da wir aber wissen, daß auch mit den von uns vorgeschlagenen Abstrichen allein noch nicht die Deckung zu erreichen ist, schlagen wir steuerliche Maßnahmen vor, die der Gerechtigkeit entsprechen. Wir haben den

10prozentigen Steuerzuschlag auf die tragfähigen Einkommen

vorgeschlagen. Die Einwände dagegen sind nicht wirtschaftlicher, sondern parteipolitischer und agitatorischer Art. Die Regierung selbst schlägt einen 5prozentigen Zuschlag vor. Der Unterschied zwischen 5 und 10 Prozent beträgt bei 100000 Mark Einkommen etwa 1500 Mark. Niemand wird behaupten wollen, daß diese Belastung für das Wirtschaftsleben schwerere Folgen hätte, als die Mehrbelastung von 20 [illegible] armen Teufeln mit der vorgeschlagenen Kopfsteuer, die etwa ebensoviel bringt. Selbst die schärfsten Vertreter großkapitalistischer Interessen werden nicht leugnen können, daß der zunächst für ein Jahr vorgesehene Zuschlag von einem Millionär nicht leichter gezahlt werden könnte, als die Kopfsteuer von den Neuroder Bergarbeitern. (Lebhafte Zustimmung der Soz.)

Zur Reichshilfe der Beamten verlangen wir eine einschränkende Umschreibung des Angestelltenbegriffs. Die Reichshilfe soll mit dazu dienen, die in Erwerbslosigkeit Geratenen über Wasser zu halten; es wäre sinnwidrig und unsozial, Personen, die morgen selbst erwerbslos sein können, heute in die Reichshilfe einzubeziehen! Die Freigrenze muß anders gezogen werden, als bei dem kümmerlichen Jahreseinkommen von 2000 Mark. Ganz unerträglich wäre es, die Reichshilfe nach dem Einkommen statt nach der Lohnsteuer zu bemessen, denn sonst würde der progressive Charakter der Einkommensteuer bei diesem Zuschlag in einen degressiven verwandelt werden. Endlich darf auch nicht an den Aufsichtsratsbezügen vorübergegangen werden: diese mühelos erworbenen Pfründe sind sogar in der Vorkriegszeit steuerlich erfaßt worden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die schwersten Bedenken hegen wir

gegen die Ledigensteuer,

die in unser ganzes Reichssteuersystem nicht hineinpaßt. In der vorliegenden Gestalt würden Personen, die unter Umständen viel höhere Familienpflichten haben, als Verheiratete, von der Steuer getroffen, während die Verheirateten von ihr freibleiben würden. Leider haben im Steuerausschuß unsre Vorschläge nicht eine so sorgfältige Prüfung erfahren, wie wir erwarten konnten, wir werden sie daher im Plenum wiederholen.

Die Kopfsteuer

ist die roheste und unsozialste Steuer, die sich ersinnen läßt. Sie ist auch ein Verwaltungsproblem, und der Reichsfinanzminister hat erst vor wenigen Tagen die verstärkten Bedenken dagegen erhoben. Zwingt man jeden ohne Unterschied, diese Steuer zu entrichten, so müßte man ihm logischerweise auch ein gewisses Mindesteinkommen garantieren. (Sehr gut! Links.) Das Allerbedenklichste an der Regierungsvorlage ist die Verknüpfung der Deckungsvorschläge mit rücksichtslosen

Angriffen auf die sozialpolitischen Einrichtungen.

Wenn wir bereit sind, an einer Deckung mitzuwirken, die unsern Forderungen Rechnung trägt, so soll sie die sozialen Einrichtungen sichern, nicht aber sie abbauen.

Die politische Hauptfrage ist, wie die Regierung ihre Vorlage durchbringen will. Der Reichskanzler hat die Annahme des Artikels 1 im Ausschuß erwähnt, ihr aber eine Deutung gegeben, die zum schärfsten Widerspruch herausfordert. Die Annahme ist im Ausschuß nicht mit der Mehrheit des Ausschusses, sondern mit der Mehrheit der Abstimmenden erfolgt, und die größte Fraktion hat sich der Stimme enthalten, nicht wegen des materiellen Inhalts, sondern weil es sich um die formale Grundlage handelte, und weil wir die Gelegenheit haben wollten, unsre materielle Stellung nach dem Schicksal unsrer Verbesserungsanträge einzurichten, auch war ja noch eine zweite Lesung vorgesehen. Es ist feststehender Gebrauch, daß die endgültige Haltung zu einem Gesetzwerk erst bei der Schlußabstimmung eingenommen wird, und es ist höchst illoyal, den Parteien wegen ihres Verhaltens in einzelnen Paragraphen oder Gesetzen andre Motive unterzustellen, als durch ihre eigne Erklärung gegeben sind.

Nun hat der Reichskanzler an die Rechte appelliert. Er wird dort nicht die erwünschte Geneigtheit finden. Aber vielleicht geschieht wie im April noch ein Wunder. Vielleicht erfreut uns Herr Hugenberg wieder mit einer so weltklaren prinzipienfesten und konsequenten Rede, wie im April. (Heiterkeit.) Wenn dies aber nicht geschieht, so will der Reichskanzler „alle verfassungsmäßigen Mittel“ anwenden. Er hat nicht klar gesagt, was er damit meint. Ein verfassungsmäßiges Mittel wäre der Rücktritt der Regierung, ein anderes die Auflösung des Reichstags. Sollte der Reichskanzler aber den Artikel 48 gemeint haben, so erheben wir noch einmal laut unsre

warnende Stimme.

Der Artikel 48 ist nach seiner Entstehungsgeschichte — und es sind noch genug Mitglieder des Weimarer Verfassungsausschusses unter uns, die das bezeugen können — kein Instrument zur

Rettung einer Regierung, die sich verrechnet hat.

Der Artikel 48 kann unmöglich zur Durchsetzung von Gesetzen angewendet werden, die der Reichstag nicht genehmigen will. Eine

X

solche Anwendung des Artikels 48 wäre ein Mißbrauch, und das würde heißen, die

Verfassung außer Kraft setzen.

Das aber wäre ein Vabanquespiel, von dem niemand sagen kann, wo und wie es endet. Dieser Mißbrauch wäre um so unverantwortlicher, als die Möglichkeiten einer parlamentarischen Erledigung dieses Gesetzgebungswerkes nicht erschöpft sind. (Aha-Rufe äußerst links und rechts.) Ich werde ganz offen darüber reden. Wir Sozialdemokraten haben wahrlich keinen Grund, uns der jetzigen Regierung anzubieten, die Situation ist nicht danach angetan, daß sie uns verlocken könnte, in die Regierung einzutreten. Aber bei dieser ernsten Lage sind zimperliche Erwägungen der Taktik nicht am Platze. Auf die Gefahr hin, daß meine Aeußerungen falsch gedeutet werden, stelle ich fest, daß die starken Kräfte der großen Partei, die hier sitzt (auf die Soz. weisend), zur Lösung der Schwierigkeiten nutzbar zu machen noch nicht versucht worden ist. (Aha-Rufe äußerst links und rechts. — Bewegung und Lärm.) Der volksparteiliche Führer Dr. Scholz hat erklärt, daß auf die Dauer nicht ohne die Sozialdemokratie regiert werden kann. Reichsminister Dr. Wirth hat oft und oft den staatspolitischen Gewinn gepriesen, die große Arbeiterbewegung in die staatspolitischen Kräfte einbezogen zu haben. Soweit die Sozialdemokratie in Frage kommt, bedarf es einer solchen Einbeziehung nicht erst. Die Sozialdemokratie hat das Deutsche Reich aus der tiefsten Not gerettet (Gelächter äußerst links und rechts, stürmischer Beifall und lebhaftes Händeklatschen der Soz. Andauernde Unruhe.), sie hat das neue Staatsgefüge aufgebaut, auf dem allein das Deutsche Reich noch lebensfähig war. Die Sozialdemokratie ist seitdem die stärkste Stütze dieses Staates gewesen. Wenn die Sozialdemokratie jetzt nicht an der Leitung des Reiches beteiligt ist, so hat das seinen Grund (andauerndes Gelächter der Kommunisten, Abg. Münzenberg erhält zwei Ordnungsrufe, Präsident Löbe kündigt den Kommunisten, die den Redner dauernd niederschreien, Ausweisung aus dem Saale an) in dem tiefen Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Arbeiterklasse und Unternehmertum. Dieser Gegensatz läßt sich nicht aus der Welt schaffen. (Sehr wahr! rechts.) [illegible] die bürgerlichen Parteien den schweren wirtschaftlichen und politischen Konflikten vorbeugen, wenn sie die ruhige politische und wirtschaftliche Weiterentwicklung des deutschen Staates und Wirtschaftslebens sichern wollen, dann werden sie sich entschließen müssen,

der Arbeiterklasse die Konzessionen zu machen,

die unsrer Zeit entsprechen und die die Arbeiterklasse beanspruchen muß.

Wenn es sich als unmöglich erweist, dieses Gesetzwerk durchzuführen, so ergibt sich daraus nicht die Anwendung des Artikels 48, sondern in erster Linie der Rücktritt der Regierung. Kommt dann eine neue Regierung nicht zustande oder [illegible] auch sie nicht die Lösung der schweren Probleme, dann hat nach der Reichsverfassung das deutsche Volk das Wort. (Sehr wahr! links.) Nun, wir sind bereit, dem deutschen Volk unsre Maßnahmen und Vorschläge vorzutragen, hier und [illegible] und ohne Verschleierung. Sind die andern Parteien dazu auch bereit, so kann das deutsche Volk seine Entscheidung fällen.

Wir werden dieser Volksentscheidung nicht ausweichen,

denn wir haben sie nicht zu fürchten. (Anhaltender, langanhaltender Beifall und Händeklatschen bei der Soz. — Andauernde große Unruhe.)

Die übrigen Fraktionsredner

Abg. Dr. Oberfohren (Dtn.): Die Situation hat sich seit der ersten Lesung nicht geändert. Die Deutschnationale Fraktion steht nach wie vor auf dem Standpunkt ihrer ablehnenden Erklärung von damals. (Zuruf links: Zu wessen Vorteil?)

Abg. Dr. Frick (Nat.): In dieser ernsten Stunde versagen wir der Regierung mit einem kräftigen Nein. (Gelächter links.)

Niemand wird den Mut haben, das Etatdefizit der Regierung zur Last zu legen, das als Folge der furchtbaren Wirtschaftskrise schon den Sturz der Regierung Müller verursacht hat. Grundsätzlich werden die Regierungsvorschläge von der Mehrheit des Hauses gebilligt, auch von der Sozialdemokratie. Wenn keine Mehrheit zustande kommt, so aus politischen und nicht aus sachlichen Gründen. Die Opposition hat den Regierungsparteien Uneinigkeit vorgeworfen und Abg. Hertz hat eine starke Regierung verlangt. Jetzt, wo die Regierung stark ist und eine einige Koalition hinter sich hat, ist die Opposition in der Lage, zu unsern Beschlüssen Stellung zu nehmen. Auf unsre Initiative hin sind Härten bei den neuen Steuern gemildert worden. Die Bürgerabgabe ist zur Sanierung der Gemeindefinanzen nicht ausreichend und muß gestaffelt werden. Das Notopfer ist keine Sondersteuer, denn Opfer werden auch von der Arbeiterschaft verlangt. (Ironische Zurufe links.) Wir wenden uns gegen jede Verunglimpfung der Beamtenschaft und appellieren zugleich an ihr Verantwortungsbewußtsein. Die Deutschnationalen propagieren wieder einmal die Volksgemeinschaft; glauben sie ihr damit zu dienen, daß sie den Arbeitslosen die Existenzmittel nehmen? Die finanzielle Sanierung und Erhaltung der Arbeitslosenversicherung ist unmöglich, wenn die Sozialdemokratie ihren Willen den andern Parteien aufzwingen will. (Widerspruch links.)

Abg. **Dr. Neubauer** (Komm.): Das Regierungsprogramm ist rein faschistisch und umfaßt viel mehr als die heute vorgebrachten Deckungsvorlagen. Die Sozialdemokratie macht der Regierung Liebeserklärungen, um wieder in die Koalition aufgenommen zu werden.

Abg. **Dr. Scholz** (D. Vp.) gibt eine Erklärung ab, die trotz starker Bedenken die Zustimmung zu den Regierungsvorschlägen ausspricht. Die Erhöhung der Einkommensteuer, die Methoden, die Einnahmen zu steigern, anstatt die Ausgaben zu senken, werden scharf verurteilt. In den Gemeinden muß das finanzielle Verantwortungsbewußtsein wieder erwachen. Wir stellen mit Befriedigung fest, daß die von uns verlangte Verbesserung der Vorlage zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung vorgenommen werden soll. Die ernsthaften Reformversuche in der Sozialversicherung erkennen wir an. Wir stellen unsre Bedenken gegenüber den Deckungsvorlagen zurück, weil sie befristet sind und vom Reichskanzler als Teil eines von uns gebilligten Gesamtprogramms bezeichnet wurden.

Abg. **Mollath** (Wirtsch.-P.) gibt eine Erklärung in gleichem Sinne ab. Die Wirtschaftspartei habe ihr seit Jahren verfolgtes Ziel, Ersparnisse durchzusetzen, zum großen Teil erreicht. (Abg. Torgler: Es hat sich bloß noch nicht herumgesprochen! — Allgemeine Heiterkeit.)

Abg. **Meyer** (Berlin, Dem.) verlangt Ersparnisse in Verwaltung und öffentlichen Betrieben. Nur die Einsparung von 100 Millionen ermöglicht uns die Zustimmung zu den Deckungsvorlagen, gegen die unsre Bedenken fortbestehen. Eine Ergänzung der Regierungsvorschläge durch Sanierung der Gemeindefinanzen ist dringend notwendig.

Abg. **Leicht** (Bay. Vp.): Die Reichshilfe ist eine verbesserte Form des alten Notopfers. Sie stellt uns aber noch nicht ganz zufrieden, ebensowenig wie die Bürgerabgabe. Trotzdem stimmen wir den Deckungsvorlagen zu.

Abg. **v. Lindeiner-Wildau** (Christl.-nat. AG.) verliest eine Erklärung, die den Regierungsvorschlägen zustimmt, aber weitere Ersparnisse verlangt.

Abg. **Döbrich** (Christl. Bauernp.) gibt eine Erklärung im gleichen Sinne ab, die besonders noch die unbedingte Annahme der Osthilfe und die Verpflichtung des Reichskanzlers auf sein Versprechen zur Vorlage eines Finanzreformprogramms im Herbst fordert. — Die Debatte ist geschlossen. (Rufe der Komm.: Wo bleiben die Nazis? Gegenrufe: Wir stimmen dafür!)

In der Abstimmung wird

Art. I des Deckungsprogramms angenommen.

Um 19 Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch 13 Uhr. —

Pensionskürzung beschlossen

Das von den Sozialdemokraten als Initiativ-Gesetz eingebrachte Pensionskürzungs-Gesetz wurde im Haushaltsausschuß des Reichstags in erster Lesung mit einigen Aenderungen angenommen.

Es wurde beschlossen, daß die Bestimmungen des Gesetzes auch auf die Beamten der Reichsbahn und der Reichsbank Anwendung finden sollen. Die Versorgungsbezüge für die Ruhegehalts- und Wartegeldempfänger der Länder und der Gemeinden sollen nicht günstiger geregelt sein als die Bezüge der Reichsbeamten.

Eine zweite Lesung des Pensionskürzungs-Gesetzes soll am Donnerstag vorgenommen werden.

Arbeitslosenversicherung

Im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags haben die Regierungsparteien am Dienstag die Darlehenspflicht des Reiches für die Arbeitslosenversicherung eingeschränkt. Sie haben beschlossen, daß für die Zukunft ein jährlich festzusetzender Höchstbetrag für Reichsdarlehen festgelegt wird. Damit wird, wie Abg. Aufhäuser (Soz.) betonte, das Kompromiß Brüning vom März d. J. in dem Gesetz verankert und in Krisenzeiten der Leistungsabbau zu einem Dauerzustand gemacht.

Die Regierungsparteien haben ferner an die Zersplitterung der Arbeitslosenversicherung insofern ein Zugeständnis gemacht, als sie die Einführung von Gefahrenklassen und die Zulassung von Ersatzkassen jetzt bereits prüfen wollen. Den Beitragssatz haben sie auf 4½ Prozent erhöht; für die Beitragserhöhung stimmten 10 Abgeordnete gegen 2 bei 12 Enthaltungen.

In bezug auf die Beitragsfrage erklärte Abg. Aufhäuser (Soz.): „Die sozialdemokratische Fraktion hat wiederholt ihre Bereitwilligkeit erklärt, zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung und ihrer Leistungen auch einer befristeten Beitragserhöhung zuzustimmen. An diesem Standpunkt halten wir fest. Nachdem aber die Mehrheit des Ausschusses sowohl in der Arbeitslosen- wie in der Krankenversicherung einen geradezu maßlosen Abbau der Leistungen vorgenommen und die Reichsregierung angekündigt hat, auch die bestehende Darlehenspflicht des Reiches an die Arbeitslosenversicherung zu beschränken, sehen wir die Voraussetzungen für unsre Zustimmung zu einer Beitragserhöhung nicht mehr gegeben. Die sozialdemokratischen Ausschußmitglieder werden deshalb ihrer Fraktion, die sich die Entscheidung vorbehalten hat, empfehlen, die Beitragserhöhung abzulehnen." —

Krankenversicherung

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstags nahm am Montag bei der Weiterberatung der Krankenversicherungs-Novelle die in der Regierungsvorlage vorgesehene Reglung der Arztfrage mit einigen Abänderungsanträgen der Regierungsparteien und der Sozialdemokraten gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten an.

Die Vorlage stellt u. a. eine Schadenersatzverpflichtung fest für den Arzt, der die nach den Umständen erforderliche Sorgfalt außer acht läßt. Wesentlich ist, daß sie die Kassen verpflichtet, die Bescheinigung des behandelnden Arztes über die Arbeitsunfähigkeit und seine An- und Verordnungen, insbesondere, soweit sie Sachleistungen betreffen, in den erforderlichen Fällen durch einen Vertrauensarzt rechtzeitig nachprüfen zu lassen. Die Kassen können zu diesem Zwecke Vertrauensärzte auch hauptamtlich bestellen und neben den Vertrauensärzten oder an deren Stelle einen aus Aerzten bestehenden Prüfungsausschuß bilden.

Die neuen Vorschriften ermächtigen die Aufsichtsbehörde zu entsprechenden Maßnahmen für die Fälle, daß entweder die Zahl der bei der Kasse tätigen Aerzte oder die Ausgaben für die ärztliche Behandlung in einem auffälligen Mißverhältnis zu der Natur der Dinge stehe. Im allgemeinen soll auf 1000 Mitglieder ein Arzt zugelassen werden.

Nach den Beratungen begründete der Zechendirektor [illegible]pold einen deutschnationalen Antrag, in dem die Regierung aufgefordert wird, nunmehr auch eine Novelle zur Knappschaftsversicherung vorzulegen und diese der Verschlechterung der Krankenversicherung anzupassen. Abgeordneter Aufhäuser (Soz.) beantragte gegenüber diesem Roheitsakt, der einen Tag nach der Beisetzung der Opfer von Neurode vorgenommen werden soll, Uebergang zur Tagesordnung. Es wurde so beschlossen. —

Mehr Arbeit – weniger Arbeiter

Das Statistische Reichsamt hat den Versuch unternommen, die Zahl der Arbeitnehmer, die zum letztenmal durch die Berufszählung im Sommer 1925 festgestellt worden ist, schätzungsweise zu berechnen. Der Zuwachs an Erwerbstätigen ist seit 1925 nach Auffassung des Reichsamts vollständig den Arbeitnehmerberufen zugeflossen. Die Gruppe der Selbständigen habe sich wohl seit 1925 in nennenswertem Maße nicht verändert. Die Hauptmasse der Selbständigen, Landwirte, Gewerbetreibende und Händler, sei verhältnismäßig konstant. Veränderungen wären am ehesten im Handels- und Verkehrsgewerbe möglich. Die Zahl der öffentlichen Beamten dürfte sich ebenfalls nur unbeträchtlich verändert haben. Eine stärkere Aufnahmefähigkeit für mithelfende Familienangehörige in den landwirtschaftlichen und kleingewerblichen Betrieben wird verneint. Auf Grund dieser Voraussetzungen schätzt das Statistische Reichsamt die Zahl der hauptberuflichen Arbeitnehmer:

	Männer	Frauen	zusammen
Mitte 1925	13 365 000	6 195 000	19 560 000
Anfang 1926	13 529 000	6 284 000	19 813 000
Anfang 1927	13 857 000	6 437 000	20 294 000
Anfang 1928	14 137 000	6 548 000	20 685 000
Anfang 1929	14 392 000	6 589 000	20 981 000
Anfang 1930	14 540 000	6 564 000	21 104 000
Anfang 1931	14 609 000	6 470 000	21 079 000

Für eine Schätzung der Entwicklung der nebenberuflichen Erwerbstätigkeit fehlen alle Anhaltspunkte. Setzt man die Zahl der nur nebenberuflichen Arbeitnehmer in der gleichen Höhe wie im Jahre 1925 an, so komme man, wie das Reichsamt ausführt, für Anfang 1930 auf rund 21 404 000 Arbeitnehmer und für Mitte des laufenden Jahres auf eine Zahl von etwa 21 392 000. Die Gesamtzahl der Arbeitnehmer hat sich also im Laufe der [illegible] fünf Jahre um etwa 1 532 000 Personen erhöht. Die deutsche Wirtschaft beschäftigt demnach heute, wenn man mit einem Sommerstand von knapp 3 Millionen Arbeitslosen rechnet, etwa 1¼ Millionen Arbeitnehmer weniger als zur Zeit der Berufszählung im Sommer 1925, wo es nur eine verhältnismäßig geringe Zahl von Arbeitslosen gab (214 000 Hauptunterstützungsempfänger).

Zusammenfassend kann man sagen, daß der Arbeitnehmerzuwachs in den Jahren 1925 bis 1929 rund 1,5 Millionen betrug. Seit Mitte des vorigen Jahres ist das Anwachsen der Arbeitnehmerzahl von der Bevölkerungsseite her zum Stillstand gekommen, so daß man für die nächsten Jahre, in denen die aus den Kriegsjahren stammenden Geburtsjahrgänge auf dem Arbeitsmarkt erscheinen, mit einer annähernd gleichbleibenden Zahl von rund 21 Millionen Arbeitnehmern rechnen kann. —

Die Grundlagen für die Verhandlung mit Brüning

Deckungsvorschläge der Sozialdemokratie

Kopfsteuer-Streichung – 225 Millionen Einsparung – Abänderungsvorschläge

Die sozialdemokratische Fraktion hat zur zweiten Lesung der Deckungsvorlagen im Plenum des Reichstags die Abänderungsanträge eingebracht, die sie bereits im Steuerausschuß gestellt hatte. Diese Anträge fordern im einzelnen folgende Veränderungen:

Bei der

Reichshilfe der Personen des öffentlichen Dienstes

verlangt die Sozialdemokratie grundsätzlich, daß anstelle des ursprünglichen Gehaltsabzuges von 2½ Prozent ein 5prozentiger Zuschlag zur Lohn- und Einkommensteuer tritt. Für den Fall, daß diese Forderung abgelehnt wird, ist beantragt, die Reichshilfe nicht vom Bruttoeinkommen zu erheben, sondern in jedem Fall die Freibeträge der Einkommensteuer außer Ansatz zu lassen. Weiter wird gefordert, die Freigrenze, bis zu der eine Reichshilfe nicht erhoben werden soll, von 2000 Mark auf 2400 Mark jährlich zu erhöhen. Außerdem sollen nur diejenigen Angestellten der Behörden und öffentlichen Unternehmungen abgabepflichtig sein, die nur aus einem in ihrer Person liegenden wichtigen Grunde gekündigt werden können und ebenso wie die Beamten Anspruch auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenbezüge haben. Dadurch wird erreicht, daß tatsächlich nur die Angestellten erfaßt werden, deren Stellung ebenso gesichert ist wie die der Beamten.

Schließlich verlangt die Sozialdemokratie, daß die

Tantiemen der Aufsichtsräte

nicht nur einem Abzug von 2½ Prozent, sondern von 20 Prozent unterworfen werden.

Bei dem

Zuschlag der Einkommen über 8000 Mark

wird gefordert, den Zuschlag zur Einkommensteuer von 5 auf 10 Prozent zu erhöhen.

Bei der

Ledigensteuer

hat die Sozialdemokratie die Befreiung aller Personen beantragt, die für erwerbslose Angehörige zu sorgen haben oder sich aus einem anderen Grunde in besonders schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen befinden. Außerdem wird verlangt, daß der [illegible] der Steuer, der vom [illegible] am 1. Oktober 1928 eingeführt worden ist, außer Ansatz bleibt.

Der Artikel, der die

Erhebung der Bürgersteuer

vorsieht, soll gestrichen werden. Ebenso die [illegible] über die steuerliche [illegible]. Die [illegible] mit der Finanzplanung [illegible] eine [illegible], mit der die [illegible] erfaßt werden soll.

Außer diesen verlangt die Sozialdemokratie die

Beseitigung der Sondervorrechte für Warenhäuser und Konsumvereine

und bei den [illegible] der [illegible]. Zur [illegible] wird eine Änderung des § 7 des [illegible]gesetzes vorgeschlagen, durch die der Zwischenhandels[illegible] wieder auf den Großhandel beschränkt und die [illegible] des Reichsfinanzhofs unwirksam gemacht wird.

In bezug auf die Deckung des Fehlbetrages im Etat hat die Reichsregierung eine Ermächtigung verlangt, nach eigenem Belieben 100 Millionen von den Ansätzen des Etats 1930 abzustreichen, ohne daß der Reichstag Einfluß auf die Art der Abstriche nehmen soll. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat wegen der Gefährlichkeit dieser Ermächtigung einen Antrag eingebracht, der eine

Streichung von 225 Millionen Mark

bei verschiedenen genau angegebenen Einzeltiteln des Etats für 1930 fordern will. Von den Streichungsvorschlägen der sozialdemokratischen Fraktion beziehen sich 2 Millionen Mark auf den Etat des Auswärtigen Amtes. Beim Etat des Innenministeriums sollen 3,5 Millionen gestrichen werden. Darunter befindet sich auch eine Gesamtstreichung der Technischen Nothilfe. Im Ministerium für die besetzten Gebiete wird die Streichung des Dispositionsfonds für den Minister Treviranus in Höhe von 100 000 Mark verlangt, im Wirtschaftsministerium die Streichung von rund 1 Million Mark beantragt, darunter die Ausgaben für die Leipziger Messe. Im Wehretat verlangt die Sozialdemokratie entsprechend ihren früheren Anträgen zum Etat 1930 die Streichung eines Mindestbetrages von rund 150 Millionen Mark. Im Etat des Ernährungsministeriums belaufen sich die Streichungen auf fast 14 Millionen Mark, wobei insbesondere alle die landwirtschaftlichen Subventionsfonds stark beschnitten werden, die dem Minister Schiele unkontrollierbare Ausgabeermächtigung geben. Im Etat des Verkehrsministeriums hat die Sozialdemokratie die Streichung von 4 Millionen Mark bei den Luftfahrtausgaben beantragt.

Im Etat der Versorgung und Ruhegehälter wird eine Streichung von rund 2½ Millionen Mark im Zusammenhang mit dem sozialdemokratischen Antrag auf

Senkung der Höchstrenten von 12 000 Mark

pro Jahr verlangt. Im Etat der Reichsschulden sollen 18(?) Millionen gestrichen werden. Der Repräsentationsfonds für die Reichsminister soll um 200 000 Mark vermindert werden, da in einem Zeitpunkt eine Einschränkung der Repräsentationen als selbstverständlich angesehen werden muß. Schließlich werden im Kriegslastenetat Streichungsanträge in Höhe von 85 Millionen Mark gestellt, von denen 35 Millionen Mark auf seine Zuwendungen an die Gesellschaften [illegible] nach dem [illegible] und der Rest auf Fonds entfällt, die in ihrer Ausgabenbestimmung so weit gehalten sind, daß ihre Bewilligung durch den Reichstag in einem Zeitpunkt als leichtfertig bezeichnet werden müßte.

Der sozialdemokratische Streichungsantrag schaltet vor allem die Gefahr aus, daß die Regierung mit einer allgemeinen Streichungsermächtigung [illegible] z. B. am Sozialetat vornimmt. Dazu kommt der sozialdemokratische Streichungsantrag weit über den Rahmen der Summe, der von der Regierung gewünschten Ermächtigung!

Die Abschlachtung des Zeitungshändlers Heimbürger

Zweimal Nazi-Mord in Berlin

Der Röntgentaler Mordprozeß

Kein Tag vergeht in Berlin-Moabit ohne politische Mordprozesse. Während noch vor dem Schwurgericht III die 18 Nationalsozialisten vernommen werden, die den feigen Feuerüberfall auf die Reichsbannerleute in Röntgental unternommen hatten, sitzt man im Saal des Schwurgerichts II über sieben Nationalsozialisten im Alter von 18 bis 23 Jahren zu Gericht, die am 7. April den Zeitungshändler Heimbürger mit geradezu bestialischer Roheit abgeschlachtet haben. Die fürchterliche Mordtat der nationalsozialistischen Banditen erregte seinerzeit besonderes Aufsehen, weil die Tat ein Maß von menschlicher Verkommenheit verriet, das man selbst bei den Rowdys der Hitlerschen SA. nicht gewohnt war. Bei der Vernehmung der sieben Angeklagten kommt es zu sensationellen Enthüllungen eines Beschuldigten, die klipp und klar beweisen, daß die Mitglieder der Sturmabteilung systematisch auf Verbrechen und Mord dressiert werden. An den Behörden liegt es, aus diesem Prozeßergebnis die unbedingt notwendigen Folgerungen zu ziehen.

Dreißig gegen einen!

In den Abendstunden des 6. April kamen am nationalsozialistischen Verkehrslokal „Ameise" in der Hauptstraße in Schöneberg drei Leute, die Arbeiter Kundt und Kühne sowie der Zeitungshändler Heimbürger auf dem Nachhauseweg von einer Veranstaltung des Arbeiterschützenbundes vorüber. Vor der „Ameise" standen händelsuchend die nationalsozialistischen Rowdys. Um mit den übeln Gesellen nicht in Konflikt zu geraten, wichen die drei auf die Straße aus. Das nützte ihnen jedoch nichts, die Nazis folgten ihnen unter den Rufen: „Das ist die Kommune! Haut sie in Klump!" Kundt und Kühne gelang es, den Mordgesellen zu entkommen, Heimbürger fiel ihnen jedoch in die Hände. Etwa 30 Mann stürzten sich mit Schlagringen, Gummiknüppeln und Stahlruten auf den Unglücklichen, schlugen ihn nieder und richteten ihn fürchterlich zu. Als er am Boden lag, traten ihm die Rohlinge mit den Stiefelabsätzen im Gesicht herum. Trotzdem gelang es Heimbürger zu entweichen und in das Lokal „Rathaus-Eck" zu flüchten. Die Bande folgte ihm jedoch nach und zerrte den Blutüberströmten unter unaufhörlichen Schlägen auf die Straße zurück. Dann ließen sie den Sterbenden, der neben vielen andern Verletzungen einen tiefen Lungenstich erhalten hatte, im Blute liegen.

Rädelsführer Timpe.

Neben dem 21jährigen schmächtigen Postaushelfer Westenberg, der den tödlichen Stich geführt haben soll, ist der Hauptangeklagte und eigentliche Rädelsführer ein Masseur und Schwimmeister Kurt Timpe, der aussieht wie aus dem Raritätenkabinett der Femezeit herausgeschnitten. Der Typ des hemmungslosen Killers. Dabei ist das Beschämende an dieser Klapproth-Figur, daß sie in widerlicher Heuchelei die nationalsozialistische Unschuld mimt. Timpe leugnet rundweg alles. Er soll der Mann sein, der das Signal zur Abschlachtung des unglücklichen Heimbürger gegeben hat. Ein Mitangeklagter hat außerdem vor dem Untersuchungsrichter bekundet, daß der Masseur besonders wüst mit einem Schlagring auf den wehrlosen Heimbürger eingeschlagen hat. Timpe ist als gewalttätig berüchtigt. Kurz vor dem Mordüberfall auf Heimbürger sprang er ohne jede Ursache auf eine fahrende Straßenbahn und verletzte den Schaffner durch Faustschläge sehr erheblich. Wes Geistes Kind dieser Mann ist, beweist folgende Bemerkung: „Uns war erzählt worden, daß die Kommune etwas plane, auch sollte ein Zeitungshändler von uns mißhandelt worden sein. Da kam ich in Erregung, setzte mich in die „Ameise" und trank." Was auf diese Art Abreagierung folgte, war der bestialische Mord an Heimburger.

SA.-Mann Ilgner enthüllt.

Dann kommt die Sensation. Der Schmied Ilgner, Mitglied der Nationalsozialistischen Partei und der Sturmabteilungen, macht seinen Komplicen Timpe aufs schwerste belastende Aussagen. Vorsitzender: „Sie waren doch vor dem Ueberfall auf Heimburger auf dem Innsbrucker-Platz. Was haben Sie da gesucht?"

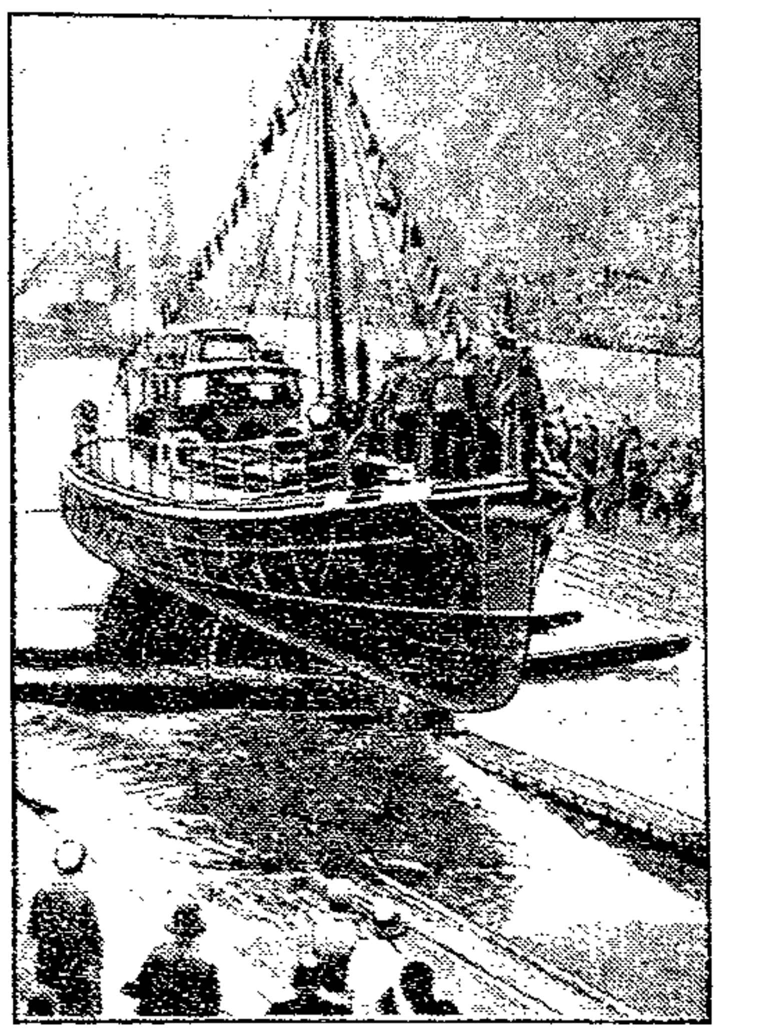
Ilgner: „Wir haben das Gelände nach Kommunisten abgegrast."

„Wie war das nun mit Heimbürger?"

Angeklagter (zögernd): „Es kamen drei Leute an der „Ameise" vorbei, die wir für Kommunisten hielten." — „Weiter!" fragt der Vorsitzende. — „Sie gingen aber über den Bürgersteig und schauten uns so an ..." — Vorsitzender: sehr erstaunt: „Und das sind Ihre einzigen Anhaltspunkte!" — Ilgner nickt.

„Und was wurde dann?" — Der Angeklagte: „Timpe gab das Signal: „Los! Auf sie! Da schlugen sie alle wahllos drauf." — Vorsitzender: „In der Voruntersuchung haben Sie auch von Waffen gesprochen, die bei dem Angriff benutzt wurden. Wie ist das damit?" — Ilgner: „Wenn ich von Waffen gesprochen habe, so habe ich das getan, weil Nationalsozialisten ja immer Waffen bei sich haben — —!" (Große Unruhe und Bewegung bei den Angeklagten, von denen einige wie

Der Stapellauf des schnellsten Rettungsbootes der Welt



Das englische Rettungsboot „Sir William Hilliard", das größte und schnellste der Welt, lief in Anwesenheit des Prinzen von Wales in Dover vom Stapel. Das Boot ist in erster Linie dazu bestimmt, den Segelflugzeugen und großen Passagierdampfern bei Unglücksfällen die erste Hilfe zu leisten.

verzweifelt die Köpfe schütteln.) — Ilgner (fortfahrend): „Acht bis zehn Mann, vielleicht waren es auch noch mehr, schlugen auf den am Boden Kauernden ein, Timpe und Dietrich waren bestimmt dabei. Timpe rief mir noch zu, den Geschlagenen, der Miene machte wegzulaufen, festzuhalten." — Vorsitzender: „Sie sollen auch eine Waffe gehabt haben?" — „Ich habe von Dietrich nur einen Lederschläger bekommen. Es wurde nämlich, ehe wir den drei Leuten nachgingen, gefragt, ob jeder was zum Schlagen habe. Die aufsehenerregenden Bekundungen des Nationalsozialistischen Ilgner haben Timpe in große Unruhe und Nervosität versetzt. Ziemlich bleich geworden, erhebt er sich und ruft, mit einem wilden Seitenblick auf Ilgner, erregt in den Saal: „Ich streite das alles glattweg ab!"

*

Die Röntgentaler werden dreist!

Inzwischen geht eine Etage höher der Prozeß gegen die 18 Röntgentaler Mörder weiter. Man ist noch immer bei der Vernehmung der Angeklagten, am Ende des zweiten Verhandlungstages waren von den 18 Nationalsozialisten erst acht vernommen. Am Vormittag lehnt das Gericht den Demonstrationsantrag des Rechtsanwalts Becker ab, Hitler, Frick und Pfeffer zu laden; ein weiterer Antrag, in Röntgental einen Lokaltermin abzuhalten, wird vorerst zurückgestellt.

Die Vernehmung der Angeklagten Kellermann, Wiese, Renner und Hein, die den zweiten Verhandlungstag ausfüllt, gestaltet sich sehr unergiebig. Die Angeklagten leugnen durchweg mit beispielloser Unverfrorenheit und verwickeln sich jeden Augenblick in die gröbsten Widersprüche. Als ihnen der Staatsanwalt ihre Bekundungen vor Polizei und Untersuchungsrichter vorhält, die im völligen Widerspruch zu den heutigen, ganz offensichtlich frisierten Angaben stehen, werden sie noch frech und erklären in schnoddrigem Tonfall, Polizei und Untersuchungsrichter hätten ihre Aussagen falsch und entstellt wiedergegeben. Der 17jährige Untersekundaner Renner will die ihm bei der Festnahme abgenommene Stahlrute im Hausflur gefunden haben, den in seinem Zimmer entdeckten geladenen Trommelrevolver im Wald bei Birkenwerder. Als Renner bei Vorhaltungen des Staatsanwalts frech zu grinsen anfängt, ruft der Staatsanwalt erregt: „Der Angeklagte kann sich das Lachen kaum verbeißen. Ein netter Zustand!"

Zu einem sehr heftigen Zusammenstoß zwischen Staatsanwalt und Verteidigern kommt es, als der Anklagevertreter die häufigen Unterhaltungen zwischen Renner und seinem Verteidiger beanstandete. Rechtsanwalt Sack brüllt in den Saal: „Ich muß dringend bitten, keine unzulässige Kritik an einem Kollegen zu üben!" Wenn Herr Ohnesorge nicht bald energischer wird, werden wir im Röntgentaler Prozeß vielleicht noch manches erleben können. —

Kleine Chronik

Zeppelin auf der Nordlandfahrt

Das Luftschiff Graf Zeppelin ist Mittwochvormittag 7.14 Uhr unter Führung von Kapitän Lehmann zu seiner zweiten Nordlandfahrt in Friedrichshafen aufgestiegen. Die Fahrt wird 50 bis 60 Stunden dauern. Das Luftschiff wird im Laufe des Freitag zurück erwartet. Die Fahrtroute wird dieselbe wie bei der ersten Fahrt sein. Die Wetterverhältnisse sind einigermaßen günstig. An Bord befinden sich 22 Passagiere, darunter General Nobile und der spanische General Herrero.

Das Luftschiff passierte um 9.20 Uhr in schneller Fahrt Nürnberg. Es hat für seine Fahrt eine nordöstliche Richtung gewählt, während es bei der vorangegangenen Nordlandfahrt direkt Nordwest gesteuert war. Von Friedrichshafen bis Nürnberg benötigte das Luftschiff 2 Stunden 6 Minuten. Das Wetter ist kühl, der Himmel bewölkt.

„Graf Zeppelin" überflog um 11.45 Uhr mit nördlichem Kurs Eisleben. —

Noch fünf Neuroder Opfer geborgen

Wb. Hausdorf, 16. Juli. In der vergangenen Nacht gelang es den Bergungsmannschaften auf dem Kurt-Schacht, fünf weitere Tote zu bergen, so daß die Zahl der noch in der Grube befindlichen Bergleute 39 beträgt.

Gestern wurden einige weitere Opfer in ihren Heimatgemeinden beigesetzt. —

Das 58. Kind in Lübeck gestorben

Wb. Lübeck, 16. Juli. Von den mit dem Tuberkulosepräparat gefütterten und erkrankten Säuglingen ist in der vergangenen Nacht wieder einer gestorben, so daß die Zahl der Toten auf 58 gestiegen ist. —

Springflut in Korea

Die Halbinsel Korea, an der ostasiatischen Küste, wurde von einer schweren Springflut heimgesucht, die mehr als 120 Todesopfer forderte. Zahlreiche Personen werden vermißt, darunter 50 Geistliche eines Tempels, der durch einen Bergrutsch verschüttet worden ist. —

Autounglück bei Berlin

Auf der Landstraße von Leipzig nach Berlin fuhr am Dienstagmorgen ein von dem Leipziger Kammervirtuosen Georg Naumann gesteuerter Kraftwagen unweit der Stadt Beelitz gegen einen Chausseebaum, riß diesen um und blieb völlig zertrümmert neben dem Chausseegraben auf dem Rübenfeld liegen. Naumann erlitt einen doppelten Armbruch, zwei Brüche des Schienbeins und eine Schädelverletzung. Er wurde in das Beelitzer Krankenhaus gebracht.

Seine Begleiterin, die verwitwete Geschäftsinhaberin Frau Langheinrich aus Leipzig, erlitt eine so schwere Schädelverletzung, daß sie bereits auf dem Transport zum Krankenhaus verstarb. Wie Naumann, als er im Krankenhaus vorübergehend das Bewußtsein wieder erlangte, erklärte, hat er während der Fahrt

---

Autobuslinie 2

Ein Roman des Unwahrscheinlichen

von Alfred Zehrelauer.

(9. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Zehntes Kapitel.

Ein Schrei gellte zur hohen Decke des Saalraumes empor. [illegible] Hanna in den Hüften ein und verrenkte die gefalteten Hände zwischen den [illegible].

Dann geschahen [illegible] Dinge. [illegible] kamen mit [illegible] Gewalt [illegible] zum Saale hinaus. [illegible] Das Feuer in ihr war verraucht. [illegible] Rache ist süß. [illegible] nichts mehr verloren.

Der zweite Teil [illegible] war ein [illegible]. Damen [illegible] verschämt und neugierig, Herren [illegible] [illegible] noch neugieriger.

Der Geschäftsführer des [illegible] und verzweifelt [illegible] kleine [illegible] laufen. Es war eine [illegible] Szene. [illegible] im Hemdchen, das an Eleganz durchaus [illegible] Modell [illegible], [illegible] und mit den [illegible] Fingerabdrücken Vickis auf der [illegible] hinter ihm [illegible] ein verstörter, [illegible] jungen, [illegible] Mann in [illegible] Sakko und [illegible] in der einen Hand das [illegible] an dem Pariser Modell.

Der [illegible] erfahren, daß Fritz Marunge den [illegible] der Handlung erst [illegible], als der [illegible] seiner [illegible] nur [illegible] zu folgen.

[illegible] er [illegible] mit [illegible] Hanna [illegible] die alte [illegible], [illegible] Hanna den „Hund" [illegible] —

Er [illegible] auf. [illegible] diesen [illegible] Vorgang nicht. [illegible] Seite — [illegible]

Sie kamen in einen [illegible] Leute, die [illegible] Dame [illegible] hatten [illegible] Hanna war viel zu tief versunken in [illegible], um die Feindin zu bemerken. Bonsar tat das klügste, was er tun konnte, er tat, als sehe er die hoffärtige Dame nicht.

Doch Fritz Marunge sah den Sport, mit dem sie seine Hanna angrinste. Da erstand in ihm der männliche Beschützer und Schirmherr. Er trat auf Vicki zu.

„Was stehen Sie denn da und feixen?" fuhr er sie bedrohlich an.

„Was [illegible] denn Sie das Ganze?" fragte Vicki uneingeschüchtert und verächtlich.

„Mir!" wütete Marunge. „Sie glauben, ich werde ruhig mit ansehen, wie Sie meine Frau."

Vicki pfiff durch die Zähne. „Ihre Frau ist das! Eine nette Pflanze haben Sie sich da als Frau angeschafft. Muß man sagen. Da werde ich Ihnen mal einen guten Rat geben, Kleiner, [illegible] und franko. Gehen Sie man schleunigst nach Hause und [illegible] Ihrer Frau 'n bißchen auf die Finger. Die hat's nötig."

[illegible] wäre es sicher zu einem neuen Skandal gekommen, wenn nur die Saaldiener nicht zwischen Mordinstinkt und Opfer geworfen hätten. Man brachte Vicki zur Garderobe.

[illegible] stand Marunge einsam im Gang und sah sich wie ein Erwachender um. Ein Herr zeigte hilfsbereit auf eine Tür. Dorthin lenkte der [illegible] Schöffner verwirrt seine Schritte.

Es war ein kleiner Nebenraum. In der Mitte ein festlich gedeckter Tisch. In einem Winkel standen: Hanna schluchzend, Bonsar gezeichnet, der Geschäftsführer peinlich berührt. [illegible] Marunge, der Gatte.

Hanna [illegible] auf wie ein gequältes Tier und warf sich Fritz an die Brust. Er streichelte beruhigend ihre nackte Schulter.

Bonsar wurde jetzt zum erstenmal gewahr, daß er die Rolle des jungen Mannes im [illegible] Sakko wohl doch einigermaßen [illegible] hatte. Zum erstenmal dämmerte ihm [illegible] der Verdacht auf, daß diese kleine, reizende Frau [illegible] doch etwas [illegible].

[illegible] der Geschäftsführer Bonsar aus seinen [illegible] Betrachtungen und das junge Paar aus seiner [illegible] Klage und Tröstung.

„Meine Herrschaften", [illegible] er an und wischte sich mit der [illegible] Hand über Nase und Stirnen, „ein äußerst unangenehmer [illegible] [illegible]"

Hanna und Fritz Marunge trennten sich, [illegible] auf den Sprecher. Dann sah Hanna ratlos an sich nieder.

Na, los, los!" ermunterte der Geschäftsführer, der an Fritzes Rock erkannte, daß er es mit keinen allzu illustren und „prominenten" Gästen zu tun hatte. „Sie werden doch 'n Mantel oder so etwas Aehnliches in der Garderobe abgegeben haben. Holen Sie ihn!"

Da flitzte Fritz hinaus. Im Zimmer blieb es still. Nur Hanna schluchzte noch hin und wieder schmerzvoll nach wie ein Kind, das geweint hat. Der Geschäftsführer betrachtete interessiert die Landschaften an der Wand, als habe er sie nie vorher gesehen. Er war doch sehr ungehalten und verstimmt über den „unerhörten Auftritt", zumal jetzt, als er sah, daß es gar nicht so feine Leute waren, wie er zuerst vermutet hatte. Freilich, der Herr dort war ja sehr elegant. Aber ein geschlagener Mann ist kein Gegenstand der Ehrfurcht.

Bonsar überlegte, ob er sich nicht kurzerhand mit einer kleinen Verbeugung entfernen und aus der Affäre ziehen sollte. Was ging ihn die Sache schließlich noch an. Die Frau war ja einfach Bunce, ja — [illegible]! Aber doch eine verheiratete Frau. Er hatte weder ein Abenteuer mit einer verheirateten Frau gesucht noch gefunden. Aber nach diesem peinlichen Intermezzo —

Gerade als er seinen Rückzug antreten wollte, kam Fritz Marunge mit den Mänteln.

Die Wahrheit zu sagen, waren es keine [illegible] Paletots. Fritz verfügte für seine zivilen Obliegenheiten überhaupt nur über eine Windjacke. Die hatte er angezogen. Ueber dem Arme trug er Hannas Pelz. Das heißt, ein richtiger Pelz war es gewesen, vor Jahren, als Tante Mathe in ihrer verwehrenden Güte ihrem Liebling diesen hübschen [illegible] zu Weihnachten unter den Christbaum gelegt hatte. Seitdem hatte Hannas [illegible] sich mannigfach an ihm erprobt. [illegible] immer das gleiche! Sie hatte in jedem von den sechs Jahren, den sie ihn besaß, ein wenig daran geändert. Bald verkürzt, bald gekürzt. Sie nannte es, ihn modernisieren. Augenblicklich war er so — und diesen Winter ganz ausgesprochen — zu einer kurzen Sportjacke geworden, die ihr gerade bis über die Hüften reichte. Sie sah sehr schick aus in dem kurzen Rock. Zu dem Seidenkleid heute abend paßte sie aber weniger. Doch sie hatte sich den unglaublichen Luxus eines Autos geleistet, zum erstenmal in ihrer Ehe. In dem Hemdchen war die Sportjacke nur [illegible] die Unmöglichkeit.

[illegible] Hanna in den Pelz ein und erklärte, daß sie [illegible] Umständen das [illegible] dieser Wände zu verlassen gedenke.

(Fortsetzung folgt.)

einen Schwindelanfall erlitten und die Gewalt über das Steuer verloren.

Nach dem Befunde der Polizei und der an die Unglücksstelle entsandten Gerichtskommission scheint das Unglück jedoch auch durch den außergewöhnlich schlechten Zustand der Landstraße an der Unglücksstelle mit verschuldet worden zu sein. —

Unwetter in Schleswig-Holstein

Ueber weite Teile von Schleswig-Holstein gingen am Dienstagnachmittag außerordentlich heftige Gewitter nieder, die große Blitz- und Flurschäden anrichteten. Im Kreise Oldenburg in Holstein zündete der Blitz in sechs Gebäuden, die sämtlich eingeäschert wurden. Während das Vieh größtenteils in Sicherheit gebracht werden konnte, sind große Futtervorräte und viele landwirtschaftliche Maschinen den Flammen zum Opfer gefallen.

In der Ortschaft Ahneby wurden drei Gebäude durch Blitzschlag in Asche gelegt. In der Ortschaft Honigsee zündete der Blitz in einer großen Scheune. Das Gebäude brannte völlig nieder. In verschiedenen Gegenden war außerordentlich starker Hagelschlag zu verzeichnen, der auf den Feldern erheblichen Schaden angerichtet hat. In mehreren Ortschaften waren die Telefonleitungen durch Blitzschläge vorübergehend gestört. —

Lastauto in einen Bach gestürzt

Auf der Rückfahrt von einem Feuerwehrfest in Böhmisch-Rohna in Ostböhmen verlor der Lenker eines Lastautos, in dem sich zahlreiche Feuerwehrleute befanden, die Gewalt über den Wagen. Das Auto raste gegen zwei Meilensteine, zertrümmerte ein Brückengeländer, überschlug sich und stürzte in das steinige Bett eines Baches.

Bei dem Sturze wurden mehrere Feuerwehrleute aus dem Wagen herausgeschleudert, andre von dem stürzenden Wagen begraben. Etwa 20 Insassen wurden verletzt, darunter 17 schwer. Von den in das nächste Krankenhaus geschafften Verunglückten sind drei nach einer Operation gestorben. Der Lenker des Wagens konnte in der allgemeinen Verwirrung flüchten. Er hat sich später in der Wohnung seiner Eltern erschossen. —

Die „geheimen Sechs"

Ein Komitee einflußreicher Bürger von Chikago, die „Die geheimen Sechs" genannt werden, hat sich jetzt zusammengetan, um einen [illegible] und systematischen Krieg gegen die Verbrecherbanden zu führen, deren die Polizei nicht Herr werden kann. Die Geschäftsschädigung, die dieser zweitgrößten Stadt der Vereinigten Staaten durch die Unsicherheit in ihren Straßen und ihren schlechten Ruf erwächst, ist so groß, daß man keine [illegible] Mittel scheuen will, um endlich einmal der Hydra der Verbrechen die vielen Köpfe abzuschlagen. Die Aufgabe ist nicht leicht. Denn die „Unterwelt Chikagos" ist ebenso wie in andern amerikanischen Großstädten sehr weit ausgedehnt, und sie reicht bis in die Kreise der hohen Beamten, der Abgeordneten und [illegible], der Polizei und der Gerichte.

Diese ganze [illegible] Organisation wird nicht nur durch gemeinsame Geldmittel, sondern auch durch [illegible] zusammengehalten, und wer sich der Diktatur der Bandenführer zu widersetzen wagt, ist dem Tode geweiht. [illegible] Chikago 25 Millionen Dollar im Monat an [illegible]. [illegible] der Alkoholschmuggel, in erster Linie der Handel mit Bier, das zu drei Dollar die Tonne hergestellt und zu 55 Dollar die Tonne abgesetzt wird. [illegible] in diesem Jahre zu 25 Morden in Chikago geführt, [illegible] [illegible]

[illegible]

Festnahme eines Betrügers. [illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

Zugzusammenstoß in England. [illegible]

[illegible]

[illegible]

§ Vor Gericht

Durch Bastelei ins Gefängnis

Adolf ist schon 28 Jahre alt. Er hat ein intelligentes Gesicht. Wenn man nicht weiß, wer er ist, kann man annehmen, er sei ein großer Sportsmann. Das ist sein Typ. So steht er auch da mit seiner Sporthose, den halben Schuhen und der hellgelben, wildledernen Sportjacke. So ungefähr stand er schon vor einem Dreivierteljahr vor dem Richter, der ihn wegen verschiedener Motorraddiebstähle auf insgesamt 2 Jahre ins Gefängnis schickte. Er interessierte sich damals so sehr für Motorräder, daß er sein eignes verkaufte, weil es ihm zu klein, zu gering war. Er kaufte eine alte, größere Maschine. Und jedesmal, wenn er ein noch schwereres Rad sah, packte es ihn. Er schwang sich darauf und fuhr damit los. Dann nahm er es in allen seinen Teilen wie ein geschickter Monteur auseinander und baute es mit Teilen andrer Motorräder so kunstgerecht zusammen, daß er daraus einen fabrikmarkenlosen, aber immerhin verbesserten Typ machte.

Das bewunderten damals die Bestohlenen, als sie ihr umgebautes Rad durch die Kripo wieder zurückerhielten. Ein sachverständiger Ingenieur meinte, er sei ein geradezu genialer Konstrukteur für Motorräder. Es sei um den intelligenten Menschen sehr bedauerlich, daß er sich bei seinen einschlägigen Fähigkeiten auf straffälligem Gebiet betätigt habe. Er wäre der rechte Mann am rechten Platz als Konstrukteur in einer großen Fabrik.

Doch die Art, wie er sein Handwerk betrieb, brachte ihn eben auf so lange Zeit ins Gefängnis. Mehr aus fanatischer Liebe zum Motorradsport, als aus verbrecherischer Neigung, andre um ihr Eigentum zu bringen, vollbrachte er die Diebstähle.

Dann kriegte er plötzlich, das sagte er von sich selbst, einen ausgesprochenen Radiofimmel. Nun fing er mit Radiogeräten an zu basteln. Genau auf die gleiche intelligente Art, aber ebenfalls wieder unter Benutzung straffälliger Wege. Betrug und Urkundenfälschung verübte er dabei. Dieser Fall liegt auch schon 1½ Jahre zurück. Er kann ihm nicht leicht gemessen werden, denn er benutzte damals zur Ausfertigung einer falschen Arbeitsbescheinigung einen Briefbogen einer Schöneberger Firma. Durch Vorlegung dieser Bescheinigung erhielt er einen Radioapparat für 296 Mark bei 60 Mark Anzahlung. Der Lieferant erhielt kein Geld mehr, denn Adolf war arbeitslos. Als der Fall zur Anzeige kam, kam auch der Schwindel mit dem fremden Firmenbogen heraus. Die betreffende Firma entließ einen jungen Handlungsgehilfen, der Adolf den Firmenbogen beschafft haben soll. Der Gehilfe fand in Dessau wieder neue Stellung, die er aber durch eine anonyme Anzeige wieder verlor, so daß der heute noch arbeitslos ist.

Das Gericht verurteilte Adolf zu 6 Monaten Gefängnis. Adolf nahm die Strafe an. Er möchte aber wieder in die Strafanstalt Halle zurück, von wo aus man ihn zu dieser Verhandlung überführte, denn dort habe er eine schöne Beschäftigung, die ihm Spaß mache. Im übrigen erkannte er seine Taten endlich als Dummheit, bereute sie und gestand, künftig nichts Schlechtes mehr tun zu wollen. —

Der Glaube an die Zunft

Willi ist ein Zimmermann. 8 Tage vor Weihnachten vorigen Jahres kam er in das Lokal Arkadia — nicht mehr ganz nüchtern —, um sich unter Vorlegung seines Verbandsbuchs etwas Schlafgeld bei den Gästen zusammenzufechten. Das fiel aus dem Rahmen auf, weil Willi eben stark [illegible] und es schon tiefe Nacht war. Als er die Reihe 'rum ging, kam er auch an einen Gewerkschaftsfunktionär der Bauarbeiter, der natürlich sein Verbandsbuch näher ansah und es nach seiner Meinung nicht in Ordnung fand. Der empörte sich darüber. Aber noch mehr der Willi, daß ihm der Funktionär einen Strich durch seine Rechnung zu machen suchte. Willi machte viel Krach bei dem Streit, den es gab. Einen dazwischen tretenden Kellner soll er dann mit einem Tritt bedroht haben. Als die Polizei kam, soll er bei dem Ringen um den Transport ins Freie einen Beamten in einen Finger gebissen haben.

Durch die Hände der heiligen Hermandad kam er vor den Strafrichter. Er ist kein unbeschriebenes Blatt mehr. Nun verteidigte er sich durch eine fulminante Rede ungefähr so: „Meine Herren! Verschiedene Wege führen immer zum Ziele. Wir nennen das, was wir tun, nicht betteln, sondern uns gegenseitig unterstützen. [illegible]

[illegible] Woche Haft wegen [illegible]. —

Der erdichtete Ehebruch

[illegible]

ein zweites Mal ein falsches Zeugnis, diesmal sogar vor Gericht, ab. Die Kontoristin wurde mit ihrer Klage abgewiesen. Die fristlose Entlassung galt als berechtigt.

In ihrer Verzweiflung kam die Kontoristin nun auf den Gedanken, doch einmal von jenem fraglichen Fenster aus den Blick in das Büro auf dem Hofe zu tun. Da stellte sie fest, daß die Räumlichkeiten, die die beiden Burschen als den Ort des angeblichen Ehebruchs angegeben hatten, durch das Fenster gar nicht zu sehen sind. So wurde der ganze Schwindel aufgedeckt, die Kontoristin rehabilitiert und die beiden gewissenlosen Lügner vor den Richter gebracht. Sogar das Erweiterte Schöffengericht mußte sich mit ihnen beschäftigen, denn sie standen unter der schweren Anklage, eine falsche eidesstattliche Versicherung abgegeben zu haben. — Vor einem Meineid — und somit vor dem Zuchthaus — blieben die zwei nur deswegen bewahrt, weil der Arbeitsrichter von seinem Recht, die Zeugen vereidigen zu können, glücklicherweise keinen Gebrauch machte.

Befragt, was sie beide zu ihrem folgenschweren Handeln getrieben habe, vermochten sie nur anzugeben, Dummheit, Unüberlegtheit, jugendliches Prahlertum, und mal eine wichtige Rolle spielen zu wollen, allerdings mit dem Erwarten, dafür geldlich entschädigt zu werden. Beide erhielten eine mehrmonatige Gefängnisstrafe, deren Verbüßung sie sich aber durch eine jahrelange Bewährung ersparen können. Außerdem wurde der Jüngste von ihnen unter Schutzaufsicht des städtischen Jugendamtes gestellt.

Ein jugendlicher Räuber

Mit einem tiefbetrüblichen Fall entgleister Jugend hatte sich vor einigen Tagen das Magdeburger Jugendgericht zu beschäftigen. F., einem Burschen, der bei Begehung einzelner seiner Taten noch nicht 18 Jahre alt war, wurden drei Handtaschenräubereien und acht Motorraddiebstähle zur Last gelegt.

Wenn das Gericht F. vor langer Zuchthausstrafe für seine schweren Untaten bewahrte, dann geschah es nur mit Rücksicht auf das recht jugendliche Alter und auf die Tatsache, daß das Jugendgerichtsgesetz mildere Strafmaße kennt, als das Strafgesetz. Großmannssucht trieb den Burschen zu seinen Taten. Darin zeigt sich aber wohl auch seine geistige Minderwertigkeit.

Nur um in den Besitz von Geld zu kommen, für Rauchen und sonstige Annehmlichkeiten, beraubte er auf offener Straße am hellen Tage junge Mädchen. Ohne danach zu fragen, ob es dem überhaupt Zweck haben könnte, hatte er es stets auf die Handtasche abgesehen. Unbemerkt verfolgte F. junge Mädchen. Wenn ihm der Augenblick geeignet erschien, entriß er dem ahnungslosen Mädchen die Handtasche. Um sofort beim ersten Angriff die Tasche sicher zu erhalten, wandte er einen gemeinen Trick an, indem er den Ueberfallenen unter die Röcke griff. Den Augenblick des Schreckens benutzte F. dann, die Tasche zu entreißen und damit zu entfliehen. Brachte ein Mädchen Geistesgegenwart genug auf, sich krampfhaft des Raubes an ihrer Tasche zu erwehren, dann streute er dem Mädchen plötzlich auch noch Pfeffer ins Gesicht.

Dreimal konnte F. diese Räubereien vollbringen, ehe es der Polizei gelang, seiner habhaft zu werden. Zur gleichen Zeit verschwanden in der Stadt hintereinander acht Motorräder. Auch die gingen auf das Konto des F. Wenn ihn die Lust ankam, mit ratterndem Motorrad durch die Straßen zu sausen, dann suchte er sich irgendwo eine ihm imponierende „schwere Maschine", die auf der Straße stand und raste damit los. Ohne fahrkundig zu sein, tobte er dann durch die Straßen. War ihm der Sport zuwider, ließ er das Rad einfach stehen und verschwand. So hat er es mit 8 Motorrädern getrieben, die dann später stets ihrem Besitzer durch die Polizei zurückgegeben werden konnten, so daß hierbei großer Schaden nicht entstanden ist.

Großmannssucht und Motorradfimmel waren die Beweggründe, die F. skrupellos jede Hemmung überwinden halfen und ihn als so jungen Menschen zu den schweren Taten fähig zu machen. F. wurden durch das Jugendgericht 6 Monate Gefängnis zudiktiert. Er wurde außerdem einer Erziehungsanstalt zugeführt. Sollte er sich in den folgenden drei Jahren in der Anstalt gut führen, soll ihm die Verbüßung der Strafe erspart bleiben. —

Ein „naiver" Kautionsschwindler

Als ein übler Kautionsschwindler entpuppte sich der schon mehrmals vorbestrafte Provisionsreisende Otto Krebs aus Magdeburg. — Mit kärglichen Ersparnissen, die kaum 50 Mark betrugen, versuchte er, sich auf Kosten andrer armer Leute, die nur ein paar hundert Mark gespart hatten, zu bereichern. Er nahm ihnen ihre Ersparnisse skrupellos ab.

Provisorisch mietete sich K. einen Raum, in dem er eine Käserei errichten wollte. Er besichtigte auch bereits Käsereimaschinen. Nun fehlte es ihm nur noch an Geld. Er wandte sich durch ein Inserat an einen Tischler, der Arbeit suchte und dazu eventuell einige hundert Mark Kaution anbot. Der gutgläubige Tischler gab K. 500 Mark. Man schloß vor einem Notar einen Sicherheitsvertrag für das Geld ab; K. übereignete dem Tischler die Käsereimaschinen, die er sich nur einmal angesehen hatte, als Sicherung. Nach dem Vertragsabschluß tranken die Partner noch ein Gläschen Bier und dann verschwand K. auf Nimmerwiedersehen.

Jetzt wollte er dem Gericht glauben machen, er habe einen erheblichen Teil des Geldes am fraglichen Bierabend verloren, wie wüßte er nicht. Der Tischler aber erklärte eidlich dem Gericht, daß er nur ein Glas Bier getrunken habe. K. aber in der gleichen Zeit drei bis fünf Glas und diverse „Körner". Dann sei K. verschwunden(?) gegangen. K. besaß noch den Mut, das Gericht um Bewährungsfrist zu bitten. Der Staatsanwalt widersprach: „Der Antrag ist naiv." Das Gericht verurteilte Krebs zu 7 Monaten Gefängnis. —

RUND FUNK

Programm der Sender Berlin und Magdeburg.

Donnerstag, 17. Juli.

14.00: Aus „Tosca". Musikdrama in drei Akten von G. Puccini. Schallplatten.
15.20: Margarete Seyler-Kruhn: Flüssiges Obst.
15.40: Prof. Wappenschmitt: Der Ausgleich zwischen überlieferter und moderner Musik.
16.05: Konzert.
17.30: Erich Kuttner, M. d. L.: Parlamentarische Untersuchungsausschüsse.
17.55: Jugendstunde. Dr. F. Günther spricht über Septimen-Akkorde.
18.30: Clara Viebig zum 70. Geburtstag. Einleitung: Dr. Eloesser. Aus den Werken: Maria Fein.
18.50: Chorgesänge. MGV-Doppelquartett 1924 Berlin-Spandau.
19.15: Musikalisches Magazin.
20.00: Wovon man spricht.
20.30: Aus Operetten.
Danach: Tanzmusik. Kapelle Robert Gaden.

Deutsche Welle. Donnerstag, 17. Juli.

10.35: Mitteilungen des Verbandes der Preuß. Landgemeinden.
12.00: Schallplatten: Vom Wecken bis zum Zapfenstreich.
15.00: Georg Lasser: Deutsch für Ausländer.
16.00: Berlin: Nachmittagskonzert.
17.30: Schriftleiter Kurt Herbst: Die heimatkundlichen Grundlagen aller Bildungsarbeit an der Landjugend.
18.00: Direktor Röhler: Das Deutschtum in Bessarabien.
18.30: Dr. Feinberg: Russische Musik im Spiegel russischer Kultur.
19.00: Dr. Auerbach: Palästina vor 20 Jahren und heute.
19.25: Abgeordneter Sornefeld-Ettmann: Das Reichsmilchgesetz im Reichstag.
20.00: Wovon man spricht.
20.30: Aus Operetten.
Danach: Tanzmusik. Kapelle Robert Gaden.

Zur natürlichen Bräunung der Haut reibe man vor und nach der Besonnung die Haut, insbesondere Gesicht und Hände mit Creme Leodor gründlich ein; man erzielt dann ohne schmerzhafte Rötung eine gesunde, sonnengebräunte Hautfärbung. Creme Leodor, Tube 60 Pf. und 1 Mark, Leodor-Edel-Seife 50 Pf. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

sind. Er wird ruhig angehört. Dann umreißt er die Pflichten, die daraus entspringen. Er wird pathetisch und erntet dafür Unruhe. Ein Parlament ist nicht der Ort, an dem man mit Pathos arbeiten kann, wenn man Eindruck erzielen will. Danach legt er die Blumen seines Steuerstraußes auf den Tisch des Hauses nieder. Antwort, starke Unterbrechungen und erheblicher Widerspruch. Es gibt andre Blumen, die der Steuersucher finden kann. Zum Schluß, im letzten Satz kommt die Eröffnung, auf die alle Hörer warten: wenn die Steuern der Regierung verworfen werden, wird sie mit „allen verfassungsmäßigen Mitteln", dafür sorgen, daß ihre Absichten durchgeführt werden.

Da sind sie wieder, die „verfassungsmäßigen Mittel", die er schon im April und seitdem wiederholt angekündigt hat. Welche Mittel? Rücktritt, Auflösung, Staatsstreich? Damals keine eindeutige Antwort. Auch heute kommt sie nicht, das reizt zum Widerspruch, das verletzt, das stößt zurück. Der Redner, der frei gesprochen, trotzdem das Manuskript vor ihm lag, erntet daher nur bei seiner eignen Partei zum Schluß einigen Beifall. Es ertönen von den Gegnern Zischlaute und Huhu-Rufe.

Der Zentrumsführer Esser will schnelle Entscheidung. Abstimmung über den ersten Artikel ohne Diskussion. Lieber ein schnelles Ende mit Schrecken als dieser Schrecken ohne Ende.

Der Vorschlag widerspricht den parlamentarischen Gesetzen. Die Sozialdemokratie verlangt durch den Mund Dittmanns Vertagung der Sitzung um eine Stunde, um in ihrer Fraktion zu dem überraschenden Antrag Stellung zu nehmen. Dem Antrag wird entsprochen.

Nach 5 Uhr beginnt die Sitzung aufs neue. Und nun hat die Sozialdemokratie das Wort. Für sie steigt Keil (Stuttgart) auf die Tribüne. Der Kanzler hatte von einer „großen Stunde" gesprochen. Jetzt kommt sie. Die Zuhörer stehen im Banne des Redners. Sie haben sich inzwischen noch vermehrt. Die gesamte Regierung ist angerückt. Kein Minister fehlt. Die Estraden sind auch dichter besetzt als vorher.

Keil spricht mit beispielloser sachlicher Wucht. In knappen Sätzen umreißt er die finanzielle Entwicklung der letzten Monate, die Vorschläge der Sozialdemokratie, ihre Ablehnung durch die bürgerlichen Parteien, die Folgen in Gestalt des immer größern Defizits. Die Sozialdemokratie treibt nicht Opposition um der Opposition willen. Sie ist bereit mitzuarbeiten, aber sie muß die notwendigen Konzessionen verlangen. Die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse dürfen nicht geschmälert werden. Erhöhte Steuern sind notwendig, neben weit stärkern Einsparungen. Alles muß gerecht gestaltet werden nach dem Maß der Leistungsfähigkeit.

Keil erörtert die einzelnen Steuervorschläge und stellt ihnen die sozialdemokratischen Forderungen gegenüber. Der Kanzler hat von den „verfassungsmäßigen Mitteln" gesprochen. Sie sind nicht ausgeschöpft. Es fehlt der Rücktritt der Regierung, die Bildung einer neuen Exekutive und die Auflösung des Parlaments, falls auch die neue Regierung nicht die ihr gestellten Aufgaben lösen kann. Auf keinen Fall aber kommt der Artikel 48 in Frage.

Der sozialdemokratische Redner warnt mit äußerstem Nachdruck vor diesem verfassungswidrigen Mittel. Man kennt wohl den ersten Schritt, aber man weiß nicht, was folgt.

Keils Sätze wirken wie Hammerschläge. Man spürt deutlich den starken Eindruck, den er auf die Minister und den er auf die Mitte macht. Nur die Kommunisten toben, diese Harlekiner, die längst nicht mehr ernst genommen werden. Der Präsident muß ihnen mit Hinausweisung aus dem Saale drohen, um sie einigermaßen zur Ruhe zu zwingen.

Nach dem Vertreter der Sozialdemokratie erhält der Wortführer der Deutschnationalen, der junge Mann Hugenbergs, Oberfohren (Kiel), das Wort! Er spricht vom Platze aus. Er bemüht sich nicht einmal auf die Tribüne, um der Regierung auch äußerlich das geringe Maß von Autorität zu bezeugen, das sie sich in den Augen der Rechten erworben, trotzdem ihr Parteigenosse Schiele auf der Ministerbank sitzt. Wenige Worte, salopp hingeworfen! Die Deutschnationalen bleiben bei ihrer Ablehnung. Brüning ist nicht gewillt, die Bedingungen Hugenbergs zu erfüllen: Sprengung der Preußenkoalition, Loslösung vom dreimal verfluchten „Marxismus". Diktator Hugenberg hat diesmal seine Hörigen fest an der Strippe. Die Gründe sind noch offenzulegen.

Die beiden Parteien, von denen die Entscheidung abhängt, haben gesprochen. Die Spannung läßt nach. Der Saal leert sich zur guten Hälfte.

Um 7 Uhr wird der Artikel eins angenommen, weil die Sozialdemokraten sich der Stimme enthalten. Genau wie im Ausschuß. Dadurch wird die Möglichkeit geboten, die einzelnen Steuerarten am Mittwoch zu besprechen und ins rechte Licht zu rücken. Die sozialdemokratische Fraktion will sich diese Möglichkeit nicht entgehen lassen.

Die Wirkung der Keilschen Rede zeigt sich alsbald nach Schluß der Sitzung. Der Kanzler bittet die beiden Führer Müller (Franken) und Breitscheid zu sich und eröffnet ihnen, daß nach 8 Uhr eine Zusammenkunft der Fraktionsführer der bürgerlichen Parteien stattfindet, die die Aufgabe haben, zu prüfen, ob sie der Sozialdemokratie auf sozialpolitischem Gebiet Konzessionen machen könne, für den bejahenden Fall werde am Mittwoch mit den Sozialdemokraten weiter verhandelt werden.

Da unter den bürgerlichen Fraktionsführern sich der berufsmäßige Ministerstürzer Scholz von der Deutschen Volkspartei befindet, hegt man auf sozialdemokratischer Seite keine großen Erwartungen.

Zumal inzwischen ja die Reichspräsidentenkrise hinzugekommen ist. Hindenburg war sehr schlecht beraten, als er den Brief an Otto Braun schrieb und damit die zweite Krise eröffnete. Das wird sich im Laufe der nächsten Tage noch deutlicher als heute herausstellen. —

*

Interpellation im Reichstag

Die Demokratische Reichstagsfraktion teilt mit:

„Das Schreiben des Reichspräsidenten an den Ministerpräsidenten Braun rief in der Fraktionssitzung der Demokratischen Partei schweres Befremden hervor. Der Reichsminister Dietrich wurde alsbald in die Fraktionssitzung gerufen und begab sich aus der Sitzung unmittelbar zum Reichskanzler, um ihn um Aufklärung zu ersuchen. Die Fraktion bereitet eine Interpellation vor.

Die Abgg. Koch-Weser und Meyer sind beauftragt worden, eine persönliche Rücksprache mit dem Reichskanzler herbeizuführen, zu der sich der Reichskanzler bereit erklärt hat." —

Antwort der Reichsregierung in Paris überreicht

Deutschland für Briands Vorschlag

Paris, 16. Juli. Der deutsche Botschafter in Paris hat dem französischen Außenminister am Dienstag die Antwort der Reichsregierung auf die Europa-Rundfrage Briands überreicht. An die Uebergabe schloß sich eine längere Unterredung, die den Möglichkeiten und dem Ausblick einer Zusammenarbeit unter den europäischen Nationen gegolten hat.

Die Zustimmung Deutschlands zum Europapakt wird von der Pariser Presse als besonders wertvoller Erfolg Briands angesehen.

Daß Deutschland einige Vorbehalte hinsichtlich der Abrüstung, des Minderheitenschutzes und sonstiger Fragen gemacht hat, hat nach den offiziösen Mitteilungen aus Berlin hier nicht weiter überrascht.

Einigungsvorschlag des Reichsarbeitsministers

Verhandlungen wegen Mansfeld

Kupferbergbau unter der Aufsicht Preußens

Am Dienstag fanden im Reichsarbeitsministerium unverbindliche Besprechungen über die Beilegung des Arbeitskonfliktes im Mansfelder Kupferschieferbergbau statt.

Der Einigungsversuch des Reichsarbeitsministeriums sieht folgendermaßen aus:

Die Mansfeld-AG. und die Gewerkschaften haben mit dem Reichsarbeitsministerium eine Vereinbarung vorgesehen, wonach zunächst für die Zeit vom 15. Juli bis 31. Dezember 1930 ein variabler Zuschuß seitens der öffentlichen Hand an die neue Kupferbergbaugesellschaft gegeben wird.

Ferner haben die Gewerkschaften beim Reichsarbeitsministerium die Genehmigung eines festen Zuschusses bis Ende des Jahres beantragt, welcher die Differenz zwischen der geforderten 15prozentigen Lohnsenkung und eines von den Gewerkschaften als tragbar angesehenen Lohnabbaus von zirka 9½ Prozent ausgleicht.

Die Verhandlungen sind nach etwa vierstündiger Dauer auf Donnerstag vertagt worden. Wie verlautet, will die Mansfeld-AG. sich mit einer 8 bis 10prozentigen Lohnherabsetzung begnügen, wenn das Reich die Differenz bis 15 Prozent übernimmt, und zwar in der Gestalt von Steuererleichterungen. Weiter verlautet, daß in diesem Zusammenhang die Herauslösung des Kupferschieferbergbaues aus dem Verwaltungskomplex der Mansfeld-Betriebe und die Unterstellung unter die Aufsicht der preußischen Regierung erwogen worden sei.

Ergebnislose Wahl in Sachsen

Die am Dienstag im Sächsischen Landtag vorgenommene Ministerpräsidentenwahl verlief ergebnislos. Die Abstimmung ergab 45 Stimmen der Rechtsparteien für den frühern deutschnationalen Wirtschaftsminister Krug von Nidda und 32 Stimmen für den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Lipinski. Die Demokraten wählten den Reichstagsabgeordneten Külz, die beiden volksnationalen Abgeordneten stimmten für den gegenwärtigen sächsischen Innenminister Richter. Eine Stimme aus dem Lager der Rechtsparteien wurde für den volksnationalen Abgeordneten Lasse abgegeben.

Vor der Wahl ließ die sozialdemokratische Fraktion durch den Abg. Böchel eine Erklärung abgeben, in der es heißt, daß die Deutsche Volkspartei die Nationalsozialisten im Wahlkampf bekämpft und insbesondre der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Schneider die Hitlerianer als gewissenlose Hetzer bezeichnet habe, mit denen es keine Gemeinschaft und keine Zusammenarbeit gebe. Jetzt aber wolle die Deutsche Volkspartei gemeinsam mit den Nationalsozialisten eine Regierung bilden. Die Nationalsozialisten hätten sich in der Wahlbewegung als Gegner des Kapitalismus aufgespielt. Jetzt wollten sie eine Regierung bilden, die nur eine kapitalistische sein könne.

Der demokratische Abgeordnete Dehne erklärte, daß seine Freunde für die geplante Bürgerblockregierung nicht zu haben seien. Der volksnationale Abgeordnete Lasse wandte sich sehr scharf gegen die Nationalsozialisten und stellte fest, daß er und sein Kollege nur einen Ministerpräsidenten wählen würden, der die Interessen der Gesamtheit und nicht die Interessen einer Gruppe vertrete. —

Gefängnisstrafen in Frankfurt

Frankfurt a. d. Oder, 16. Juli. Das Schwurgericht verkündete am Dienstag gegen die vier Fürstenwalder Arbeiter, die am 25. Mai das Stahlhelmmitglied Ruediger von Massow erstochen haben, folgendes Urteil: Der Angeklagte Behnke erhält wegen Körperverletzung mit Todeserfolg 5 Jahre Gefängnis. Schmaitek 1½ Jahre Gefängnis, Jachde 1 Jahr Gefängnis und Jurasch 9 Monate Gefängnis.

Der Haftbefehl wird aufrechterhalten. 6 Wochen der Untersuchungshaft werden für die Strafverbüßung angerechnet. —

Deutsche Werkstätten AG. stillgelegt

Die Deutsche Werkstätten AG. in Hellerau bei Dresden, die etwa 500 Arbeiter beschäftigen, ist am Dienstag stillgelegt worden. Das Unternehmen befand sich schon seit langer Zeit in finanziellen Schwierigkeiten, so daß die Löhne wiederholt nur teilweise ausgezahlt werden konnten. —

Königsputsch in Ungarn?

Paris, 16. Juli. „Quotidien" veröffentlicht trotz aller Dementis eine neue Nachricht aus Budapest, daß ein monarchistischer Putsch in Ungarn nahe bevorstehe.

Neben dem italienischen Finanzminister Balbi hielten sich augenblicklich mehrere Abgesandte Mussolinis in Budapest auf, die mit der Bethlenregierung über die Organisation des Putsches verhandelten. Daß Italien die Thronerhebung des Erzherzogs Otto eifrig unterstütze, lasse sich nicht mehr bestreiten. —

Vom Amt suspendiert

Düsseldorf, 13. Juni. Regierungsrat von Anefeld bei der Düsseldorfer Regierung ist wegen seiner Betätigung in der nationalsozialistischen Bewegung vom Amt suspendiert worden.

Der Beamte hat wiederholt Versammlungen der Hitlerpartei geleitet und sich schwerlich im Hitlerjargon geäußert. —

Finnlands Parlament aufgelöst

Helsingfors, 16. Juli. Der Finnische Reichstag lehnte am Dienstag das Gesetz zum Schutze der Republik ab. Die Regierung antwortete mit der Auflösung des Reichstags und schrieb Neuwahlen für Oktober aus. Dann trat das Kabinett zurück.

Der Auftrag zur Neubildung der Regierung wurde von dem Führer der Sozialisten, Tanner, abgelehnt. Es ist deshalb wahrscheinlich, daß die Regierung Svinhufvud vorläufig im Amte bleiben wird.

*

Finnland befindet sich durch die Lappo-Bewegung in einer schweren innerpolitischen Krise. Regierung und Parlament suchen eine Lösung durch Neuwahlen. Die Wahlen werden stark unter dem Drucke der Lappolente stehen — wollen Brüning und die bürgerlichen Parteien in Deutschland warten, bis das Bündnis Hugenberg-Stahlhelm-Hitler Neuwahlen zu einem Risiko wie in Finnland machen? Die deutschen Demokraten aller Richtungen haben allen Grund, aus der finnischen Lehre zu lernen: insbesondere, daß der Schutz der Demokratie nur von ehrlichen Demokraten selbst ausgeübt werden kann, daß das Gefüge des Staates ins Schwanken gerät, wenn der Staat duldet, daß die Gegner der Demokratie sich zum Zwecke der Gewaltanwendung organisieren, daß es ein Verbrechen ist, wenn Gegner des Staates die Staatsgewalt handhaben — wie bei uns in Thüringen. —

Notizen

Neue Entlassungen im Ruhrbergbau. Wie aus Bochum gemeldet wird, droht im Ruhrbergbau eine neue Entlassungswelle. Von unterrichteter Seite verlautet, daß schon in allernächster Zeit mehrere Schachtanlagen stillgelegt werden sollen. Als Grund wird der außerordentlich schlechte Verkauf an Kohle in der ersten Julihälfte angeführt. —

Truppenverminderung im Saargebiet. Die Regierungskommission des Saargebiets hat beschlossen, den Effektivbestand des Eisenbahnschutzes des Saargebiets von 600 auf 250 Mann herabzusetzen. Womit die Regierungskommission das Verbleiben von 250 Mann rechtfertigt, erklärt sie nicht.

Siedlungen für Kriegsinvaliden. Paris will für seine Kriegsinvaliden eine besondre Siedlungsstadt bauen. Auf dem Gelände der alten Festungswerke sollen mehrere Reihenhäuser mit insgesamt 278 Wohnungen errichtet werden. Ferner ist der Bau eines Hotels mit 120 Einzelzimmern für unverheiratete Invaliden geplant. Die Siedlung soll mit allen nötigen ärztlichen Einrichtungen für die Pflege der kriegsverletzten Bewohner ausgestattet werden. —

Eröffnung der Interparlamentarischen Union. Im englischen Oberhaus wurde am Mittwochvormittag die 26. Konferenz der Interparlamentarischen Union eröffnet, an der 32 Länder, sowie Vertreter des Völkerbundes und des Internationalen Arbeitsamts mit Albert Thomas an der Spitze teilnehmen. Nach der Eröffnungsrede des französischen Abordnungsführers und des Präsidenten der Konferenz, Herzog von Sutherland, richtete Außenminister Henderson das Willkommen der britischen Regierung an die Tagungsteilnehmer. —

Oberhaus bringt Bergbaugesetz zu Fall. Das englische Oberhaus hat der Labour-Regierung den schwersten aller Schläge versetzt, den sie bisher von den arbeiterfeindlichen Lords erhalten hat. Zum dritten Male wurde das Bergbaugesetz mit 168 gegen 36 Stimmen abgelehnt. Damit ist die Arbeiterregierung um den Erfolg einer ihrer wichtigsten Arbeiten gebracht. Zweimal hatten die Lords das Gesetz dem Unterhaus zurückgeschickt, dreimal fand sich im Unterhaus eine Mehrheit, die sich nicht fügte. Die dritte Ablehnung im Oberhaus macht die Rechtskraft des Gesetzes einstweilen unmöglich. In den nächsten zwei Jahren kann es nicht mehr beraten werden. —

50 Jahre

Schuh-

Masting

bedeutet ein Ereignis, das uns verpflichtet, etwas ganz Besonderes zu leiste

Durch unseren groß angelegten

Jubiläums-Verkau

sollen Sie jetzt die Zinsen treuer Freundschaft genießen, daher sind heute stolz darauf, Ihnen als Dank für Ihre 50jährige treue Gefolgsch Gelegenheit zu geben, zu unseren

Jubiläums-Preisen

weit billiger zu kaufen als bisher.

Kommen Sie, unseren Dank entgegenzunehmen, wir gewähren auß den ganz besonders billigen Gelegenheiten als

Sonder-Jubiläums-Vergünstigung einen Bar-Rabatt von 5 Prozen

auf alle Damen-Schuhe von 12.90 Mk. an
auf alle Herren-Schuhe von 15.90 Mk. an

Unsere Jubiläums-Auslagen müssen Sie über zeugen, was wir für Vorteile bieten.

Masting & Co

Magdeburg Allermarkt 14 · Halberstädterstr. 116

Für die uns anläßlich unser Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir allen unsern herzlichsten Dank.

Burg, im Juli 1930.

Ernst Berbesse u. Frau.

Darlehen
Gewerbe- u. Privatkr. Möbel u. a. Sachw. Rückg.
F. Winkler
Wilhelmstraße 49
Nähe Domplatz

Spiegel, Kommode, Stühle, Federbett, Kind.-Klappst. Gash. mit Gittern, Regulator, elektr. Lampe, schwarz Gehrock, mittl. Fig., Aquarium, hell, z. verk. Königsmann, Angahn Str. 13, am Anger.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am **6. September 1930, 11 Uhr,** an der Gerichtsstelle, Halberstädter Straße 131, Zimmer 111a versteigert werden das im Grundbuche von Magdeburg-Sudenburg Band 4 Blatt 197 eingetragene Eigentümer am 7. März 1930, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerkes: der Gegenbauer Friedrich Wilhelm Schulz in Magdeburg eingetragene Grundstück Leipziger Straße 8, bebauter Hofraum, Gemarkung Magdeburg, Kartenblatt 2, Parzelle 187, 28 a groß, Grundsteuermutterrolle Art. 150, Nutzungswert 1580 RM, Gebäudesteuerrolle Nr. 1156.

Magdeburg, den 9. Juli 1930.

Das Amtsgericht A. Abt. 3.

Verdingung.

Die Herstellung des Grabens 862 zur Entwässerung des Polders östlich des Hebewerks Rothensee (rd. 150 m³ Erdaushub und Verbauung von 4 Bewässerungsleitungen, Bauzeit 8 Wochen) soll öffentlich vergeben werden.

Verdingungsanschriften können vom 17. Juli an gegen Voreinsendung von RM. 2.20 nicht im Briefwechsel an die Bürokasse des Kanalbauamts, Magdeburg, Templin 18 II, bezogen werden.

Angebote sind in verschlossenem Umschlage mit der Aufschrift: „Angebote auf Graben 862" bis zum **Eröffnungstermin, 25. Juli 1930, 12 Uhr,** einzureichen. Die **Zuschlagsfrist** läuft ab am **25. August 1930.**

Preußisches Bauamt Magdeburg Mittellandkanal.

Billige Farben!

Leinölpreis gewaltig rein
Pfd. nur Mk. **0.60**, 2½ Mk. **1.10**, ½ Pfd. Mk. **0.35**
Terpentin-Ersatz extra gutes . Pfd. Mk. **0.45**
in Mützen Schlämmkreide . Zentner nur Mk. **1.80**
für Kreide bei dies. bill. Preis Bonnet mitbringen
Mandgrün, brillant und ferrig Pfd. Mk. **0.20**
Feurigen Goldocker das Pfd. nur Mk. **0.12** an
in Blau, ferrig . . . . . Pfd. nur Mk. **0.40** an
Zinkweiß, Zinkbodenlack Pfd. nur Mk. **1.00** an
Sämtliche andern Farben extra billig.
Pinsel und Bürste anderweit.

Germ. Wünsche, Kölner Straße 11

Romane

in der Buchhlg. erschienen:
Buchhdlg. Volksstimme

Kaufe **Meisenkästen**, junge u. alte und kaufe alte Hühner alle Farben.
Meyer, Wilhelmstraße 32a, ab 8 Uhr.

Solinger Stahlwaren
Schleiferei Ludwig Glauner
Kölner Str. 20

Wir haben gebraucht und gut!

1 Schlafzimmer nur 385.-

im Weißlack oder Birke fur., bestehend aus:
1 Schrank, groß, zweitürig, mit Wäschefach
1 Waschtisch m. Marmorplatte u. Spiegelaufsatz
2 Nachtschränkchen
2 elbg. Metallbettstellen m. Patentmatratzen
2 Deckenbettgarnituren
2 Stühlen

Bettenvertrieb Wilhelm Gerneth
in der Kaserne Rotensee
gegenüberdem 40 Stück Krankenhaus
einm. Landwehrstr., einer Kurzstr. h.

Lest Zola

Die Romane des großen Kämpfers für soziale Gerechtigkeit

Lourdes
Rom
Paris — **Die drei Städte**

Fruchtbarkeit
Arbeit
Wahrheit — **Die Evangelien**

Die Rougon-Macquart

Das Glück der Familie Rougon
Die Jagdbeute
Der Bauch von Paris
Die Eroberung von Plassans
Die Sünde des Abbé Mouret
Seine Exzellenz Eugen Rougon
Die Schnapsbude
Ein Blatt der Liebe
Nana
Im häuslichen Herd
Das Paradies der Damen
Lebensfreude
Germinal
Das Werk
Mutter Erde
Der Traum
Die Bestie im Menschen
Geld
Zusammenbruch
Dr. Pascual

Jeder Band in Leinen gebunden . . jetzt nur noch Mk. **2.85**

Erhältlich in der

Buchhandlung Volksstimme
Magdeburg Aschersleben Stendal

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgang unseres lieben Entschlafenen sagen wir allen Verwandten und Bekannten unsern herzlichsten Dank. Auch der Firma Schreiber & Sundermann und der Werkstatt sowie den Bewohnern des Hauses Schrotdorfer Straße Nr. 18. Besondern Dank Herrn Pastor Frietsche für die trostreichen Worte in der Kapelle.

Die trauernden Hinterbliebenen
Geschwister Riemer

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgang unserer so lieben Entschlafenen sagen wir allen unseren herzlichsten Dank.

Barleben, den 15. Juli 1930.

Die trauernden Hinterbliebenen
Friedrich Köppe u. Kinder.

Auto-Fahrschule Zentra
Landwehrstr. 6. Tel. Norden 22041.
Prospekt frei.

Lest die Frauenwelt

Danksagung.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Trauerfeier meiner lieben Frau, Schwester, unserer herzensguten, treusorgenden Mutter, Frau

Emma Höpfner geb. **Adam**

sagen wir allen Verwandten und Bekannten, den Bewohnern des Hauses Otto-Richter-Str. 11, dem Gartenverein Sudenburger Süne, dem Redner des Volks-Feuerbestattungsvereins für die ergreifenden Worte bei der Einäscherungsfeier und dem Quartett herzlichen Dank.

Gustav Höpfner nebst Angehörigen.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands
Verwaltung Magdeburg.

Nachruf!

Am 14. Juli starben unsere Mitglieder

Friedrich Engler
54 Jahre alt, an Herzleiden!

Ernst Schwarz
30 Jahre alt, an Lungentuberkulose.

Ihr Andenken werden wir dauernd in Ehren halten!

Die Beerdigung der verstorbenen Kollegen ist bereits erfolgt.

Die Verwaltung.

Ein erschütternder Tatsachenbericht über den Nationalsozialismus und Faschismus!

Preis des Buches Mk. 2.75
in modernem, farbigem Photomontage-Umschlag.

Schwer lastet das Schicksal über Italien. Durch faschistische Willkür gefesselt, wehrlos, seiner geistigen Freiheit beraubt, erträgt es Mussolini als Diktator. Zerstörte Arbeiterorganisationen, verstummte Zeitungsredaktionen, in Brand gesteckte Volkshäuser kennzeichnen den Weg, Mißhandlung und Mord brachten den Renegaten zur Macht. Aber die Geschichte zeigt, daß noch jede Tyrannei gestürzt ist. Nichts wird vergessen. Für alles kommt der Zahltag. — Die Erinnerungen des führenden Siebenbürgers des sozialistischen „Avanti" brachten als Vorabdruck in der Abendausgabe des „Vorwärts" bereits einen vollen Erfolg. Sie sind ein wertvolles Geschichtsdokument.

Erhältlich in der

Buchhandlung Volksstimme
Magdeburg // Aschersleben // Stendal

Möbel

zu ganz billigen Preisen!
Speisezimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer
Küchen
Chaiselongues, Einzelbetten, Bettstellen, Sofas usw.
Bettwäsche, Teppiche usw.

H. Schickert Tischlermeister
Große Mühlengrube 2

Wir haben mehrere gebrauchte

10- u. 12 PS Opel-Wagen

zu besonders günstigen Preisen und Bedingungen abzugeben

Adam Opel Aktiengesellschaft
Zweigniederlassung Magdeburg
Halberstädter Straße 129 Fernsprecher 52545

In der Nacht zum Freitag verschied unser Genosse

Albert Knabe

Zur Gründung der Genossenschaft hat er als Vorsitzender des Aufsichtsrats und in letzter Zeit als Mitglied desselben immer in vorbildlicher Weise seine Pflicht erfüllt. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Heimstätten-Baugenossenschaft G. G. m. b. H.
Schönebeck-Sachsenland

Wir erhielten die unerwartete Nachricht, daß am Montag, dem 14. Juli, unser Maurer

Hermann Wenkel

aus Gr.-Ottersleben, aus dem Leben gerissen wurde.

Der Verstorbene hat in den langen Jahren seiner Tätigkeit bei uns stets einen pflichtbewußten Mitarbeiter bewiesen. Wir verlieren in dem Genossen einen tüchtigen Naturarbeiter, der seinen Kollegen stets ein guter Vorbild gewesen ist.

Bauhütte Magdeburg G. m. b. H.

Die weiblichen Angestellten

Die Verkäuferin und das Fräulein vom Büro gehen fast ausnahmslos sehr adrett angezogen und geben sich in weltgewandter Art. Nach diesen äußern Merkmalen wird zumeist ihre soziale Lage beurteilt. Sie werden häufig zu den gehobenen Existenzen gezählt. Wie schwer sie aber um ihr Dasein zu kämpfen haben, das geht aus einer Erhebung hervor, die der Zentralverband der Angestellten veranstaltet hat. Das Ergebnis wurde zu einer Broschüre verarbeitet, der wir folgendes entnehmen:

Es ist verständlich, daß ein großer Teil der weiblichen Angestellten nur dadurch auskommt, daß sie im Hause der Eltern leben können. Wenn auch fast alle von ihnen den Eltern diesen Unterhalt durch ein Kostgeld bezahlen, so stellt sich doch dadurch ihr Lebensunterhalt wesentlich niedriger, als wenn sie sich ganz allein unterhalten müßten. „Wenn ich nicht bei meinen Eltern wohnen würde, könnte ich mit meinem Gehalt nicht auskommen", schreibt eine sehr große Anzahl als Bemerkung unter den Fragebogen.

Nach den Erhebungen wohnten bei Eltern oder Verwandten 84 Prozent, in Untermiete 7 Prozent, in eigner Wohnung 9 Prozent. 84 Prozent der weiblichen Angestellten wohnen also im Hause der Eltern oder Verwandten.

Ernährerin der Familie

Ihnen gegenüber steht allerdings eine kaum geringere Zahl von Angestellten, die nicht von ihren Eltern unterstützt werden, sondern die umgekehrt ihre Eltern unterstützen, indem sie die Haushaltsführung der Eltern mitbestreiten. Hier ruht die Last der Haushaltskosten in erster Linie auf der weiblichen Angestellten, aber sie als Hauptverdienerin der elterlichen oder geschwisterlichen Familie hat trotzdem keinerlei Anspruch auf Familienzuschläge.

So gibt zum Beispiel die Antwort einer 40jährigen Verkäuferin einen erschütternden Einblick: „Ich habe meine Eltern, da mein Vater 8 Jahre bettlägerig war, unterhalten müssen, da wir von einer Monatsrente von 18 Mark nicht leben konnten; dazu mein Kind sowie eine seit 18 Jahren erwerbsunfähige Schwester. Mein körperlicher Zustand ist dadurch, noch dazu bei schweren Krankheiten, zeitweise ganz verzweifelt."

Oder eine 31jährige Sekretärin: „Meine Mutter ist seit 27 Jahren Witwe, und ich muß als einzige Ernährerin für alles aufkommen." Oder eine 29jährige Verkäuferin muß für eine Schwester von 15 Jahren und zwei Kinder einer verstorbenen Schwester von 7 und 3 Jahren mitsorgen. Aber auch die jugendlichen Angestellten sind häufig die verantwortlichen und einzigen Träger des ganzen Familienhaushalts.

Eine 21jährige Angestellte mit 122 Mark Brutto-Monatsgehalt klagt: „Da ich noch für meine Eltern sorgen muß, fällt es mir sehr schwer, mit meinem Gehalt auszukommen." Eine 21jährige Stenotypistin schreibt: „Da meine Mutter krank und ohne Einkommen ist, habe ich für den ganzen Haushalt (Miete, Feuerung, Licht usw.) voll aufzukommen." Oder aus dem Brief einer 33jährigen Stenotypistin: „Ich ernähre von meinem Gehalt meinen Mann mit, da er seinerzeit durch den allgemeinen Personalabbau seine Stellung verlor und im Alter von 45 Jahren keine Stellung mehr bekommt." Daß diese Angestellten sich alle kleinen Freuden, wie Theater, Sport, Bücher oder Reisen ganz und gar versagen müssen, ist selbstverständlich. Von diesen erwerbstätigen Ehefrauen als Doppelverdienerinnen zu reden, wäre unsinnig.

Es gibt auch Fälle, wo die junge Ehefrau mitarbeiten muß, um die notwendigsten Anschaffungen von Möbeln machen zu können. „Nur der gemeinsame Verdienst erlaubt in meiner jungen Ehe die Anschaffung von Möbeln und Gebrauchsgegenständen", schreibt eine 31jährige Buchhalterin, die charakteristischerweise unter Tarif arbeiten muß.

Es ist nicht nur der Abschlag von 10 oder 15 Prozent, der ihr Gehalt unter das des Mannes drückt, es ist auch die Erschwerung der Aufstiegsmöglichkeit, die die Existenz der weiblichen Angestellten so einengt und einklemmt. Wieviel Tapferkeit des Alltags gehört dazu, sich hier durchzusetzen!

Wie sie wohnen

Von 4711 Angestellten in der Erhebung, die bei Eltern oder Verwandten wohnen, hatten ein eignes Zimmer nur [illegible] Prozent. Einen Raum für sich innerhalb der elterlichen Wohnung haben also nicht viele Glückliche. Die Hälfte aller Befragten, erwachsene Menschen, teilen ihr Zimmer mit andern, sind nie allein — wieviel unglückliche Familienverhältnisse mögen sich aus diesem so engen Zusammengepferchtsein ergeben! Viele Bogen deuten das schüchtern an.

Die Wohnungsfrage ist für die berufstätige Frau eine sehr wichtige und noch völlig ungelöste Frage. Die Schaffung von Ledigenheimen mit Ein- oder Zweizimmerwohnungen, zentraler Küchenversorgung und Heizung zu erträglichen Mietpreisen, wird gerade von der weiblichen Angestellten [illegible]. „Für das größte Übel halte ich die Wohnungsnot", [illegible] eine Redakteurin, „erstens kann man nicht menschenwürdig [illegible] muß so viel Geld dafür ausgeben, daß für die übrigen Bedürfnisse nichts übrigbleibt." Gerade die weibliche Angestellte [illegible] einziges „Luxusbedürfnis", als Gegengewicht gegen ihren eintönigen und nervenfressenden Beruf die Freude am Heim.

Von den Angestellten der Umfrage wohnten nur [illegible] nicht in der elterlichen Wohnung. Von diesen [illegible] 7 Prozent möbliert (zu einem kleinen Teil [illegible]). 9 Prozent hatten eine eigne Wohnung. Man ist versucht, [illegible] Besitzern eigner Wohnungen auf den ersten Blick die Verheirateten zu suchen. Eine Auszählung der Wohnungsinhaber nach Verheirateten und Ledigen ergab aber, daß nur etwas über die Hälfte Verheiratete unter ihnen waren, die andre kleinere Hälfte der Wohnungsinhaberinnen waren unverheiratete, meist [illegible] die zum Teil für [illegible] oder [illegible] eine Wohnung [illegible] übernommen hatten.

Die in eigner Wohnung oder die in Untermiete [illegible] Angestellten mußten an

Miete für ihre Wohnung

aufwenden:

	für Untermiete	für eigne Wohnung
bis 30 Mark . . .	[illegible] Prozent	[illegible] Prozent
bis 40 Mark . . .	[illegible] Prozent	[illegible] Prozent
bis 60 Mark . . .	[illegible] Prozent	[illegible] Prozent
bis 100 Mark . . .	[illegible] Prozent	[illegible] Prozent
	378 = 100 Prozent	[illegible] = 100 Prozent

Die Ausgaben für die Wohnung [illegible] im Hinblick auf die teuern Mieten in den [illegible] Grenzen. [illegible] wenigen höhern [illegible] und wahrscheinlich [illegible] Neubau[illegible].

Die Ausgaben für die Verpflegung

[illegible] sich natürlich danach, ob [illegible] sich [illegible] verpflegen [illegible] die bei den Eltern wohnten, [illegible] Mark 21 Prozent, bis 30 Mark 43 Prozent, [illegible] Mark 8 Prozent, über [illegible] gaben an 6 Prozent.

Von 271 Angestellten [illegible] wohnten, während [illegible] bis 75 Mark 29 Prozent, bis 100 Mark [illegible] 23 Prozent.

82 Prozent der Angestellten, die bei den Eltern wohnen, müssen also mehr als 50 Mark an Kostgeld abgeben, in einzelnen Fällen sogar bis zu 150 Mark; man kann sagen, daß diese höhern Sätze eine Unterstützung des elterlichen Haushalts bedeuten. Trotzdem lebt die alleinstehende Angestellte noch teurer; über die Hälfte der Selbstversorgerinnen gibt mehr, zum Teil weit mehr als 75 Mark im Monat für Verpflegung aus. Rechnet man also hier durchschnittlich 85 Mark für Verpflegung, wozu noch eine Durchschnittsmiete von rund 50 Mark hinzuzurechnen wäre, dann würden sich die Ausgaben für die alleinstehende Angestellte in der Erhebung nur für Wohnungs- und Ernährungsbedarf auf etwa 140 Mark stellen, also auf den Durchschnittsverdienst der erfaßten Angestellten. Daraus geht einwandfrei hervor, daß mit den gezahlten Gehalten die Mehrzahl der Angestellten überhaupt gar keine selbständige Existenz fristen kann. In der Tat schreiben auch manche Angestellte, daß zum Beispiel ihr Kleidungsbedarf sich zeitweilig nur auf Kosten der Ernährung bestreiten lasse.

Häusliche Nebenarbeit.

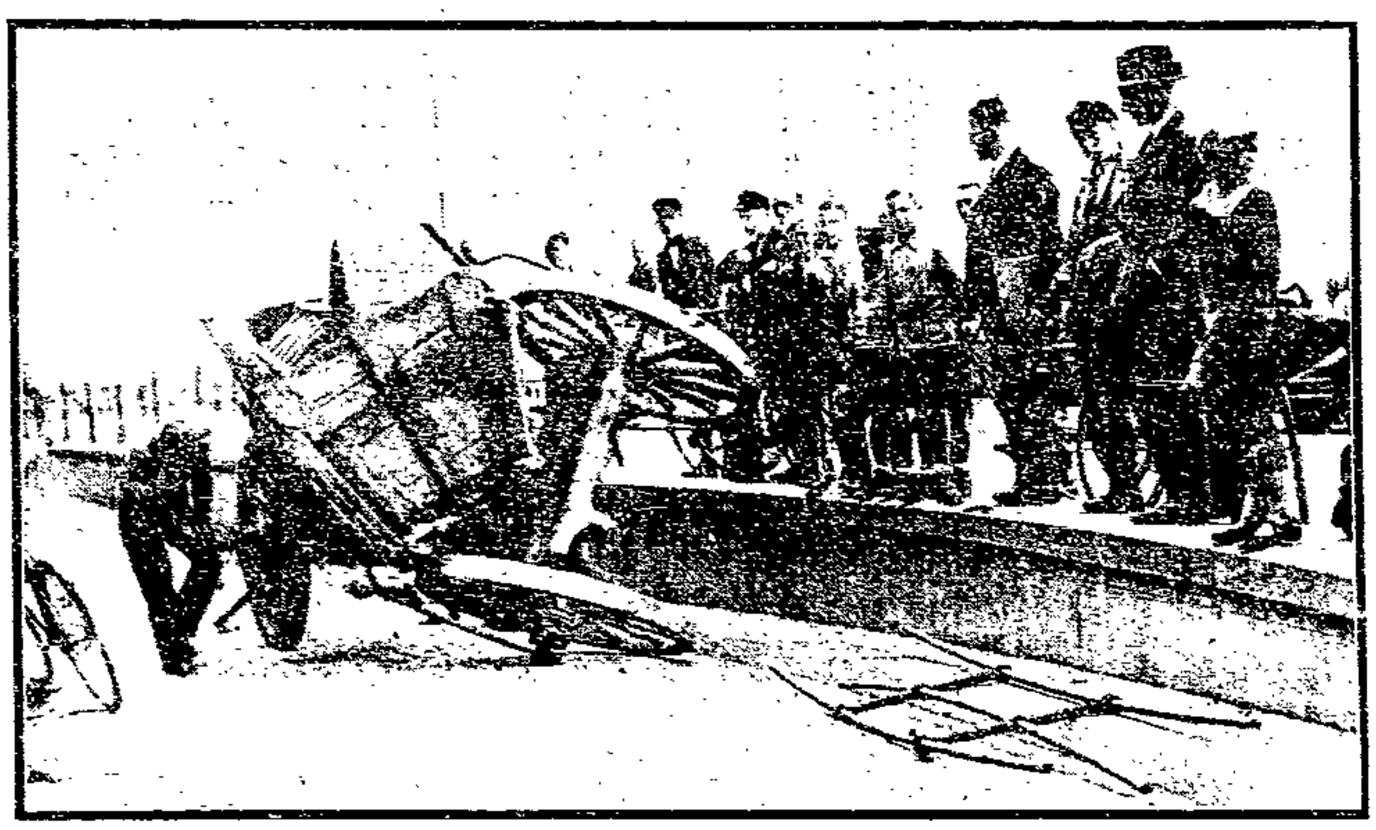
Im engsten Zusammenhang mit der Wohnung steht für die weibliche Angestellte ihre häusliche Nebenarbeit. Die Frage „Treiben Sie Sport?" beantwortet eine Angestellte mit bitterem Humor: „Jawohl — aufräumen in meiner Wohnung!" Aber auch für die im Hause der Eltern lebende Angestellte ist in sehr vielen Fällen noch die Mithilfe im elterlichen Haushalt Verpflichtung. Diese Mithilfe besteht fast immer in Aufräumen oder Einholearbeit, selten im Kochen. Für fast alle Angestellten in der Erhebung besteht aber neben der hauswirtschaftlichen Tätigkeit die Notwendigkeit, ihre Sachen selbst instand zu halten, Wäsche zu flicken, Strümpfe zu stopfen, sehr oft auch Wäsche zu waschen und vor allem sich selbst Kleider zu nähen.

Neben den Ausgaben für Wohnung und Ernährung folgt als wichtiger Posten, für die weiblichen Angestellten als sehr wichtiger Posten, die Kleidung. Mehr als je ist die weibliche Angestellte darauf angewiesen, sich gut zu kleiden. In vielen Geschäften wird eine gute Kleidung geradezu verlangt oder eine bestimmte Kleidung vorgeschrieben. Was müssen und was können die weiblichen Angestellten für ihre Kleidung aufwenden?

Auf der gleichen Linie liegen die Ausgaben für Körperpflege. Bei der Mehrzahl der weiblichen Angestellten müssen sich die Ausgaben für Körperpflege im wesentlichen auf Friseur und Seife beschränken, zu mehr als zu einem Haarschnitt und einer Ondulation im Monat reicht das Einkommen nicht. Rechnet man auch die Ausgaben für Körperpflege zu den „notwendigen Ausgaben", dann fragt sich, was denn nun nach Abzug der lebenswichtigen Ausgaben für Freizeit, Erholung, Vergnügung und Kulturansprüche vom Gehalt der weiblichen Angestellten übrigbleibt.

So leben die weiblichen Angestellten. Sie sind in Handel, Industrie und öffentlicher Verwaltung unentbehrlich geworden und haben sich demzufolge auch eine bedeutende Position errungen. In ihrer Bezahlung kommt dies allerdings bei weitem noch nicht zum Ausdruck. —

Ein eigenwilliger Müllwagen



An der Ecke Turmschanzenstraße und Lange Brücke ereignete sich am Dienstagnachmittag gegen 5 Uhr ein eigenartiger Wagenunfall. Ein Müllabfuhrwagen, an dem ein zweiter Wagen angekoppelt war, passierte den höhergelegenen, elbseitigen Fahrdamm der Turmschanzenstraße. Plötzlich riß die Kette, mit der der zweite Wagen an dem ersten festgemacht war. Der zweite Wagen ging nun auf der etwas geneigten Straße seinen eignen Weg und sauste mit ziemlicher Fahrt gegen das Geländer, das die höhergelegene Fahrbahn nach der tieferliegenden abgrenzt. Der schwere Wagen fuhr mit erheblicher Wucht gegen das Geländer, so daß es zersplitterte und der Wagen die meterhohe Böschung hinabstürzte. Zum Glück kam der führerlose Wagen dort zum Stehen, sonst hätte er leicht noch die Fenster des dortigen Konsumvereinslagers zertrümmern können. Bei dem Sturze wurde der Wagen arg mitgenommen.

Stadt Magdeburg

Stille Straße

Auch im Trubel und Lärm des Großstadtzentrums finden Einsamkeit und feierliche Stille ihren glücklichen Winkel. Schmale Straßen und Gassen schlängeln sich abseits der breiten buntbewegten, lärmenden Großstadtstraße durch das graue Häusermeer.

Dort, wo die Enge den Verkehr verbietet, wo unbequemes Wegepflaster und Krümmungen an alte Städtebaukunst erinnern, dort sind die Schlupfwinkel tiefer Ruhe. Dort breitet sich die feierliche Stille mit Wohlbehagen aus, als wenn die alte Zeit an der Peripherie des modernen Lebens sich des Neuen erfreuen möchte.

Man vergißt zuweilen das Kunterbunt der nervösen Großstadt gern und durchschreitet dann die wohltuende Stille enger, schlummernder Straßen. Wenn die Abendsonne ihr letztes Gold über winklige Häuser und schräge Dächer wirft und aus dem hohen Himmel die Mutter Natur rosige Abendwolken über den Horizont ausschüttet, dann zeigt die enge Großstadtstraße in ihrer Abgeschiedenheit ihre Reize.

Kinder spielen und singen. Nachbarn begrüßen sich von Fenster zu Fenster und erzählen Neuigkeiten über die Straße hinweg. Rote Geranienkästen kokettieren mit stachligen Kakteen auf dem [illegible] Blumenbrett. Sorgsame Hände begießen sie erfrischend.

Dann kommt ein leises Lüftlein, greift durchs Mansardenfensterchen dort oben und tändelt im kühlen Abend mit der gelben Gardine. Zwei Liebende im Abendfrieden, die einander haschen, [illegible] Hand nehmen sie beide [illegible] und das Fenster [illegible].

[illegible] Es [illegible] am Fenster [illegible] der gelben Gardine die [illegible]. Dann singt es einen süßen Ton auf, der einer Frideremdre durch ein Fenster entsprang und trägt ihn weit weg auf seinen lauten Schwingen ins Reich der Nacht.

Die letzte Schwalbe fliegt ins Nest zu ihren Jungen. Das [illegible] Tuch der Nacht hüllt alles ein, und über der Dämmerung [illegible] der silberne Mond seinen einsamen Weg. [illegible], als könnte er Leben in seiner Nachtruhe hören.

Eine Mutter singt leise ein Schlaflied:

Gute Nacht, du liebe Seele.
Träume süß vom Sonnenschein
Bei mir stille, kleine Seele,
Schlaf in deinem Kämmerlein.

Dunkle Nacht und Silberstern,
Und der große Mond dazu,
Senden dir aus weiter Ferne
Heimlich deine liebe Ruh.

Bald [illegible], die [illegible] in [illegible] Gedanken, der [illegible] Kinderträume durchs Fenster, [illegible] Dach in die Nacht, zu den Sternen, auf den Mond. [illegible] Leben weiß seine Welt.

Karl.

Wochenmarkt

[illegible] vor dem Markt [illegible] und [illegible] ihre [illegible] Stände [illegible]. In der Mitte der [illegible] die Blumen [illegible]. [illegible] Sträuße, [illegible] dem Verkäufer [illegible] Käufer. Aber sie müssen lange rufen: „Zehn Pfennig die schönen Seerosen" — oder Nelken, Rosen, Margueriten — ehe sie ein Sträußchen verkauft haben. Die Konkurrenz ist groß und viele Leute haben kein Geld für Blumen. Ganz versteckt steht da auch ein kleines Mädchen mit ihren Gartenblumen. Sie hat auch gerufen wie alle andern Blumenverkäuferinnen, als aber niemand kaufte, wurde sie still. Die ausgestreckte Hand mit den Blumen wurde zu schwer, das Mädchen ließ sie sinken. Jetzt schaut sie nur mit großen, vorwurfsvollen Kinderaugen auf die Vorübergehenden. Die aber gehen achtlos mit vollen Markttaschen vorbei und sehen nicht den stillen Vorwurf in den Kinderaugen. Aus diesen großen Augen leuchtet die Not einer ärmlichen Kindheit, die in das schmale blasse Gesicht ihre harten Zeichen gräbt. Aber wer beachtet es? Bald ist Essenszeit, da muß schnell noch eingekauft werden.

So gut wie am letzten Sonnabend war dieser Mittwoch-Markt nicht beschickt. 1 Pfund Himbeeren kostete am Mittwoch 50 Pf., süße Kirschen 30 bis 35 Pf., saure 25 bis 35 Pf., Johannisbeeren 15, Stachelbeeren 15 bis 20, Pfirsiche 50 bis 60 und Reneklođen 60 Pf. Das Pfund Heidelbeeren wurde mit 35 Pf. bezahlt, Tomaten mit 25 bis 30 und Bananen 45 bis 50 Pf. Das Pfund grüne Bohnen wurde mit 15 Pf. bezahlt, Wachsbohnen kosteten ebensoviel. Der Kopf Blumenkohl kostete 30 bis 60 Pf., eine gute Gurke 25 bis 35, eine Einlegegurke 8 bis 15 Pf. Ein großes Bündel Mohrrüben wurde für 10 bis 15 Pf. angeboten, ein mittelgroßer Kopf Wirsingkohl mit 10 bis 25 Pf., ein Kopf Weißkohl ebenfalls. Drei Knollen Kohlrabi, groß wie ein Kinderkopf, kosteten 20 Pf., 1 Pfund Schoten 20 Pf. und 5 Pfund Kartoffeln 35 Pf.

Die Preise für Eier, Butter und Käse hatten sich seit Sonnabend nicht geändert. Auch die Geflügelpreise blieben fest.

Ein Matjeshering kostete 15 Pf., ein Schottenhering 10 Pf. Das Pfund Kabeljau wurde mit 35 Pf. bezahlt, Schellfisch 45 Pf., Rotbarsch 45 Pf., Seelachs 30 Pf. und Filet 60 Pf.

Das Pfund Schweinefleisch wurde mit 1 Mark bis 1,40 Mark bezahlt, Rindfleisch 1 Mark, Hammelfleisch 1,20 Mark, Leber 1,30 bis 1,50 Mark, Enter 30 Pf. und Pferen 40 Pf. —

Die Fahrgäste der Reichsbahn

In drei Klassen teilt die Reichsbahn die Gesellschaft von heute ein, und in der sozial bevorzugtesten Gruppe, der Reisendengruppe der 1. Klasse, waren es 1929 4,4 Millionen Menschen. Tag für Tag reisen 12 000 Personen in der 1. Klasse der Eisenbahn. Mit den Nöten des Unternehmertums scheint es also doch nicht ganz so schlimm zu sein.

Ein ebenso bezeichnendes Licht werfen die Zahlen der 3. Klasse auf das heutige Leben. Sie wird unter 100 Reisenden von 81 benutzt. Sie ist die Fahrklasse der breitesten Masse, die aber nur wenig zu Vergnügungsreisen benutzt wird, sondern vor allem für die sozialen Bedürfnisse des Tages.

Das zeigt uns die geringe Kilometerzahl, die im Durchschnitt in der 3. Klasse gefahren wird. Je höher die Klasse ist, um so größer ist die Kilometerzahl, und während der Anteil an den Kilometern bei den Reisenden der 1. Klasse zwölfmal größer ist, als ihnen der Personenzahl nach zukäme, ist der Anteil an den Kilometern bei den Reisenden der 3. Klasse sogar geringer, als auf sie theoretisch-rechnerisch entfällt.

Im Durchschnitt fährt der Fahrgast auf der Eisenbahn 2[illegible] 21 Kilometer. Da diese Zahl in der 3. Klasse geringer ist, sehen wir, daß die Eisenbahn für die große Masse nicht für weite Reisen in Betracht kommt. Da ist sie das Mittel zur Verbindung von Wohnung und Arbeitsstätte. Und daß nur 11 Prozent aller Fahrgäste an den Schalterpreisen der Reichsbahn fahren, also weit mehr als die Hälfte nicht zum Normaltarif der Reichsbahn befördert wird, zeigt, welche Rolle heute die Arbeiterkarten spielen, in welch [illegible] Maße die Eisenbahn die Verbindung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte ist.

[illegible] Arbeitermassen aus dem Lande in die Stadt. Und [illegible] aus den Städten aufs Land. [illegible] Konzentrierung der Wirtschaft. Und alle Umsiedlungsversuche [illegible] auf dem Papier. Nur eine vernünftige [illegible] geplante Wirtschaftsordnung kann das Chaos beseitigen. —

Das automatische Warenhaus

Die Biographien der amerikanischen Millionäre beginnen gewöhnlich mit einer Schilderung der Leiden, die die spätern Herrscher über Eisen und Kupfer, über Petroleum, Corned beef oder Eisenbahnen in ihrer frühesten Jugend als Zeitungsjungen und als Schuhputzer zu erdulden hatten. Der Zeitungsjunge, der heute noch die Straßen aller Großstädte mit der Macht seiner Stimme beherrscht, hat jedoch in der letzten Zeit einen Konkurrenten erhalten, der in Deutschland vorwiegend auf den Bahnhöfen anzutreffen ist: den Zeitungsautomaten. Nun beginnt man soeben, vor einigen Bahnhöfen in Deutschland auch den Schuhputzern das Leben schwer zu machen, indem man Automaten aufstellt, die verständig genug sind, sogar zwischen schwarzen und braunen Schuhen zu unterscheiden — wenn man die Geldmünze nur in den richtigen Schlitz wirft. Unermüdlich kreisen die Bürsten, die das Leder bearbeiten und dem bestaubten Schuh neuen Glanz verleihen. Der Automat hat auf seinem Siegeszug einen neuen Schritt vorwärts getan.

Man kann sich jetzt in Deutschland automatisch photographieren lassen, kann aus den Automaten Schokolade und andre Süßigkeiten, Briefmarken, Briefpapier, Zigarren, Zigaretten, Streichhölzer, Bahnsteigkarten oder andre Fahrkarten ziehen, kann sich automatisch wiegen lassen und in vielen Städten im Automaten-Restaurant seine Mahlzeiten einnehmen. Zwei Zehnpfennigstücke werden in einen Schlitz geworfen, das Bier oder ein andres Getränk strömt aus einem Hahn und füllt mit unheimlicher Genauigkeit das darunter aufgestellte Glas haarscharf bis zum Rand. Es gibt Städte, in denen diese Automaten-Restaurants den Gastwirtschaften bereits erheblichen Schaden zugefügt haben. In Prag, Wien und Budapest sind die zahlreichen automatischen Speisegelegenheiten stets überfüllt, natürlich zum Nachteil der Restaurants mit Handbetrieb. Im Laufe der Zeit müssen es die Zigarrenhändler und die Konfitürengeschäfte ebenfalls spüren, wenn ihre Kunden Süßigkeiten und Tabak im Vorbeigehen vom Automaten beziehen. Lehrreich sind die Verhältnisse in den skandinavischen Staaten und in Amerika, wo die Automaten schon seit geraumer Zeit in weit größerem Umfang benutzt werden als bei uns. In Dänemark soll ein Viertel des gesamten Umsatzes im Einzelhandel durch den Automatenverkauf besorgt werden! Auch in Deutschland, das bisher über rund 300 000 Automaten verfügt, plant man eine große Ausdehnung dieses Verkaufssystems, und wenn es nach den Plänen der Automatenindustrie geht, sollen hier bald eine Million entsprechende Automaten aufgestellt sein.

Recht lustig sind manche Automaten, die man in Amerika verwendet. Da gibt es Personenwagen, die nach dem Einwurf von einem Cent eine Wiegekarte abgeben; auf dieser Karte ist nicht nur das Gewicht und das Datum verzeichnet, sondern auch ein Wahrsagespruch. Freundlich wird man durch den sprechenden Verkaufsautomaten bedient, der für den Absatz aller Markenartikel geeignet ist und vorwiegend zum Vertrieb von Zigaretten und Tabak benutzt wird. Wenn man z. B. eine Schachtel Zigaretten zu kaufen wünscht, die 15 Cent kostet, so wirft man zwei Stücke zu 10 Cent in den Schlitz und erhält nun eine Schachtel Zigaretten, Zündhölzer, eine Rabattmarke und ein 5-Cent-Stück. Gleichzeitig ertönt aus dem Automaten eine Stimme: „Vielen Dank! Es wird Ihnen gut schmecken!" Da man aber nicht stets 10-Cent-Stücke im Geldbeutel hat, befindet sich daneben ein zweiter Automat, der nur dem Geldwechseln dient. Er hat fünf verschiedene Schlitze, durch die Stücke von 10 Cent in zweimal 5 Cent, Stücke von 25 Cent entweder in zweimal 10 Cent und einmal 5 Cent oder in fünfmal 5 Cent und schließlich andre Münzen sogar in einzelne Centstücke gewechselt werden.

Der Automat bringt ständig vor und erobert sich neue Gebiete. So gibt es jetzt in Amerika Automaten, die Eis in Schokolade abgeben, und die Speiseeis wieder durch Trockeneis kühl gehalten werden. Ferner erprobt man zurzeit Vorrichtungen, die den Automobilen selbsttätig gegen Münzeinwurf Benzin liefern und damit den Tankstellen Konkurrenz machen. Natürlich kann man Schnürsenkel und Sicherheitsnadeln, Knöpfe und Fleckwasser, Rasierklingen, Bürsten, Taschenspiegel und Kerzen automatisch kaufen. In Dänemark liefern die Automaten Herrenkragen, kleine Strumpfwaren, Taschentücher und Filmrollen. [illegible] gibt es heute kaum einen Markenartikel, der nicht durch Automaten vertrieben werden könnte, und in einzelnen Ländern macht man sogar den Versuch, frisches Obst durch den in kurzen Abständen zu füllenden Automaten auszugeben.

Diese Entwicklung ist für den Einzelhändler um so bedrohlicher, als der Automat gewissen Beschränkungen nicht unterliegt und dadurch einen Vorteil im Wettbewerb besitzt. Man kann sich beim Automaten auch noch abends um 11 Uhr oder am Sonntagnachmittag mit allem versorgen, was er zu bieten hat, also zu einer Zeit, in der alle Geschäfte geschlossen sind. Andrerseits bietet der Automat nur eine sehr geringe Auswahl, und es ist unmöglich, die Ware, die man zu kaufen beabsichtigt, vorher genau zu prüfen. [illegible] Streitfragen entstehen dadurch, daß es fraglich ist, ob ein Gastwirt in seinen Räumen aufgestellte Automaten etwa am Sonntag seinen Gästen zur Benutzung freigeben darf. Er betätigt sich auf diese Weise mittelbar als Verkäufer der [illegible] Waren. Die Gerichte haben freilich meist gegen den Einzelhändler und für den Automatenbesitzer Stellung genommen. Die Automatenindustrie versucht nun, die Einzelhändler in irgendeiner Weise an ihren Geschäften zu beteiligen und dadurch den gewaltigen, sehr verständlichen Widerstand zu mildern, der sich gegen das „automatische Warenhaus" überall erhebt.

[illegible] als Diebe

Dienstagabend 7 Uhr wurden auf dem Gelände der „Neuen Welt" die jugendlichen Olaf und Richard B. und Paul J., [illegible] wohnhaft, [illegible] im Alter von 13 Jahren, [illegible] beim Diebstahl erwischt und nach längerer Jagd auf dem [illegible] festgenommen. Das [illegible] hatten [illegible] vor der [illegible] an der „Neuen Welt" und der [illegible]. Am [illegible] hatten sie [illegible] der Bahnpost, [illegible] Geldtaschen [illegible] haben. Sie [illegible] einige Geldbörsen mit [illegible] und [illegible] nur [illegible] erbeutet, [illegible]. Sie gaben an, [illegible] zu haben. [illegible] die [illegible]. Sie [illegible] auf der Elbe eine [illegible] Fahrt, [illegible] vor.

Mit dem Motorrad geflüchtet

Nach Unterschlagung von 2300 Mark

Nach Unterschlagung eines Betrages in Höhe von 2300 Mark ist der [illegible] Paul Darsch, geboren 10. August 1902 zu Magdeburg, flüchtig. Darsch sollte diesen Betrag für seinen [illegible] von der hiesigen [illegible]-Gesellschaft abholen. Nachdem er im Besitz des Geldes war, hat er sich ein Motorrad, Marke DKW, Erkennungszeichen IM 30 [illegible], und verschwand. In seiner Begleitung befindet sich wahrscheinlich ein gewisser [illegible], etwa 25 Jahre alt, 1,50 Meter groß, schlank, hat auffallend langen Hals, dunkelblondes Haar und trägt Hornbrille. Darsch ist etwa 1,73 Meter groß und schlank.

Mitteilungen, die zur Ergreifung des Flüchtigen führen können, sind an die [illegible] der Kriminalpolizei, Magdeburg, [illegible], Zimmer [illegible], oder [illegible] erbeten. —

Steuerkuriosa

Um aus den Finanznöten herauszukommen, die von jeher zu den Eigentümlichkeiten vieler Staaten gehört haben, ist man schon vor undenklichen Zeiten auf die merkwürdigsten Ideen verfallen. Herrscher und Staatsmänner zeigten sich auf diesem Gebiet immer sehr erfinderisch und wenn man glaubt, daß z. B. die in Italien vor einigen Jahren eingeführte, nun auch bei uns geplante Ledigensteuer eine Errungenschaft der Neuzeit ist, so irrt man gründlich. Bereits im Jahre 20 n. Chr. mußten in Rom alle Junggesellen eine Sondersteuer entrichten und als die Eheschließungen trotzdem nicht zunahmen, verschärfte Kaiser Augustus in der sogenannten Lex Papia Poppaea die Bestimmungen für die Eheschenen, wies ihnen im Theater die schlechtesten Plätze an und überging sie bei der Besetzung von Ehrenämtern. Besonders scharfe steuerliche Maßnahmen wurden im Interesse der Bevölkerungszunahme nach Kriegen ergriffen, so mußte z. B. in Nürnberg nach Beendigung des 30jährigen Krieges jeder Hagestolz über 26 Jahre sowie jeder Witwer, welcher 2 Jahre nach dem Tode seiner Frau nicht wieder heiratete, drei Viertel seines Einkommens als Ledigensteuer entrichten. Damals durfte in Nordbayern ein Mann 3 Frauen zur gleichen Zeit haben und alle aus dieser Ehe hervorgegangenen Kinder waren legitim. Diese scharfe Maßnahme hatte eine Massenflucht der Unbeweibten aus Nürnberg zur Folge, denn der Schuldturm mit Wasser und Brot winkte ihnen, wenn sie die hohe Abgabe nicht entrichten konnten.

Mit Recke wurde zu allen Zeiten der Luxus besonders hoch belastet, aber auch die unentbehrlichen Dinge des täglichen Lebens gingen keineswegs leer aus. So erhob Kaiser Vespasian (6 bis 79 n. Chr.) eine Kloakensteuer und als sein Sohn Titus sich darüber empört zeigte, hielt er ihm lächelnd eine Handvoll Goldstücke mit den berühmt gewordenen Worten: „non olet!" (es riecht nicht!) unter die Nase. Auf diese Kloakensteuer Vespasians ist übrigens die bis in die Gegenwart hinein in Paris üblich gewesene Bezeichnung „Vespasiennes" für die Rotunden zurückzuführen. Noch erfinderischer als Vespasian war einer seiner Nachfolger auf dem Thron, der oströmische Kaiser Michael IV., der Paphlagonier (gestorben 1041), der die Luft besteuerte. Wer in seinem Reiche atmen wollte, hatte dafür eine bestimmte Summe zu zahlen.

Eine merkwürdige Steuer, die erst seit der Revolution verschwunden ist, war die in Mecklenburg (früher auch in Preußen) übliche, sogenannte Prinzessinnensteuer, ein Ueberbleibsel aus den Zeiten der Kleinstaaterei, wo man in der Erfindung von Abgaben eine fabelhafte Phantasie entfaltete. Die Prinzessinnensteuer in Höhe von 50 Pfennig von jedem Haushaltungsvorstand ist zuletzt bei der Vermählung der Kronprinzessin Cäcilie erhoben worden.

Anläßlich der Aufhebung des Gesetzes über ältere Abgaben in Hessen-Nassau im Jahre 1812 und Einführung eines neuen direkten Steuersystems werden auf 48 Seiten nicht weniger als 600 verschiedene Steuern aufgeführt, darunter eine Brautvieh-, Fräulein-, Schatz-, Perücken-, Junggesellen- und Jungfrauensteuer sowie eine Leibespflichten-, Karossen-, Heirats- und Sterbesteuer. Landgraf Friedrich II. von Hessen-Kassel erhob den sogenannten Salzheller, dessen Erträge dazu dienten, seine Mätressen zu bezahlen.

Den zweifelhaften Ruhm, 1927 eine Steuer beschlossen zu haben, wie sie trotz Ben Akiba noch nicht wieder dagewesen ist, die Gesundheitssteuer, kann die Türkei für sich in Anspruch nehmen. Alle Bürger, welche sich einer guten Gesundheit erfreuen, haben dafür eine Abgabe zu entrichten; gewiß eine höchst unsympathische Art der Besteuerung.

Ein Steuerkuriosum besondrer Art ist aus dem kleinen unterfränkischen Städtchen Ebern bei Bamberg zu melden. Anstatt daß, wie üblich die Einwohnerschaft Steuern entrichtet, erhält sie hier jährlich aus der städtischen Kasse einen Betrag ausbezahlt. Der Ort besitzt nämlich ausgedehnte Waldungen, deren Einkünfte nicht nur alle Gemeindeausgaben decken, so daß Abgaben überhaupt nicht erforderlich sind, sondern darüber hinaus die Auszahlung eines Betrages an jeden Steuerpflichtigen möglich ist. 1929 gelangten auf den Kopf 60 Mark in bar zur Verteilung, außerdem erhielt jeder 3 Meter Holz unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Glückliches Ebern! —

— **Abschiedsvorstellung der „Dresdner Viktoria-Sänger".** Sie haben ihren zahlreich erschienenen Freunden (der berühmte Apfel konnte nicht zur Erde) den Abschied noch recht schwer gemacht, durch ein splendid zusammengestelltes Galaprogramm. Trotz der Abstimmung lachte man, daß sich die Balken bogen. Sascha Günthers frisches Spiel und seine dekorative Erscheinung verfehlten nie ihre Wirkung. Arthur Hedrichsmann muß ihn als Köchin in der Burleske „Alles nur aus Liebe" und „Ein alter Knabe" gesehen haben, um, in der Rückerinnerung, noch Tränen zu lachen. Und man lacht weiter, wenn man an die beiden Typen Hugo Breit und „Paulchen" Hartmann denkt, die im Duplikat zu sehen sind. Das Charakterduett „Die Puppenhochzeit", bildschön [illegible] von Suse und Hans Schneider, war ein Kabinettstückchen. Viel Bewunderung wurde auch wieder dem charmanten Damendarsteller Hans Auflatt entgegengebracht. Für den Tenorgesang Hans Böhmes zeigte sich das Publikum ebenfalls dankbar. Otto Pfeb ließ niemand mit seiner Begleitung im Stich. Alle Solisten wirkten auch in den Ensemble-Rollen und entledigten sich ihrer Aufgabe ausnahmslos mit seltenem Geschick. Es gab zum Schluß viel Rahmengarnitur in Gestalt von Blumen und goldenen Lorbeerkränzen. Die „Dresdner Viktoria-Sänger" werden den Magdeburgern in bester Erinnerung bleiben. Auf frohes Wiedersehen im nächsten Jahre! R. Fl.

Bitte ausschneiden!

Rufen Sie uns telephonisch an

von 8 bis 4 (16) Uhr alle Abteilungen unter

Sammel-Nummer 23861

nach 4 (16) Uhr, wie folgt:

Buchhandlung	Nr. 22951
Druckerei-Kontor	Nr. 22952
Anzeigenabteilung	Nr. 22953
Pförtner	Nr. 22954
Redaktion	Nr. 22955

W. Pfannkuch & Co., Verlag „Volksstimme"

— **Das Juliheft der „Elbe"**, der Monatszeitschrift des Wirtschaftsverbandes für den Regierungsbezirk Magdeburg E. V., ist erschienen. Die Aufsätze befassen sich mit zeitgemäßen Problemen. Behandelt werden „[illegible]" von Dr. Papst und „Kreditierungsbeschränkungen in der Landwirtschaft" von Professor Dr. Rehm. Die Aufsätze über „Der öffentliche [illegible] im Regierungsbezirk Magdeburg" von Stadtrat a. D. [illegible], und „Noch immer kein [illegible] Mitteldeutschland" von Dr. [illegible] sowie „Die Reform der Angestelltenversicherung" von [illegible] sind ebenfalls sehr lesenswert. Der [illegible] Dr. [illegible] bringt einen lehrreichen Beitrag über „[illegible] und Schuldnerrecht. Kann sich der Kaufmann vor Verlusten schützen?" —

— **Kleinfeuer.** Am 15. Juli um 10.55 Uhr wurde die Feuerwehr [illegible] nach dem Grundstück [illegible] Weg 263 gerufen. Dort waren im Erdgeschoß des Hauses in einem unter der Holztreppe gelegenen [illegible] Stroh und Packmaterial [illegible] in Brand geraten. Mit einer Einreißspritze wurde die Gefahr beseitigt. Um 11.32 Uhr kehrte der Zug auf seine Wache zurück. —

— **Arbeitersamariter, Bezirk Alte Neustadt.** Tageswanderung nach dem [illegible] am Donnerstag, dem 17. Juli. Treffpunkt: Ecke [illegible] morgens 7.30 Uhr. Jedes [illegible] und 50 Pfennig mitbringen. —

— **Arbeitersamariter, Bezirk Neue Neustadt.** Am Donnerstag, den 17. Juli, Tageswanderung nach dem [illegible]. Treffpunkt morgens um 7.30 Uhr am Wilhelmplatz. Jedes Kind Becher und 50 Pfennig mitbringen. —

— **[illegible] für Arbeitersamariter, Magdeburg.** Die Geschäftsstelle Regierungsstraße 1 bleibt bis auf weiteres wegen Erkrankung des Genossen [illegible] geschlossen. Die Bezirksleiter müssen sich während dieser Zeit in allen Fragen nach dem [illegible] wenden. —

— **Ziehung der Magdeburger Pferde- und Autolotterie.** Bei der [illegible] Gewinnziehung ist der Hauptgewinn im Werte von 15 000 Mark auf das Doppellos [illegible] entfallen. Die Prämie im Werte von 3000 Mark fiel auf das Los Nr. [illegible]. Zwei weitere Hauptgewinne im Werte von je 1500 Mark fielen auf die Lose Nr. 36 396 und Nr. [illegible]. Den Gewinnern steht es frei, statt der Automobile, Wohnungseinrichtungen, Musik- und [illegible] bis 20 August zu [illegible]. —

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Abteilung Alte Neustadt. Donnerstag, den 17. Juli, 20 Uhr, Platzkonzert der Blasmusik auf dem Agnetenplatz. —

Abteilung Neue Neustadt. Spielleute: Freitag, den 18. Juli, 20 Uhr, wichtige Besprechung im „Wintergarten" wegen Autofahrt. Alles muß erscheinen.

Jungbanner Neue Neustadt. Freitag, den 18. Juli, 19.30 Uhr, Antreten sämtlicher Jugendkameraden am „Wintergarten" in Uniform und grünem Hemd. — Sämtliche Zeitfahrer zur Besprechung im „Wintergarten" um 19 Uhr. — Sonntag, den 20. Juli, 1. und 2. Handballmannschaft um 9.30 Uhr Fort 8 zum Spiel gegen Staßfurt. —

Achtung, Jugendleiter! Sämtliche Jugendkameraden stehen am Freitag, dem 18. Juli, 20 Uhr, am „Wilhelmspark" in vorschriftsmäßiger Kleidung, kurze Hose und grünes Hemd. —

Mitteilungen der Sportvereine

Kreiskinderfest. Am Sonntag wurde auf Fort 1 eine Aktentasche mit einem Paar Turnschuhe gefunden. Die Tasche ist abzuholen bei Nordmann, Magdeburg, Sudenburger Straße 6. —

Theater, Konzerte, Vorträge

Werbeerfolge der Volksbühne bis zum 16. Juli mittags. Anmeldung Berliner Straße 19 (neben dem Wilhelmtheater) 330 Mitglieder.

Aus dem Geschäftsleben

Geschäftsjubiläum. Am 1. August feiert die Firma Kurt Rabe, Magdeburg, ihr 25jähriges Bestehen. —

Wie wird das Wetter am Donnerstag?

Nur mäßig warm.

Die westlichen Winden zogen am Dienstag mehrere Störungen über Deutschland hinweg, die Regenschauer oder Gewitter brachten. Im Flachland waren die Niederschlagsmengen wieder recht gering. Nur die Gebirge erhielten etwas mehr. Die Temperatur in der Ebene liegt am Mittwoch ebenso hoch wie am Tage vorher. Die Berge zeigen eine geringe Abkühlung. Der Brocken hat bei frischem Westwind und Nebel 7 Grad. Da die Luftmassen am Boden immer wieder stark überwärmt werden, kommt es am Tage immer noch zur Bildung von starken Haufenwolken, so daß die Wetterlage nicht ganz gesichert ist. Der Kern der westlichen Depression liegt heute über der Irischen See. Auf seiner Südseite läuft eine kräftige Störungsfront über Frankreich hinweg, die uns am Donnerstagmorgen erreicht. Das Wetter erleidet dabei keine Aenderung. Es treten Regenschauer auf.

Aussichten: Bei westlichen Winden nur mäßig warm. Regenschauer oder Gewitter. —

Wasserstände

Elbe			Wuchs	Fall
[illegible]	16. 7.	— 0,19	0,44	—
[illegible]	„	— 0,51	0,06	—
Melnik	„	+ 0,30	0,65	—
Leitmeritz	„	+ 0,05	—	0,02
Aussig	„	— 0,71	0,11	—
Dresden	„	— 2,86	—	—
Torgau	„	— 0,84	—	—
Wittenberg	„	+ 0,05	—	0,08
Roßlau	„	— 0,77	—	0,13
Aken	„	— 0,44	0,01	—
Barby	„	— 0,11	0,04	—
Magdeburg	„	— 0,16	0,02	—
Tangermünde	„	+ 0,71	0,05	—
Wittenberge	„	— 0,13	—	0,02
[illegible]	15. 7.	+ 0,22	—	0,02
[illegible]	16. 7.	— 0,46	—	0,02
[illegible]	15. 7.	— 1,62	—	0,01
[illegible]	„	— 0,81	—	0,05
[illegible]	16. 7.	— 0,35	—	0,04

[illegible]			Wuchs	Fall
[illegible]	16. 7.	+ 0,01	0,02	—
[illegible]	„	+ 1,26	—	—
[illegible]	„	+ 0,14	0,05	—
[illegible] Oberpeg.	„	+ 1,05	0,02	—
[illegible] Unterpeg.	„	— 0,64	0,10	—
[illegible]	„	— 0,26	—	—
Havel				
Brandenburg Oberpegel	16. 7.	+ 1,50	—	—
Brandenburg Unterpegel	„	+ 0,42	0,01	—
Rathenow Oberpegel		+ 1,54	0,01	—
Rathenow Unterpegel	„	— 0,20	—	—
Havelberg	„	+ 0,10	0,06	—
[illegible] und [illegible]				
[illegible]	16. 7.	— 0,02	—	[illegible]
[illegible]	„	— 0,26	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]

„Wie's kommt . . ., aber bei den verschiedenen Sorten, da hat man trotz dem Ausspucken bald einen sitzen."

„Und da seid ihr jeden Tag in diesem Zustand?" fragte der Wachhabende.

„Nein, so nur, wenn wir Ueberstunden machen."

„Und kann man auch freiwillig Ueberstunden machen?"

„Ja, wenn es Arbeit gibt, weshalb denn nicht!"

„Ich würde keinen Tag auslassen", sagte der Milizsoldat, sich den Mund wischend.

„Setzen Sie sich, warum stehen Sie denn", sagte der Wachhabende. „Was es doch alles für Berufe gibt! . . . Das heißt also, trink, soviel du Lust hast und kein Mensch kann es dir verbieten. Das ist ein Dienst! Und von uns verlangt man, wir sollen gegen die Betrunkenen jetzt ganz besonders streng vorgehen, weil die Trunksucht für die Republik besonders schädlich ist . . . [illegible] wegen dem Alkoholismus usw. Da seid ihr zum Beispiel [illegible] . . . und wir müßten euch ja [illegible]. Nun kommt es aber heraus, daß ihr jetzt ja [illegible]."

„[illegible] man [illegible] nicht aus[illegible]?" fragte der [illegible].

„[illegible] kommt man [illegible] nicht nach Hause."

[illegible]

„[illegible] wir [illegible] heim."

„Und morgen [illegible] von neuem los?"

„[illegible] Arbeit."

„Das nenne ich einen Dienst! Das habe ich mir gefallen! . . ."

[illegible] an der Wand entlang [illegible] Wachhabende und der [illegible] hinter [illegible].

„Und gibt es keine Vakanz dort?"

„Alles besetzt."

Der Milizsoldat kratzte sich am Hinterkopf. Dann lief er hinter den beiden auf den Flur hinaus:

„He, ihr, gibt's bei euch keine Heimarbeit?"

(Aus dem Russischen von Alma Lepère.)

Allerlei

Kuriosa aus dem indischen Kastenwesen.

Der soeben veröffentlichte Simons-Bericht enthält neben anderem aufschlußreichen Material auch bemerkenswerte Angaben über die indischen Kasten, deren Ursprung bis heute noch nicht geklärt ist. Nach der Meinung einiger Gelehrter stammen die Kasten aus der Zeit der Eroberung Indiens durch fremde Völker, die sich mit den Besiegten nicht hätten vermischen wollen. Andre Forscher erblicken in den Kasten nichts andres als eine Art Trade-Unions. Diese Auffassung ist aber kaum stichhaltig. Ein Mitglied einer Trade-Union kann die Organisation zu jeder Zeit verlassen, und seine Kinder sind nicht gezwungen, in die Organisation einzutreten. In Indien ist aber die Angehörigkeit zu einer Kaste seit uralten Zeiten erblich. Merkwürdig sind auch die Bezeichnungen einiger Kasten. So gibt es eine Kaste von „Herstellern von Feuerwerk", eine Kaste von „Kastenstempler" (manche Kasten tragen nämlich ein Zeichen auf dem Körper, das aufgedruckt wird). Dann gibt es noch eine Kaste der „Verkäufer von Kuhmist", eine Kaste von „Vagabunden" sowie Kasten von „Akrobaten", „Dichtern", „erblichen Narren" und sogar von „Denunzianten". Der Angehörige der Denunziantenkaste erbt seinen Beruf von Ahnen, deren Reihe sich in grauer Vorzeit verliert. Es gibt eine Kaste, deren Mitglieder Kühe als Mutter betrachten. Ein Inder erzählte einem englischen Journalisten mit Entsetzen, die Engländer hätten seine Mutter aufgefressen. Es handelte sich aber um eine Kuh, die von englischen Soldaten geschlachtet worden war. Dabei war der betreffende Inder ein aufgeklärter Mensch und konnte Marx auswendig zitieren.

Das empfindliche Katzenauge.

Der Tierpsychologe, Professor Dr. Kuß, glaubt durch sorgfältige Forschungen festgestellt zu haben, daß die Katzen dem ultravioletten Licht nach Möglichkeit aus dem Wege gehen. Es entsteht also die Frage, wodurch diese Abneigung der Katzen gegen die ultravioletten Strahlen entsteht. Er vermutet, daß die Katzen, die für uns unsichtbaren ultravioletten Strahlen noch als Licht strahlen empfinden. Er schließt das daraus, weil das Katzenauge auch in bezug auf andere Strahlen des Sonnenspektrums eine andere Wirkung zeigt als das normale menschliche Auge. Er hat nämlich durch Beobachtungen festgestellt, daß Katzen für den größten Teil der roten Strahlen des Sonnenspektrums blind sind. Professor Kuß ist also der Ansicht, daß das Katzenauge als Ersatz dafür die ultravioletten Strahlen aufnehmen kann und andere Tatsache beweist er auch die Fähigkeit der Katzen zu erklären, daß in diesen Fällen das Katzenauge mit Hilfe der ultravioletten Strahlen eben doch noch in der Lage ist, die Gegenstände zu erkennen, während das menschliche Auge in diesen Fällen längst versagt. —

Bücherschau

Bücher

Unter Zarenherrschaft und Sowjetstern. Von W. H. Braun. Verlag Rudolf Köstenberger, Graz, Obere Bahnstraße 61. In Ganzleinen 3,50 Mark. Um es vorwegzunehmen: Das Buch ist eine Propagandaarbeit für die Sowjetregierung und ihr Werk und danach zu bewerten. Im ersten Teil erzählt Braun seine Erlebnisse als Kriegsgefangener in Rußland und gibt damit einen Teil aus der großen Tragödie des Weltkriegs, der noch viel zu wenig beachtet und beschrieben worden ist. Die Leiden der Kriegsgefangenen in allen Ländern der Beteiligten ist das schwärzeste Kapitel der vier Jahre. Die Schrecken der Materialschlachten waren gewiß über alle menschliche Begriffe furchtbar, aber die daran Beteiligten konnten doch die Illusion haben, daß sie der Gewalt von drüben die eigne entgegensetzen konnten, daß sie verpflegt und genährt wurden nach den Schlachten, wenn auch nur als Material, das für den nächsten Kampf aufgespart werden mußte. Ganz anders der Kriegsgefangene. Er war zunächst eine Last für den „Sieger", für die Unterkunft und Nahrung geschafft werden mußte und durch die die Transportmittel in Anspruch genommen wurden. Sie wurden von vornherein überall hingeliefert. Jeder konnte das ungestraft tun, denn die Gefangenen waren wehrlos. Sie hatten nicht nur keine Waffen, sie waren auch stumm, denn ihre Sprache verstand keiner. So wurden sie überall herumgestoßen, hungerten, froren, duldeten und jeder konnte sein Mütchen an ihnen kühlen vom General, der einem Gefangenenlager vorstand, bis zum Landsturmmann, der sie bewachte und der sein Wissen über Kriegsursachen und Völker aus der verlogenen Heimatpresse bezog. Braun zieht den Schleier ein Stückchen von dem Trauerspiel: „Kriegsgefangen in Rußland" und man liest diesen Ausschnitt nicht ohne Erschütterung. Dann aber nimmt ihm ein andrer die Feder aus der Hand und schreibt über das politische und wirtschaftliche Rußland unter dem Zaren und unter der Herrschaft der Sowjets. Man kann den Absolutismus und seine Werkzeuge sicher nicht scharf genug schildern, es war ein fluchwürdiges, und zum Untergang reifes System. Vielleicht mußte in Rußland mit seiner zum größten Teil bäuerlichen Bevölkerung die zaristische Diktatur abgelöst werden durch eine andre Diktatur, wie wir sie in der Moskauer Sowjetregierung sehen, die sich in den Mitgliedern der Kommunistischen Partei einen neuen Verwaltungsapparat geschaffen hat. Die Verfasser des Buches greifen sehr geschickt auf die Zeit vor zehn Jahren zurück, als die Gegner des neuen Systems den jungen Staat mit den Waffen angriffen, um ihren Einfluß wiederzuerlangen. Diese Kämpfe sind dramatisch geschildert und die Greueltaten der „Weißen" ins grellste Licht gerückt. Gegen den Einwand, daß Rußland auch die alten Sozialdemokraten, die unter der Zarenherrschaft für die Freiheit gelitten haben, mit Kerker und Tod verfolgt, setzte er die Lüge, daß diese Sozialdemokraten mit den Bourgeois gegen die Sowjets konspirierten. —

Maruschja stiftet Verwirrung. Roman von Fedor Gladkow. Verlag E. P. Tal u. Co., Wien VII, Lindengasse 4. Preis geheftet 3,25 Mark, gebunden 4,50 Mark. Der Verfasser führt uns in ein Sanatorium in Rußland, das hauptsächlich von russischen Sowjetfunktionären belegt ist. Die Gespräche der Insassen drehen sich dann auch nicht um Malen, Autos, Theater und andre Modesachen, sondern um Politik, Wirtschaft, Organisation. Aber ganz ohne Flirt geht es auch nicht. Mitten unter den Debattern steht Maruschja, eine Jugendfunktionärin, achtzehnjährig, lebendig, heiter, geliebt und begehrt von allen. Der Verfasser läßt sie Verwirrung stiftend durch einen Irrgarten von Empfindungen taumeln. Interessant ist der Roman durch die Fülle der Typen aus dem neuen Rußland, die dem unparteiischen Leser manchmal „spanisch" vorkommen. —

Charlotte von Weiß, der Roman einer schönen Frau. Von Klara Viebig. Verlag Ullstein, Berlin. Preis broschiert 4 Mk., Leinen 6 Mk. Es ist die Geschichte einer schönen Frau, die um die Wende des 18. Jahrhunderts zu einem der erregendsten Mordprozesse der damaligen Zeit Anlaß gab. Der Kunst Klara Viebigs gelingt es, den problematischen Charakter dieser Charlotte von Weiß nicht nur historisch aus ihrer Zeit und Umgebung, sondern auch mit der gegenwärtigen Psychologie als menschliche Erscheinung von allgemeiner und dauernder Gültigkeit darzustellen und gerade heraus den Konflikt mit ihrer Zeit zu erklären. Sie hat eine Frauengestalt geschaffen, deren großes Unglück nicht ihre eigne verhängnisvolle Veranlagung ist, sondern das Unverständnis, auf das sie damals noch bei ihrer Mitwelt stoßen mußte. Denn dieser Roman spielt in dem nüchternen, strengen Preußen Friedrichs II., in der düsteren Umgebung der Spandauer Festungswälle, in den Bürgerhäusern des alten Berlins und der kleinen Stadt Stendal. Auch dieser historische Hintergrund ist in der sparsamen, bildkräftigen Sprache der Autorin ungemein eindrucksvoll gezeichnet. —

Druck und Verlag W. Pfannkuch & Co., verantwortlicher Redakteur Alfred Wolfersfeld, sämtlich in Magdeburg.

Die Rast
Unterhaltungsbeilage zur Volksstimme

Nr. 164 — Magdeburg, Donnerstag, den 17. Juli — 1930

Gesetz, das tötet

Roman von Frank Arnau.

(42. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Haben Sie in dieser Richtung irgendwelche Vermutungen?"

„Nein."

„Ich kann Ihnen darauf nichts erwidern; es wird Sache des medizinischen Sachverständigen sein, Klarheit darüber zu schaffen, ob fahrlässige Tötung vorliegt, wie ich vorderhand annehme, oder nur eine Verkettung unglücklicher Umstände. — Wir wollen nun für heute den Fall Lehner verlassen und auf etwas andres zu sprechen kommen, nämlich auf das Moment, das mir für die Konstruierung der Gewerbsmäßigkeit relevant erscheint. — Unter Ihren Papieren haben sich Aufzeichnungen gefunden, die Ihrer Gewissenhaftigkeit als Arzt ein ganz hervorragendes Zeugnis ausstellen. Sie haben über jeden Ihrer Patienten eine Art Krankheitsbericht aufgezeichnet, und da stellt sich heraus, daß Sie in den letzten zwei Jahren bei sieben Mädchen, die Sie vorsichtigerweise nur mit Anfangsbuchstaben bezeichneten, verbotene Eingriffe vorgenommen haben. Die Fälle sind sehr genau beschrieben. Es handelt sich ausschließlich um Fabrik- und Heimarbeiterinnen, die zum Teile körperlich krank waren — vier von ihnen haben nach Ihren Aufzeichnungen an hochgradiger Tuberkulose gelitten. — Sind diese Aufzeichnungen richtig?"

„Jawohl, sie sind richtig!"

Der Untersuchungsrichter stand auf, stützte sich mit beiden Händen auf den Schreibtisch und sah den Angeschuldigten mit einem gutgemachten Ausdruck wohlwollender Strenge ins Gesicht:

„Herr Dr. Berolsheimer! Ich muß Ihnen sagen, ich habe schon eine ziemliche Praxis in der Anwendung des § 218 des Reichsstrafgesetzbuches hinter mir. Aber es ist mir noch kein Fall vorgekommen, in dem die Gewerbsmäßigkeit so eklatant in die Erscheinung getreten wäre wie in dem Ihren. — Sind Sie sich denn bewußt, welcher Ungeheuerlichkeit Sie sich schuldig gemacht haben? In acht Fällen, — soweit wir unterrichtet sind, — haben Sie keimendes Leben zerstört! Sie scheinen ja eine richtige Abtreibungspraxis ausgeübt zu haben! Ist Ihnen denn nie der Gedanke gekommen, daß es ein Verbrechen ist, was Sie da treiben? Nie der Gedanke, daß Sie das Zuchthaus riskieren und die Vernichtung Ihrer ganzen Existenz als Arzt und als Mensch, wenn Sie in solcher Weise das Gesetz übertreten?"

Der Arzt hatte sich nunmehr auch erhoben. Als der Untersuchungsrichter schwieg, sagte er ganz ruhig:

„Darf ich etwas Grundsätzliches zu dem sagen?"

„Bitte!"

„Dann möchte ich zunächst betonen, daß der § 218 wie eine vernunftlose Ungeheuerlichkeit in unsrer Zeit steht. Durch diesen Paragraphen sollen Menschen, die weder körperlich noch wirtschaftlich in der Lage sind, zu gebären und Kinder zu erziehen, gezwungen werden, das doch zu tun. Das heißt also, das Gesetz befiehlt, daß kranke Menschen ihr Leben durch die Fortsetzung einer Schwangerschaft gefährden. Und das Gesetz befiehlt, daß kranke Kinder in die Welt gesetzt werden, von Anfang an zu einem Leben in Elend und Qual verdammt. Ist das Recht, Herr Untersuchungsrichter? Ich weiß, Sie müssen diese Frage bejahen; Ihr Amt zwingt Sie dazu. Aber welcher Mensch von Vernunft wird nicht mit mir der Meinung sein, daß es eine absolute Notwendigkeit ist, Leben sich nicht entwickeln zu lassen unter allzu ungünstigen Verhältnissen! — Sie sprechen von Verbrechen, Herr Untersuchungsrichter — ich sehe in dem, was ich getan habe, eine Wohltat für die Mütter, die nicht gebären mußten, und für die Kinder, die nicht zu Not und Elend geboren worden sind! Sie sprechen ferner von Gewerbsmäßigkeit. Mit der Gewerbsmäßigkeit im § 218 kann der vorsintflutliche Gesetzgeber in erster Linie nur jene treffen wollen, die sich durch die Abtreibung der Leibesfrucht bereichern wollen. Das ist etwas, was man mir nicht nachsagen kann. Ich habe in fünf von den sieben Fällen, die Sie in jenen Papieren verzeichnet finden, nicht nur überhaupt kein Honorar bekommen — den Krankenkassen kann man Wegnahme der Leibesfrucht nicht anrechnen! — sondern auch noch die ärztliche Assistenz aus meiner Tasche bezahlt. Daß mir Juscha Lehner unaufgefordert ein Honorar von fünfzig Mark zugehen ließ, dafür kann ich nichts; außerdem ist es mir unerklärlich. Ich lehne in den sieben Fällen, die Sie aus meinen Aufzeichnungen kennen, jede Schuld ab — in jedem dieser Fälle ist das Krankheitsbild der Patientinnen ein derartiges gewesen, daß jeder vernünftige Sachverständige die Notwendigkeit des Eingriffs bestätigen wird. Anders liegt es im Falle Juscha Lehner; hier gebe ich zu, daß man im Zweifel sein kann, ob der Eingriff unbedingt nötig war oder nicht. Ich war im Hinblick auf die seelische Verfassung des Mädchens der Meinung, diese Frage bejahen zu müssen. Wenn Sie und das Gericht andrer Meinung sind — ich muß es tragen!"

Der Untersuchungsrichter drückte auf die Klingel an seinem Schreibtisch.

„Ich habe", sagte er, „während der Justizsoldat in das Zimmer trat, „keinen Anlaß, mit Ihnen über die Berechtigung zum Verbrechen zu streiten. Für mich gilt das Reichsstrafgesetzbuch und sonst nichts. Wachtmeister — führen Sie den Mann in die Zelle zurück!"

Nach ein paar Minuten war Dr. Berolsheimer wieder allein in seiner Zelle.

Viertes Kapitel.

Der Herr Untersuchungsrichter ging, nachdem Dr. Berolsheimer abgeführt worden war, ein paarmal in seinem Zimmer auf und ab. Was sich da eben ereignet hatte, das war keine eigentliche Vernehmung gewesen mit Protokoll und Unterschrift — Herr Landgerichtsrat Göhring liebte es, seinen Angeklagten beim ersten Zusammensein zunächst einmal „menschlich" näherzukommen. Dieser Dr. Berolsheimer aber schien Haare auf den Zähnen zu haben! Gleichviel. Nutzen konnte ihm das natürlich gar nichts, denn die Paragraphen bestanden nun einmal, — und den Schöffen, — dachte der Untersuchungsrichter, — möchte ich sehen, der gegen den klaren Wortlaut des Gesetzes zu votieren wagt! — Gehen wir weiter!

Der Landgerichtsrat warf einen Blick auf seinen Notizblock, klingelte und fragte den eintretenden Justizsoldaten:

„Fall Merten — Mühlmann — sind die Angeschuldigten zur Stelle?"

„Jawohl, Herr Landgerichtsrat!"

„Vorführen!"

Der Untersuchungsrichter ließ alle drei gleichzeitig kommen — mit dem System der Verwirrung, durch Einwürfe, Proteste und Widersprüche war da meist etwas mehr als im Einzelverhör herauszuholen.

Else Merten war erst heute früh aus dem Elisabethen-Krankenhaus entlassen worden. Sie war zwar noch sehr schwach, aber man hatte keinen Anlaß, das Mädchen länger als unbedingt nötig in der Anstalt zu belassen. Else hatte die Vorladung zur heutigen Vernehmung noch im Krankenhaus erhalten; sie war darum gar nicht erst nach Hause gegangen, — die Angst vor dem Vater war auch ein Grund, weshalb sie schon zwei Stunden im Gerichtsgebäude wartete. Vor einer Viertelstunde war Lutz Fink gekommen. Er erkannte das Mädchen, das wie ein Häufchen Unglück in einer Ecke des Wartezimmers saß, angetan mit dem, was ihr ihr Vater ins Krankenhaus geschickt hatte, nicht gleich; er setzte sich aber dann schweigend doch zu ihr. Er hatte einen mächtigen Groll gegen das Mädchen, durch das **er** in diese üble Situation gekommen war, aber ein Blick in das blasse, angstverzerrte Gesicht hielt ihn doch davor zurück, Else böse Worte zu geben. Gleich darauf war auch Frau Mühlmann gebracht worden, die sich in Haft befand. Sie wollte auf das junge Mädchen und Lutz los, der Justizsoldat drängte sie jedoch in die entgegengesetzte Ecke des Wartezimmers — es war selbstverständlich, daß die Verhaftete sich nicht mit den beiden andern vor der Vernehmung verständigen durfte.

Nun standen die drei vor dem Untersuchungsrichter.

Der Landgerichtsrat nahm erst die Personalien der Angeschuldigten auf, dann wandte er sich an Else Merten.

„Sie wissen, weshalb Sie hier stehen, Else Merten?"

Das Mädchen nickte.

„Sie haben also mit dem jungen Manne dort, mit dem Chauffeur Lutz Fink, ein Verhältnis gehabt und trotz Ihrer Jugend intim mit ihm verkehrt?"

Das Mädchen senkte den Kopf.

„Der Verkehr ist nicht ohne Folgen geblieben. Sie merkten, daß Sie in der Hoffnung waren und haben Ihrem Geliebten davon Mitteilung gemacht — ist es so?"

Else schwieg.

„Ja, Sie müssen sich schon bequemen, mir auf meine Fragen zu antworten! — Haben Sie Lutz Fink mitgeteilt, daß Sie schwanger sind?"

Nun weinte Else, aber Antwort gab sie keine.

Lutz Fink mischte sich ein.

„Sag doch ja, Else — es wird schon den Kopf nicht kosten!"

Der Untersuchungsrichter sagte streng zu Lutz Fink:

„Sie reden, wenn Sie gefragt werden!" Dann zu Else: „Also Sie haben Ihrem Geliebten Mitteilung gemacht und daraufhin hat er Ihnen den Rat gegeben, das Kind abtreiben zu lassen!" Das Gewimmer und Geschluchze des Mädchens konnte als Zustimmung zu den Worten des Landgerichtsrats gelten. Er beschloß aber, das Verfahren abzukürzen; es schien ihm mehr Erfolg zu versprechen, wenn er den Chauffeur vernahm.

(Fortsetzung folgt.)

Joe Linglers Flucht

Von Justus Brun

Gut also: man hat in einem Anfall sinnloser, roter Eifersucht einen Mann über den Haufen getrollt, hat ihn stürzen sehen, fallen, das Gesicht in die Erde verbissen, und hat das Blut gesehen, das sich in breiter, schwerer Lache um den liegenden dunkeln Körper ausbreitete. Und das alles um eines Mädchens willen, die bei Gott keinen Schuß Pulver wert ist, von dem man weiß, daß es ein Dutzend Männer mindestens schon geliebt hat, daß es zahllosen andern nachher gefällig sein wird.

Wahnsinn das alles, natürlich. Jetzt, hinterher, begreift Joe Lingler sich nicht — und seine Tat nicht. Wirklich, er war wie ein Tier, das um das Weibchen kämpft. Doch was ist da zu machen? Geschehen ist geschehen! Und da man auch sonst viel vom Tier in sich hat, das eine vor allem: die Angst alles Lebenden vor dem Tode, dem Menschen drohend verbunden mit der Angst vor einer sehr irdischen und oft sehr erbarmungslosen Gerechtigkeit, so wirft man sich nach dieser unglückseligen Tat auf den Gaul und reitet besinnungslos hinweg, irgendwohin. Reitet, bis einem das Tier unter den Schenkeln verendet, und fährt dann weiter mit der Bahn, kreuz und quer durch das große, weite Land, nur getrieben von dem Wunsche, möglichst rasch wegzukommen, wegzukommen von dem Orte, wo es geschehen.

Und das Unwahrscheinliche gelingt. Wirklich, das Reizwort des polizeilichen Nachrichtendienstes scheint doch noch irgendwelche Lücke, irgendeine zu weite Maische zu haben — man entrinnt den zugreifenden Fäusten und Armen der Polizei, der Gerichte und findet irgendwo an der Küste, im Norden, ein Eschen, wo man sich sicher wähnen darf, wo keine Menschen hinkommen, wo man vielleicht gegen alle Nachforschungen geschützt ist.

Hier nun, zwei Dutzend Meilen von der nächsten Siedlung entfernt, lebt Joe Lingler in einer primitiven Blockhütte, lebt ebenso primitiv von Jagd und Fischfang; denn er hat etwas Geld gehabt, als er seine Flucht begann, und hat während der vielen Tage, die er auf der Bahn umherlag, wohl überlegt, daß eine gute Flinte, Munition und andres Jagdgerät für ihn lebensnotwendig wären und hat sich beizeiten danach eingerichtet. Haust hier mutterseelenallein und einigermaßen sicher — denn die wenigen, die etwas von seinem plötzlichen Auftauchen gemerkt haben, sind zu gleichgültig und zu bequem, vielleicht auch zu gutmütig, um irgendwelche Nachforschungen anzustellen.

Wenn man bislang gewöhnt war, mitten im Trubel der Welt zu leben, wenn man gar dieses Leben schätzte und liebte, wie Joe Lingler es tat, der allezeit andre um sich haben mußte, um sich froh, heiter und zufrieden zu fühlen, dann kann man sich ein solches Dasein in fast vollkommener Einsamkeit, mit keiner andern Gesellschaft als dem einförmigen Rauschen der Wogen, dem geheimnisvollen Raunen windbewegter Baumwipfel und dem geschwätzigen Flüstern eines kleinen Baches dicht vor der Hütte sechs Monate oder auch ein Jahr aushalten, selten länger. Nach Ablauf dieses Zeitraums wird man entweder schwermütig oder stumpfsinnig oder ein Narr.

Joe, der wohl wußte, daß selbst ein Totschlag im Affekt nicht so rasch verjährt, erlrug sein Einsiedlerleben zwei Jahre, und das ist allerhand. Am ersten Tage des dritten Jahres aber hing er die Büchse über die Schulter, schnitt sich einen derben Stock aus einem steinalten Wachholderbusch und machte sich auf, um seine zwölf Meilen entfernten „Nachbarn" aufzusuchen.

Diese Nachbarn, Bob Varoß und seine Frau, nahmen ihn freundlich, mit offnen Armen auf. Anscheinend waren sie über die Unterbrechung ihres einförmigen Daseins ebenso erfreut wie er, Joe, selbst. Varoß, Vollblutamerikaner aus dem Westen, hatte sich hier für ein Trinkgeld auf gut Glück ein paar verlassene Claims gekauft in der Hoffnung, durch sorgfältige Bearbeitung dem ausgeplünderten Boden seine letzten Schätze zu entreißen. Er arbeitete täglich angestrengt sieben bis acht Stunden, und wahrscheinlich hätte er mit ähnlichem Fleiß und mit derselben Zähigkeit an jeder andern Stelle der Welt ebensoviel verdienen können, so kümmerlich war die Ausbeute. Aber da er hier schlechthin kein Geld ausgeben konnte, so war das ganze schließlich doch ein Geschäft.

Immerhin, — die Arbeit hatte ihn bereits gekennzeichnet. Er sah aus, als lobten alle Krankheiten der Welt in seinem Körper, er klagte ewig über geschwollene Füße und hustete. Wenn er aber einmal nicht klagte und nicht hustete, wenn's ihm ein bißchen besser ging, dann war er der nettste Gesellschafter, den man sich denken konnte, und insbesondere gegen seine Frau von großer Höflichkeit.

Diese Frau hieß Lizzi und war eine Kreolin. So schön war sie und so jung, daß es Joe einen richtigen Schlag aufs Herz versetzte, als er sie zum erstenmal erblickte. Und es war wohl hauptsächlich ihretwegen, daß er die Einladung Bobs, zunächst einmal ein paar Monate dort zu bleiben, so freudig und dankbar annahm. Denn das erste, was man vermißt, wenn man lange Zeit allein zu leben gezwungen wird, ist ja immer die Frau.

Bob Varoß arbeitete auf seinem Claims lustlos, lustlos. Joe half Lizzi im Haushalt oder er ging auf die Jagd — gegen die Buddelei in der Erde hatte er eine Abneigung. Zuweilen kam Lizzi mit, dann machte das Jagen doppelte Freude und brachte meist doppelten Erfolg — denn sie war eine vollkommene Amazone.

Einmal, als sie, ermüdet von einer etwas langen und ergebnislosen Streife, nebeneinander auf dem Moosgrunde des Waldes ruhten und mit den Augen verträumt das Fetzchen blauen Himmels eben zwischen den Wipfeln der Bäume suchten, richtete sich Lizzi plötzlich halb auf und sah ihn groß und voll an:

„Warum sind Sie hier?", fragte sie und ihre Stimme zitterte. Unruhig und nervös spielte ihre Zunge über die roten, trockenen, ein wenig nach aufwärts gebogenen Lippen!

Joe betrachtete lange und aufmerksam das Gesicht, das da über ihm zwischen Himmel und Erde hing. Dies klare, zarte und leichtgebräunte Gesicht, umrahmt von dunkeln, bläulich schimmerndem Haar, diese grünen, glühenden Augen, über denen die Brauen dicht und samten standen, wie mit dem Pinsel eines Malers gezogen. Das weiche, sanfte Oval ihrer Wangen.

„Warum sind Sie hier?", fragte die Frau nochmals, und ihre Rechte streichelte spielerisch den Aermel seines Rockes.

„Warum?", gab Joe endlich zurück. „Ich — ich habe einen Menschen getötet."

Sie erschrak gar nicht — kein Zucken verriet, was sie dachte.

„Ging es um ein Mädchen?" forschte sie weiter.

„Ja", erwiderte Joe Lingler. „Es ging um ein Mädchen."

Eine lange Pause — nun glitt die Hand weich, liebkosend über seine Haare.

„Und zwei Jahre lang leben Sie nun schon so — so allein?"

„Zwei Jahre — ja" sagte Joe. „Aber warum fragen Sie danach? Es führt ja zu nichts, darüber zu sprechen, und quält mich nur. Helfen kann mir niemand, und verraten — nun verraten werden Sie mich wohl doch nicht?"

„Nein — verraten nicht. Ich wollte Sie auch nicht quälen, aber ich dachte, ich könnte Ihnen helfen. . ."

Ihre Mundwinkel bebten, als sie das sagte. Nun schob sie ihre Hand sacht, ganz sacht unter seinen Nacken, hob seinen Kopf ihrem Antlitz entgegen, Joe wurde plötzlich ganz ruhig, ganz friedlich.

„Und Bob?" fragte er noch leise.

„Bob? . . ." Sie wiederholte den Namen und er bekam einen fernen, gleichgültigen Klang. Zu preßte er seinen Mund auf ihre Lippen.

In den Wochen, die nun folgten, verging er seine Unruhe, seine Angst, lernte wieder lachen. Varoß beobachtete die Wandlung mit Erstaunen. Als auch ihm Joe an einem Abend von der Tat sprach, die ihn hierher getrieben hatte.

„Es tut mir leid um Tyndale, gewiß" sagte er zum Schluß. „Er war ein guter Bursche sonst."

„Tyndale?", horchte Bob auf. „Kat Tyndale aus Kansas?"

„Eben der" sagte Lingler, plötzlich etwas mißtrauisch geworden. „Kannten Sie den? . . ."

„Gewiß — kenne ihn noch. Weil ich schätze, er lebt noch und ist so frisch und munter wie ein Fisch im Wasser. Habe noch im letzten Herbst mit ihm gesprochen, als ich unten war, um mein Gold zu Geld zu machen."

„Das ist nicht möglich — es muß ein andrer sein" gestöhnte Joe. „Ich sah ihn ja selbst liegen — in seinem Blute sah ich ihn liegen."

„Der Name ist nicht häufig, und einen Kat Tyndale gibt es nur einmal in ganz Kansas. Entsinne mich übrigens, es wurde erzählt, daß jemand auf ihn geschossen hat, vor einiger Zeit. Wußte nicht, daß Sie es gewesen sind — es war nur eine Fleischwunde, die bald verheilte. Ich wundere mich, daß Sie auf der Jagd so tüchtig sind — wo Sie doch damals so ein schlechter Schütze waren."

Joe hörte nichts von dem gutmütigen Spott — er hielt sich die Hand vors Gesicht, um seine Erschütterung zu verbergen. Es fehlte nicht viel und er hätte geweint wie ein Kind.

Zu diesem Augenblick kam Lizzi herein, musterte ihren Gatt mit erstaunten Augen.

„Joe hat geglaubt, einen Menschen getötet zu haben, der noch heute sich seines Daseins erfreut", erklärte Bob kurz.

„So? — — — —" erwiederte die Frau, und nichts weiter. Ihr Gesicht wurde um eine Schattierung dunkler, aber sie fragte nicht nach Einzelheiten und zog sich ohne Gruß zurück.

Am nächsten Morgen, als Joe sich an den Frühstückstisch setzen wollte, war nur Bob anwesend. Joe wagte nicht, nach der Frau zu fragen, und würgte Brot und Kaffee appetitlos in sich hinein.

„Kommen Sie, Joe", sagte Varoß, als sie kaum gegessen hatten. Seine Stimme klang barsch, so als ob sie keinen Widerspruch duldete.

Draußen stand Bobs einziges Pferd, gesattelt, und scharrte ungeduldig mit den Hufen.

„Hier ist das Pferd", sagte Varoß. „Und Proviant für drei Tage. Wenn Sie durchaus wollen, können Sie es mir später bezahlen. Aber es eilt nicht. Und nun — reiten Sie los. Die Welt steht Ihnen ja wieder offen. . . Good bye!"

Er streckte ihm die Hand entgegen, Joe stand da wie versteinert.

„Aber um Gottes willen — warum nur?" stammelte er endlich.

„Warum? Ich weiß es auch nicht. Meine Frau will Sie nicht mehr sehen — ich will den Grund nicht wissen. Und ich frage nicht nach dem Grund. Denn immerhin', sein Gesicht wurde plötzlich sehr ernst, fast hart — „wenn ich ihn wüßte, so könnte es geschehen, daß ich Ihnen die Hand nicht mehr zum Abschied reichte, nicht wahr? . . ."

Ein beneidenswerter Beruf

Von Pantelejmon Romanoff.

Der Milizsoldat des 65. Reviers, Ivan Mitrochin, der unmittelbar nach der Namenstagsfeier bei der Schwägerin seinen Dienst antreten mußte, lehnte sich mit dem Rücken ans Tor.

„Nichts ist ekelhafter als Schnaps nach Bier", dachte Mitrochin. „Ganz schrecklich wird man dann müde und fleht Gespenster. Tatsch, was gibt es da zu fürchten? Straße bleibt Straße und gegen Gauner hab ich meinen Revolver."

Plötzlich war es ihm, als erstarrte das Blut in seinen Adern: zwei verdächtige Angetrunkne kamen direkt auf ihn zu. Sie gingen ganz sonderbar, bemühten sich augenscheinlich in der Mitte der Straße zu bleiben, aber es trieb sie immer wieder nach der Seite des Bürgersteigs, wo der Schatten zusammengekauert war.

Mitrochin war im Begriff den Revolver zu ziehen, besann sich aber, daß gegen böse Geister der Revolver unwirksam sei, auch fiel ihm ein, daß er überhaupt kein Recht habe, an böse Geister zu glauben.

Die Angetrunkenen kamen näher. Ihm kam der Gedanke, es könnten Diebe sein, die aus dem botanischen Garten entsprungen sind. Er versteckte sich im Torweg und wartete. Die Diebe näherten sich dem Tore. Da hörten deutlich menschliche Stimmen zu ihm herüber:

„Ja, aber heute haben wir tüchtig was probiert", sagte der eine der Diebe.

„Ach", sagte der andre, wollte noch etwas hinzufügen, wechselte aber ans mit der Pfeife ab und ging weiter.

Als Mitrochin die Unterhaltung gehört hatte, ging er zornig auf die beiden zu. „Bürger, halt!" sagte er, ihnen den Weg versperrend. „Bürger nannte er sie aus Geistesgegenwart. Aber sie erwiesen sich tatsächlich als zwei ihm unbekannte Bürger, die auf allen Vieren gingen.

„Warum gehen Sie nicht wie sich's gehört?"

„Wir haben schon alles ausprobiert", sagte der eine, den Kopf hebend.

Er richtete die in die Augen gerutschte Mütze zurecht und sagte mit verhebbernder Zunge:

„Erst gingen wir richtig, aber da haben wir uns die ganze Presse aufgeschlagen."

„Und vor allem", sagte der andre, ohne den Kopf zu heben, „es treibt einen irgend so ein böser Geist immer in die Hunde. Aus einer Ecke sind wir wohl über eine Stunde nicht herausgekommen."

„Ich muß euch verhaften", sagte Mitrochin, „wir werden ein Protokoll aufnehmen, dann wird man euch vor den Polizeirichter führen."

„Das kann kein Richter was", sagte der eine, immer noch auf allen Vieren, sich mit dem Aermel den Mund wischend.

„Der Richter kann jedem was", sagte der Milizsoldat, „weil die Republik sozusagen euer Vater ist, und ihr lauft auf allen Vieren!"

„Komisch bist du, bei Gott", sagte der zweite, „wie sollen wir denn hoch laufen. Wenn du an unsrer Stelle wärst, du würdest auch so laufen."

„Und wer seid ihr denn?"

„Degustatoren", sagte der erste.

„Was?"

„Na nein, es verstehst du doch nicht."

„Und wenn ich's nicht verstehe, dann geht ihr eben mit. Wo kommt ihr denn her?"

„Vom Dienst."

„Was seid ihr denn für Arbeiter, wenn ihr besoffen seid wie die Schweine."

„Darum sind wir ja auch betrunken, weil wir vom Dienst kommen."

„Räsonniere nicht. Gib die Hand, ich führe dich."

„Soll ich vielleicht auf drei Beinen gehen?"

„Auf zweien sollst du gehn, wie alle übrigen Bürger der Republik", sagte der Milizsoldat streng.

„Die übrigen ja, aber wir nicht . . ."

„Pfui Teufel", sagte der Milizsoldat, „das versteht kein Mensch. Wie, sagt du, nennt ihr euch?"

„Degustatoren."

Der Milizsoldat berichtete mit gesenkten Augen, dann sagte er mit einer wegwerfenden Handbewegung:

„Also vorwärts, das werden wir dort untersuchen."

Der Milizsoldat ging voran, aber jetzt kam es ihm vor, neben dem Bewußtsein, wie angelogen es ist, noch vier Tore zu zählen.

„He, du!" sagte einer der Verhafteten, „wohin führst du uns? Schleppst uns in den Graben, ist du die Straße nicht breit genug?"

„Was für ein Graben? Hier gibt es keinen Graben", sagte der Milizsoldat, den Schnee aus dem Aermel schüttelnd, er war nämlich an den Zaun gelaufen und hatte mit dem Aermel entlang gewischt. „Was fängt denn die Republik mit solchen, wie ihr an", sagte er, an der Wand entlanggehend. „Wo hast ihr euch denn so vollgeladen?"

„Ueberstunden gemacht", sagten die Verhafteten.

Der Milizsoldat sah sich nach den beiden um, sprach nichts und ging, ohne etwas zu erwidern, weiter.

„Habe schon allerhand Betrunkene in meinem Leben geführt", brummte er, „aber solche Vögel hab ich noch nicht erlebt . . ."

Als sie ins Revier kamen, glitt er vom Wachtbrettchen und sagte:

„Betrunkene."

„Schon wieder Betrunkene? Kann unterhalten helfen mit ihnen, den Hunden! . . . Wer bist du?"

„Weiß der Teufel", sagte der Milizsoldat, „ich bin mit ihnen. Habe überhaupt erst an ihrer Sprache gemerkt, daß es Menschen sind."

„Führe sie her", sagte der Wachtbeamte, „wir werden ihnen schon zeigen."

Als die beiden, ganz mit Schnee verschmierten Verhafteten ins Zimmer traten, bemühte sich der immer wieder die Augen entfernenden Mützen zurechtzupfen, sagte der hinter einem Tische sitzende Wachtbeamte, indem er die Aktenstücke hinweg streng ansah:

„Beruf?"

„Degustatoren", antworteten der eine.

Der Milizsoldat verbesserte einen Blick mit dem Wachtbeamten.

„So ein Wort gibt es nicht. Wo kommt ihr her?"

„Vom Dienst."

„Was war ihr einem Dienst?"

„Wein Degustatoren."

„Also habt ihr euch bei Ausübung eurer Tätigkeit betrunken?"

„Natürlich. Wir trinken doch nicht zum Vergnügen."

„Sollte schreiben", sagte der Milizsoldat zum Wachtbeamten.

Der Wachtbeamte sprang augenblicklich auf, er hätte er noch stehen sollte und sah die Verhafteten an [illegible].

„Und was habt ihr so hat gemacht?"

„Ueberstunden."

„Was warum habt ihr euch betrunken?"

„Deswegen muß wir ja betrunken, weil wir Ueberstunden gemacht haben."

„Also da weiß einer Ding", sagte der Milizsoldat.

„Du weißt bestimmt kein einer Dienst?"

„Warum . . . Ein Wein müssen wir prüfen, die Sorten bestimmen . . . einer ist besser, der andre ist noch besser."

Der Milizsoldat verdrehte einen schnellen Blick mit dem Wachtbeamten.

„Das ist der Teufel . . . Das ist also der Dienst?"

„Was hast du denn gesagt? Natürlich ist das der Dienst."

„Teufel noch mal . . ."

„Nun was hat nicht Ihr denn?"

„Na eben so Gegenstand soll man ja nur den Mund ausspülen, aber ihn wieder ausspucken."

„Ein Wein ausspucken?" fragte der Wachtbeamte erstaunt.

„Ja ja"

„Das ist ja . . . Sie machen sich wohl über einen lustig", sagte der Milizsoldat. „Was? Sie den Wein und dann wieder hinaus? Ein Teufel weiß ich ausspucken! Was ist, sagt du dem mir?"

Der Fall Fischmann in Gröna

Unschuldig zum Tode verurteilt?

Eine Familie kämpft um ihr Leben

Im Januar 1924 vom Amtsgericht Bernburg zum Tode verurteilt, durch einen Gnadenakt des anhaltischen Staatsministeriums lebenslänglich hinter Zuchthausmauern verbannt, sitzt seit sechs Jahren der Landwirt und Maurer Friedrich Fischmann aus Gröna in der Strafanstalt Koswig. Immer und immer wieder hat Fischmann seine Unschuld beteuert, hat auch seine Familie versucht, eine Revision des Urteils zu erlangen. Schon vorher nicht wohlhabend, ist sie in bitterste Armut gesunken. Aber was schlimmer ist und schwerer drückt als die Last des dürftigen Lebens, ist das Todesurteil, durch das Fischmann zum Mörder seines Sohnes gestempelt wurde, durch das die Familie der Achtung der Dorfeinwohner preisgegeben wurde. Und am schwersten zu tragen hat an diesem Urteil zweifellos Fischmanns Sohn Wilhelm, durch dessen Aussage allein der Vater ins Zuchthaus gekommen ist.

Fischmann ist beschuldigt, seinen Sohn Alfred ermordet zu haben. Sein damals 15jähriger Sohn Wilhelm war der Beihilfe zum Mord angeklagt. Auf Grund seiner Aussage wurden sie beide verurteilt. Zwar hat er die Aussage widerrufen und angegeben, daß er unter dem Druck des ihn vernehmender Kriminalbeamten falsch ausgesagt habe — aber das Gericht hat ihm nicht geglaubt. Auf Grund der Aussage eines leicht beeinflußbaren Kindes hat es einen Menschen zum Tode verurteilt.

Wir haben in Gröna mit Frau Fischmann und Wilhelm Fischmann gesprochen — und einen erschütternden Einblick in die Nöte dieser Menschen gewonnen. Wir haben auch, soweit es in unsrer Macht stand, die Vorgeschichte zu diesem Urteil nachgeprüft und stehen nicht an, es ein Fehlurteil zu nennen. Nicht allein deshalb, weil die Beteiligten auch heute noch nach sechs Jahren zermürbenden Lebens im Kerker und unter der Mißachtung der Bewohner des Dorfes Gröna ihre Unschuld beteuern, sondern auch weil der Verlauf des Prozesses und die an seinem Schlusse stehende Urteilsbegründung unsers Erachtens keinen Beweis für Fischmanns Schuld erbracht haben.

Wie kam es zum Prozeß?

Am 29. Oktober 1923 wurde in Bernburg eine männliche Leiche aus der Saale gezogen, die nur mit mehrfach gestopften Strümpfen und einer geflickten Weste bekleidet war. Da man an einzelnen Körperstellen blaue Flecke und Blutergüsse festzustellen glaubte, dachte man zunächst an ein Verbrechen. Dafür sprach ja auch die mangelhafte Bekleidung der Leiche. Bei der genauen ärztlichen Untersuchung ergab sich jedoch, daß Spuren von Verletzungen, die den Tod verursacht haben könnten, nicht festzustellen waren.

Zwei Tage darauf wurde die Leiche als die des 17jährigen Stellmacherlehrlings Alfred Fischmann aus Gröna, der seit dem 19. Oktober verschwunden und vom Vater als vermißt gemeldet war, rekognosziert. Gleichzeitig meldeten sich zwei Leute, die am Abend des 19. Oktober auf der Graulschen Ziegelei zwischen Gröna und Bernburg gewesen waren und dort zwischen 8 und 9 Uhr Hilferufe und Plätschern im Wasser der Saale gehört hatten. Da es sehr dunkel war, hatten sie jedoch niemand erkennen können. Einer von ihnen äußerte auch einen Verdacht gegen zwei in der Nachbarschaft hausende Burschen, die er eines Verbrechens für fähig hielt.

Die Kriminalpolizei begann zu arbeiten.

Es wurde nun festgestellt, daß der 17jährige Alfred Fischmann am 19. Oktober nach einem unbedeutenden Streit mit seinem Bruder das Haus frühmorgens verlassen hatte, zur Berufsschule nach Bernburg gegangen und am Nachmittag bis 5 Uhr bei seinem Lehrherrn in Bernburg gewesen war. Gegen 6 Uhr abends wurde er vor und in Gröna gesehen. Im Hause seiner Eltern war er aber nicht, sondern er hat sich an einer unbekannten Stelle aufgehalten und wurde nach 7 Uhr auf dem Wege zu Fischmanns Rübenacker gesehen, der nicht allzuweit von der Graulschen Ziegelei entfernt liegt. Auf dem Rübenacker ist er mit seinem Bruder Wilhelm zusammengetroffen. Ob sein Vater, der erst später auf dem Wege zum gleichen Acker gesehen wurde, auch noch mit ihm zusammengekommen ist, konnte man nicht feststellen. Jedenfalls war Alfred Fischmann seitdem verschwunden, und am selben Abend hörten Leute auf der Ziegelei Hilferufe und Plätschern vom Wasser der Saale her.

Was man nicht weiß, kombiniert man.

Der alte Fischmann genoß im Dorfe nicht das beste Ansehen. Kleine Schlechtigkeiten hatten ihn ein paarmal vor den Richter gebracht. Die Strafen waren aber geringfügig. Alte Geschichten wurden jetzt aufgewärmt, Geschichten, die überall auftauchen, wo in einem kleinen Ort etwas geschehen ist, das den Gemütern Anregung im grauen Einerlei des ewig gleichen Lebens bietet. Es wurde erzählt, daß Fischmann seinem Nachbarn Unkraut in den Weizen gesät habe, daß er seine beiden ersten Kinder wenige Tage nach der Geburt getötet habe und andre Schauermärchen.

Flugs kam ein Kriminalbeamter von Dessau, nahm alles für bare Münze, schrieb die Geschichten auf und machte dann daraus und aus den festgestellten Indizien eine „mutmaßliche" Darstellung der Vorgänge, die am Abend des 19. Oktober zu Alfred Fischmanns Tode geführt haben sollten:

Alfred Fischmann habe sich am Morgen mit seinem Vater gestritten und sei darauf ohne dessen Erlaubnis nach Bernburg gegangen. Am Abend habe ihn sein Vater nach einem Streit auf dem Rübenacker mit einer Rübengabel verfolgt und zu Boden geschlagen. Um das Verbrechen zu verheimlichen, hätten er und sein Sohn Wilhelm beschlossen, den toten Körper in die Saale zu werfen. Nachdem sie Alfred vorher entkleidet hätten, um einen Raubmord vorzutäuschen, sollen sie diesen Plan ausgeführt haben. Die Kleider hätten sie auf dem Acker vergraben.

Das ist kurz zusammengefaßt die Schauergeschichte des Kriminalinspektors aus Dessau. Mit diesem „stichhaltigen Material" ausgerüstet, nahm sich der Kriminalbeamte den 15jährigen Wilhelm Fischmann vor, der zunächst eine unverfängliche Darstellung gab, dann aber auf „eindringliches Ermahnen" Aussagen zu Protokoll gab, die allzudeutlich mit des Kriminalisten mutmaßlicher Darstellung die Vorgänge übereinstimmen, seinen Vater also schwer belasten mußten.

Die „Mörder" sind gefaßt.

Der Kriminalist triumphierte. Jetzt hatte er das Geständnis und — die Mörder. Was bedeutete es schon, daß Wilhelm Fischmann gleich darauf sein Geständnis widerrief, daß der alte Fischmann seine Unschuld beteuerte und aussagte, er habe seinen Sohn seit dem Morgen, da er nach Bernburg ging, nicht wieder gesehen, und daß es schließlich keinen andern Beweis für Fischmanns Schuld gab als das widerrufene Geständnis seines Sohnes.

Bis zur Gerichtsverhandlung am 24. Januar 1924 erfuhr das Geständnis Wilhelm Fischmanns noch verschiedene Versionen. In der Urteilsbegründung heißt es dann, daß Fischmann seinen Sohn Alfred zu Boden geschlagen habe. Alfred habe aber noch gelebt, und, während die beiden ihn zur Saale trugen, um Wilhelm gesprochen und Hilfe gerufen. Schließlich mußten ja auch die Aussagen der Leute auf der Ziegelei, die die Hilferufe gehört hatten, verwertet werden. Jedenfalls bestritten sowohl Wilhelm als auch der alte Fischmann in der Hauptverhandlung jede Schuld an Alfred Fischmanns Tod. Wilhelm Fischmann erklärte: „Meine vor dem Untersuchungsrichter gemachte Aussage ist nicht richtig. Ich bin durch den Kriminalinspektor eingeschüchtert worden."

Friedrich Fischmann wurde zum Tode verurteilt, Wilhelm zu zwei Jahren Gefängnis. Berufung konnte gegen das Urteil nicht eingelegt werden — man lebte in der Zeit der Emmingerschen Justizreform glorreichen Angedenkens, die auch Ursache war, daß der Prozeß vor der Strafkammer eines Amtsgerichts verhandelt wurde, die sich aus fünf Berufsrichtern zusammensetzte.

„Vater sitzt unschuldig im Zuchthaus."

Durch einen Gnadenakt des anhaltischen Staatsministeriums wurde die Todesstrafe, zu der Friedrich Fischmann verurteilt war, in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt. Wilhelm Fischmann saß von den zwei Jahren Gefängnis vier Monate ab. Der Rest ist ihm nach jetzt längst bestandener dreijähriger Bewährungsfrist erlassen worden. Aber Wilhelm Fischmann, der jetzt, mehr als sechs Jahre nach den für ihn und seine Familie so bedeutungsvollen Ereignissen, zu einem kräftigen jungen Mann herangewachsen ist, auf dessen Schultern die Sorge für seine niedergedrückte Mutter und für das elterliche Anwesen lastet, trägt schwer an dem Bewußtsein, daß sein Vater eigentlich durch ihn ins Zuchthaus gekommen ist. „Bitte", sagte er zu uns, „bitte, helfen Sie uns, daß wir zu unserm Rechte kommen. Mein Vater sitzt unschuldig im Zuchthaus. Als der Kriminalinspektor damals zu mir kam, wußte ich nicht, was mit mir geschah. Ich habe zu allem „ja" gesagt und schließlich das Protokoll unterschrieben, ohne zu wissen, was darin stand. Wie mein Bruder zu Tode gekommen ist, weiß ich nicht; aber wir sind nicht schuld daran gewesen."

Wie mag Alfred Fischmann den Tod gefunden haben? Selbstmord ist nicht ausgeschlossen, da er schon einige Zeit vor seinem Verschwinden ein seltsames Benehmen an den Tag legte. Außerdem hatte er mit seiner Mutter Streitigkeiten gehabt. Sie hatte ihm mehrere Tage lang schwere Vorwürfe gemacht, daß er des öftern einige Zentner Getreide vom Kornboden seiner Eltern gestohlen und heimlich verkauft hatte. Aber auch andre Möglichkeiten gibt es. So finden sich einige Indizien, die weder in der Voruntersuchung noch in der Hauptverhandlung genügend Beachtung gefunden haben. Das zu untersuchen, wäre aber Aufgabe der dafür eingerichteten Instanzen.

Wir wollen zum Schlusse nur noch einmal betonen, daß das Bernburger Amtsgericht offenbar ein Fehlurteil gefällt hat, als es Friedrich Fischmann des Mordes für überführt hielt und ihn zum Tode verurteilte. Durch nichts ist seine Schuld bewiesen. Daß er über seine Führung in den sechs Jahren schwerster Prüfung im Zuchthaus zu Coswig von der Anstaltsleitung das beste Zeugnis ausgestellt erhält, möge die Staatsanwaltschaft noch eher zu einer neuen Prüfung des Falles bewegen. —

Frau und Kinder mißhandelt

Unter der Anklage der Blutschande – Durch Alkohol ins Zuchthaus

Vor dem Halberstädter Schöffengericht hatte sich der Fabrikarbeiter Ludwig Heyda aus Westeregeln wegen Blutschande zu verantworten. Die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführte Verhandlung zeigte, daß der Angeklagte ein roher Mensch ist, der seine Angehörigen in grausamer Weise mißhandelt hat. Dem Angeklagten war zur Last gelegt, mit seiner jetzt 17jährigen Tochter Friederike seit deren 14. Lebensjahr in unerlaubten intimen Beziehungen gestanden zu haben.

Der Angeklagte bestritt das und gab lediglich zu, in einem Fall unzüchtige Handlungen vorgenommen zu haben. Die Beweisaufnahme ergab jedoch ein andres Bild. Nach der Bekundung der Tochter Friederike hat der Vater seit ihrer Schulentlassung mit ihr in näherm Verkehr gestanden. Weigerte sie sich, so wurde sie

mit Halsabschneiden und dergleichen bedroht.

Außerdem war der Vater ein arger Saufkumpan. Es verging kein Tag, an dem er nicht betrunken nach Hause kam. In diesem Zustand mißhandelte er in furchtbarer Weise sämtliche Familienangehörigen. Als die Tochter die dauernden Mißhandlungen nicht mehr ertragen konnte, erstattete sie bei der Polizei Anzeige.

Das Bild wurde noch ergänzt durch die Aussage des Amtsvorstehers von Westeregeln. Dieser hatte den Angeklagten früher für einen anständigen Mann gehalten, bis seine Familienangehörigen ihn öfter

um Schutz vor dem gewalttätigen Manne

gebeten hatten. Im nüchternen Zustand, der allerdings eine Seltenheit bei ihm ist, ist er ein fleißiger Arbeiter, aber sobald er unter Alkohol steht, wird er auch von den Arbeitskollegen als gewalttätiger und jähzorniger Mensch geschildert. Von den Kollegen hat er übrigens den bezeichnenden Spitznamen „Lügen-Heyda" erhalten.

Die Zeugin Frau K., eine Nachbarin des Angeklagten, schildert geradezu furchtbare Verhältnisse. Der Angeklagte war mehr betrunken als nüchtern. Seine Frau mußte wöchentlich regelmäßig 10 Mark Saufschulden bezahlen. Obwohl die Frau, da infolge des übermäßigen Trinkens des Mannes der Verdienst nicht ausreichte, dauernd schwer mitarbeiten mußte, wurde sie

in furchtbarer Weise mißhandelt.

Sie wurde blutig geschlagen, so daß sie oft bei andern Leuten Schutz suchen mußte. Sie war im wahrsten Sinne des Wortes die Sklavin des Mannes. Ebenso erging es den Kindern. In bestialischer Weise hat der Vater sich einmal an seiner vier- bis fünfjährigen Tochter vergangen. Der Angeklagte war wie gewöhnlich betrunken nach Hause gekommen und hatte sich schlafen gelegt. Währenddessen hatte das unbeaufsichtigte Kind die Gardinen in Brand gesteckt. Die Nachbarn hatten das Feuer entdeckt und gelöscht, ehe großer Schaden entstanden war. Der unnatürliche Vater geriet darüber so in Wut, daß er in unmenschlicher Weise auf das kleine Kind losprügelte. Als dies, vor den Schlägen Schutz suchend, in ein Versteck kroch, nahm er

eine Mistgabel und stach blindlings drauflos.

Mitleidige Nachbarn schützten das Kind schließlich vor dem rasend gewordenen „Vater", der es sonst wahrscheinlich zu Tode gemartert hätte!

Erschütternd wirkte die Aussage der Ehefrau des Angeklagten, einer blassen, abgehärmten, durch Kummer und Sorge vorzeitig gealterten Frau. Furchtbar muß das Leben gewesen sein, das diese Frau an der Seite des vertierten Unholds geführt hat.

Der Staatsanwalt hatte nach Schluß der Beweisaufnahme nicht den geringsten Zweifel, daß

der Angeklagte der Blutschande schuldig ist.

Mildernde Umstände kämen hier nicht in Frage, vielmehr müsse die ganze Strenge des Gesetzes zur Anwendung kommen. Er beantragte 3 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. Das Gericht schloß sich den Ausführungen des Staatsanwalts an und erkannte entsprechend dem Antrage auf 3 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust.

Obwohl der Angeklagte vorher energisch geleugnet hatte, erklärte er sich nach der Urteilsverkündung sofort bereit, die Strafe anzunehmen. Es erhebt sich die Frage: Wer schützt die bedauernswerte Familie, wenn sich die Tore des Zuchthauses wieder hinter diesem Rohling schließen? —

Aus Mitteldeutschland

Ruhensvorschriften bei Witwenabfindungen

Die Pflichtversicherung sieht vor, daß Hinterbliebenenrente beziehende Witwen bei ihrer Wiederverheiratung mit dem dreifachen Jahresbeitrag ihrer Rente abgefunden werden müssen. Der Gesetzgeber will dadurch erreichen, daß die Witwen, welche die Versicherung im Laufe der Jahrzehnte erheblich belasten, nicht vor ihrer Wiederverheiratung zurückschrecken. Die Versicherungsträger ihrerseits machen sich

die unglückseligen Ruhensvorschriften zunutze

und setzen bei Errechnung der Abfindungssumme die tatsächlich zur Auszahlung gekommene Rente ein. Das führt zu unerträglichen Verhältnissen. Es kann vorkommen, daß durch eigenartiges Zusammentreffen verschiedener Renten die Ruhensvorschriften eine Hinterbliebenenrente völlig zum Ruhen bringen. In einem solchen Falle würde dann die Witwe bei ihrer Verheiratung nichts erhalten.

Das widerspricht dem gesunden Menschenverstand und dem, was der Gesetzgeber erreichen wollte. Es können auch durch die Ruhensvorschriften Renten, die beispielsweise 53,35 Mark betragen, nur in Höhe von 11,75 Mark zur Auszahlung kommen. Kann dann der Versicherungsträger die Abfindungssumme auf die tatsächlich zur Auszahlung gekommene Pension stützen, würde hier ein völlig unbefriedigendes Ergebnis zutage treten. Statt einer Abfindungssumme von 1920,35 Mark käme nur eine solche von 423 Mark in Frage.

Das Reichsversicherungsamt hat daher in der grundsätzlichen Entscheidung vom 11. April 1930 sich, wie schon früher bei einem ähnlich gelagerten Fall, entschieden,

daß die tatsächliche Rente

und nicht der durch die Ruhensvorschriften vorgeschriebene verbliebene Rest zur Grundlage der Berechnung genommen werden muß. Diese, den Witwen günstige Entscheidung begründet das Reichsversicherungsamt damit, daß im Gesetz ausdrücklich stehe, daß die Jahrespension oder Witwenrente verdreifacht ausgezahlt werden müsse. Davon, daß die Ruhensvorschriften, die ja erst nach Festsetzung der Pension oder der Witwenrente in Anwendung gebracht werden können, selbst die eigentlichen Renten darstellten, finde sich im Gesetz auch nicht der leiseste Hinweis.

Zutreffend bemerkt das Reichsversicherungsamt noch, daß sich in dem von uns angeführten Falle folgende Unzuträglichkeiten ergeben würden: Würde der Tod des Ehemannes

nicht durch einen Unfall,

sondern durch ein andres Ereignis eingetreten sein, so müßte die Witwe die volle Summe von 1920,35 Mark erhalten. So aber bekomme die Witwe, die auch eine Unfallhinterbliebenenrente in Höhe von 30,25 Mark bezieht, bei ihrer Wiederverheiratung aus der Unfallversicherung eine Abfindung von 1088,33 Mark zuzüglich der durch die Ruhensvorschriften gekürzten Abfindung in Höhe von 423 Mark, so daß insgesamt nur 1511,33 Mark ausgezahlt würden. Die Witwe würde, wenn der Ehemann durch ein andres Ereignis wahrscheinlich in einem höhern Lebensalter verstorben wäre, weil die Ruhensvorschriften dann nicht bei ihr in Geltung kommen, 1920,35 Mark erhalten. Dieses unbefriedigende Ergebnis sei vom Gesetzgeber nicht gewollt und in den Bestimmungen nicht enthalten.

Unsrer Kenntnis nach verfahren jedoch bei Wiederverheiratung

die Versicherungsträger in ungesetzlicher Weise.

Da die betroffenen Witwen keine Ahnung davon haben, legen sie gegen die betreffenden Bescheide keine Berufung ein. Es ist zu empfehlen, in den Fällen, die bereits rechtswirksam geworden sind, gestützt auf die angezogene Entscheidung zu versuchen, nachträglich in den Besitz der vollen Abfindung zu gelangen. Für zukünftige Fälle mögen sich alle, die es angehen kann, den Vorfall merken. —

Kein Räuber, ein besorgter Vater!

Vor kurzem veröffentlichten wir die Meldung einer Korrespondenz, daß bei Groß-Rodensleben ein Postchauffeur überfallen worden sei. Dem Chauffeur seien von dem Täter, einem Schäfer, die Fahrscheine und die Geldtasche mit 150 Mark entrissen worden. Die Oberpostdirektion habe gegen den Räuber bereits Strafantrag gestellt.

Diese Meldung war falsch. In einem Schreiben stellt sich uns der „Räuber" als besorgter Vater vor. Er schreibt uns:

Der Chauffeur des Postautos wurde nicht überfallen, sondern, als er sein Auto untergestellt hatte, von mir gefragt, ob er der Chauffeur O. K. und ob er verheiratet sei. Als dies bejahte, fragte ich ihn, wie er dazu käme, sich als verheirateter Mann mit meiner 14jährigen Tochter einzulassen. Als er dies bestritt, habe ich ihn geschlagen. Es ist ihm aber nicht mal ein roter Pfennig, viel weniger 150 Mark, abhanden gekommen. Dieses wurde mir später bestätigt von der Postdirektion wie auch von K. selbst. Die Oberpostdirektion hat keine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft eingereicht, nur K. hat mich wegen Körperverletzung angezeigt. —

Motorrad gegen Fahrrad

Am Mittwochvormittag kurz nach 10 Uhr ereignete sich auf der Breiten Straße in Stendal ein folgenschwerer Verkehrsunfall. Ein Radfahrer und ein Motorradfahrer stießen an der Ecke Kornmarkt zusammen.

Der Motorradfahrer, ein Osterburger Einwohner, kam die Breite Straße in der Richtung Sperlingsberg entlanggefahren, während aus dem Kornmarkt der Händler Bingelberg aus Schinne mit seinem Rade gefahren kam. Mitten auf der Kreuzung erfaßte ihn der Motorradfahrer und schleuderte ihn zu Boden.

Der Radfahrer erlitt schwere Verletzungen am Kopf und blutete aus Mund und Nase. Er wurde einem Stendaler Arzt zugeführt, der die Art der Verletzungen erst noch feststellen muß. —

Ueberfall auf einen Polizeibeamten

Der Polizeioberwachtmeister Wernicke in Bahrendorf im Kreise Wanzleben war mit einem Landjägereibeamten in der Sonntagnacht in Stemmern, um das Landwehrfest zu überwachen. Gegen 3.30 trennte sich der Landjäger am Hause des Amtsvorstehers von W. und fuhr mit dem Rade nach Altenweddingen. Als Wernicke noch etwa 50 Meter gegangen war, wurde er in der Nähe des Heinemannschen Gartens, am Dorfausgang von Stemmern, von hinten überfallen und niedergeworfen. Leider hat er den oder die Täter nicht erkannt. Ueber den Beweggrund ist noch nichts festgestellt. W. ist dienstunfähig. Der Amtsvorsteher hat eine Belohnung von 30 Mark für die Ergreifung des Täters ausgesetzt. —

Zum Wochen-Schluß

Tennískleider aus Panama 2,95
Frauenkleider aus Waschmusselin, mit Glockenrock, gr. Weiten 6,90
Kunstseidene Toilekleider kesche Sportformen bis Größe 50 8,90
Kunstseidene Toilekleider moderne sportliche Formen 12,75
Flotte Filzhüte aufgeschlagene Formen, mit apartem Nadelgarnitur, feine Modefarben 1,75
Sommerhüte in Glocken- od. Aufschlagform, aus Fantasiegeflecht, moderne Farben 3,50 2,50 1,35
Damenstrümpfe künstliche Waschseide, in vielen modernen Farben . . . . . 1,45 85 Pf.
Damenstrümpfe Seidenflor, feines Gewebe, feine Farb. 1,45 75 Pf.
Herrensocken künstliche Waschseide, plattiert, in modernen Mustern . . . . 1,45 95 Pf.
Herrensocken Seidenflor, mit künstlicher Waschseide plattiert, moderne Muster . . 2,45 1,95
Badeanzüge für Damen, aus reinem Baumwolltrikot 3,95 2,50 1,85
Bademäntel für Damen und Herren, aus guten Frottierstoffen, mod. Verarbeit. 12,75 9,75 6,75
Damen-Taghemden aus guten Wäschestoffen, mit Spitzen verziert 1,95 1,45 95 Pf.
Damen-Unterkleider aus farbiger Kunstseide, mit Spitzen garniert 5,75 3,75 2,45
Damen-Schlüpfer in vielen Modefarben 1,50 95 Pf. 68 Pf.
Damen-Hemdhosen Windelform, mit Bandträgern . . 1,65 1,25 85 Pf.
Herren-Oberhemden aus verschied. Stoffarten, gestreift oder gemustert 5,90 4,25 3,45
Herr.-Selbstbinder in modernst. Mustern 1,95 1,45 95 Pf. 55 Pf. 35 Pf.
Kleidertweed für das praktische Sportkleid . . Meter 1,95 1,45 1,25
Crêpe-Caid reine Wolle, moderne Farben . . . . Meter 2,45 1,45
Handkoffer verschiedene Größen und Farben . . . 6,75 5,45 3,45
Reisekissen mit Kapokfüllung 1,40 95 Pf.
Gummimütze waschbar, 3-Mtr.-Schnur 20 Pf.
Glanzzwirn 30 Knäuel im Karton 45 Pf.

Lange & Münzer
Breiteweg 51/52

Walhalla Lichtspiele

Heute Mittwoch und folgende Tage
Ein vollständig neues tönendes
Sensations-Doppel-Programm

Der Tiger
Das Rätsel von Berlin
Ein Sprech- und Ton-Kriminalfilm aus der Berliner Unterwelt
Die spannendste, die geheimnisvollste und abenteuerlichste Schöpfung des Tonfilms
Ferner im tönenden Beiprogramm
Wir amerikanisieren uns!
Die Meistersinger
Außerdem:
Die Opium-Schmuggler von Montane
Der sensationelle Abenteurer-Film
Kassenöffnung 5.30 Uhr.

ZENTRAL THEATER
8¼ Uhr Gastspiel 8¼ Uhr
Kleines Theater Leipzig
3. Woche! Magdeburgs Tagesgespräch!
Die Gartenlaube
3 Akte von Herm. Unger
Eintritt nur gegen Revers!
Da das Werk in freier mod. Weise ein überaus heikles Thema behandelt, muß sich jeder Besucher durch Unterschrift verpflichten, gegen den Inhalt des Stückes in keiner Weise zu demonstrieren
Sommerpreise.

Im Monat Juli 1930 wird gespielt
Die Gartenlaube
Solange die Gutscheine ausreichen, enthält jedes Paket Wiwa-Kaffee zu ½ Pfd. à 1.50, 2.00 oder 2.20 einen Gutschein für das
Zentraltheater
welcher bei Lösung eines Billetts mit
50 Prozent in Zahlung genommen wird
Erhältlich bei
Willy Walter - Wiwa
Hasselbachstraße 5 und den Filialen

Ein Buch dem Jungen,
Ein Buch dem Mädel,
Es siegt im Kampfe
Nur der kluge Schädel!
Unsere Bücher sind Führer und geistiges Rüstzeug. —
Buchhandlung Volksstimme
Magdeburg, Aschersleben, Stendal.

HOFJÄGER
Heute Donnerstag, abends 20.15 Uhr
Erster Gastspielabend
der hier beliebten
Leipziger

Fritz-Weber-Sänger
mit dem
großen Schlagerprogramm
Der Mond-Raketenflug
Jeder kann mitfliegen.
Papa kauft Auto
eine tolle Begebenheit.
Fritz als Millionär
der große Lacherfolg.
Eintrittspreise: Sperrsitz num. 1.50 Mk., Saal 1.00 Mk., Galerie 60 Pf. einschließl. Steuer. Der Tanzstundenlänge fällt weg.

Vom Reichsbannertag in Helmstedt

Das Kreistreffen der Kreise Neuhaldensleben i[n] Helmstedt am 5. und 6. Juli war ein voller Erfolg für das Reich[s]banner. Hunderte von Kameraden hatten sich zu Fuß und [...] und auch mit Kraftfahrzeugen auf den Weg nach Helmstedt [be]geben. Den ergangenen Anordnungen entsprechend, rückten [...] nach längerm Fußmarsch durch herrliche Wälder mit klingend[em] Spiel gegen 21.45 Uhr in Helmstedt ein, von der Bevölkerung l[ebhaft] begrüßt.

Auf dem städtischen Sportplatz sammelten sich die Mass[en,] umstanden von Hunderten von Frauen und Männern aus [der] republikanischen Bevölkerung Helmstedts. Um 22 Uhr ging [es] unter der Marschmusik von sechs Reichsbannerkapellen zum Sta[nd]quartier. Wohl an 750 Mann marschierten im Zuge. Vor d[em] Festlokal „Stadt Hamburg" nahm man Aufstellung, um die [An]sprachen von Reichsbannerführern entgegenzunehmen.

Der Kreisleiter des Kreises Helmstedt begrüßte zuerst [die] erschienenen Kameraden und gab der Hoffnung Ausdruck, daß [es] den Gästen in den Mauern Helmstedts gefallen möge. Da[nn] sprach Kreisleiter Tramp (Neuhaldensleben). Er übermitte[lte] die herzlichsten Grüße der Gauleitung des Gaues Sachsen-Anh[alt] und brachte zum Ausdruck, daß die Kameraden des Kreises Ne[u]haldensleben sehr gern nach Helmstedt, der Hochburg der Nation[al]sozialisten, gekommen seien. Der gemeinsame Aufmarsch beid[er] Kreise solle kundtun, daß die Reichsbannerleute sich nicht a[ls] Braunschweiger oder Preußen, sondern als Deutsche fühlen. D[ie] blaugelben bzw. schwarzweißen Grenzpfähle sollen kein Hindern[is] sein, zusammenzukommen und

im Interesse der deutschen Republik

zu arbeiten. Dann bekamen die Nazis, die sich entgegen ihr[en] sonstigen Gewohnheiten weder hören noch sehen ließen, bitt[ere] Wahrheiten gesagt. Der eindrucksvolle Aufmarsch schien ihnen [in] die Glieder gefahren zu sein.

Für die Gauleitung des Gaues Braunschweig sprach d[er] Landtagsabgeordnete Thielemann (Braunschweig). Er führ[te] aus, daß ihn die gleichen Gefühle beseelen wie Tramp und es [sei] ein gutes Zeichen der Kameradschaft, wenn die Kameraden d[es] Kreises Neuhaldensleben ihren Braunschweiger Kameraden i[m] Kampf um die Erhaltung der politischen Macht in Braunschwe[ig] den Rücken stärken. Im November werden wieder schwere Kämp[fe] geführt werden müssen, in denen das Reichsbanner eine b[e]deutende Rolle zu spielen habe. Der heutige Sternmarsch d[es] Reichsbanners sei schon als Auftakt für die kommenden Landtag[s]wahlen zu werten. Er bitte alle die, welche sich ein vernünftige[s] politisches Denken bewahrt haben, heute schon eingedenk zu sein, daß bis zum Herbst mehr denn je im Sinne der Reichsbanner[-] bewegung gearbeitet werden muß, wenn man nicht im Land Braunschweig die politische Macht an die Reaktionäre und dere[n] Landsknechte, die Nazis, abgeben will.

Mit einem weithinschallenden „Frei Heil!" auf das Reich[s]banner und auf die deutsche Republik, schloß die Kundgebung.

Inzwischen hatte sich der Saal des Standquartiers bis a[uf] den letzten Platz gefüllt, so daß noch sämtliche verfügbare Räum[e] benutzt werden mußten. Die Reichsbannerkapelle des Ortsverein[s] Helmstedt musizierte und im Geiste echtester Kameradschaft blie[b] man bis um 2 Uhr nachts zusammen.

Nach einigen Stunden wohlverdienter Ruhe wurden die Ka[-]meraden zu neuer Beteiligung aufgerufen. 75 Spielleute un[d] Musiker besorgten das Wecken. Die Straßen der Stadt wider[-]hallten von den Trommelschlägen der Trommler.

Um 9 Uhr vormittags begannen die sportlichen Darbietungen. Zuerst spielten die Handballmannschaften des Reichsbanners Ort[s]gruppe Neuhaldensleben gegen die Handballmannschaft der Freien Sportler von Wefensleben-Belsdorf. Diese[r] fair und lebendig durchgeführte Kampf endete mit einem Sieg der Wefensleber. Man trennte sich mit einem Resultat von 5:[...] für Wefensleben. Das zweite Spiel brachte eine Auswahlmann[-]schaft Neuhaldensleben—Wefensleben-Belsdorf gegen die Freie[n] Sportler aus Harbke. Die Harbker gewannen nach schönem Kampfe verdient mit 6:2 Toren.

Die sportlichen Darbietungen zeigten deutlich, daß die Sport[-] bewegung im Reichsbanner vorwärts geht und selbst erstklassige Mannschaften wie die Harbker Handballmannschaft mußten an[-] erkennen, daß die junge Neuhaldensleber Mannschaft ein erfrisch[en]des und raumgreifendes Spiel zeigt. Hoffen wir auf ein weiteres Vorwärts im Sport! Mit den glänzend verlaufenen sportlichen Kämpfen war die Kundgebung beendet.

Als Ersatz für entgangene Kraft warteten um 12 Uhr mittags die Helmstedter Kameraden mit einem vorzüglichen und billigen Mittagbrot auf, wofür auch noch einmal an dieser Stelle herzlichst gedankt wird. —

Der ausgebrannte Wohnwagen

Vor dem Erweiterten Schöffengericht in Magde[-]burg stand der 34 Jahre alte Unternehmer Wilhelm G. aus Gübs, dem schwere Urkundenfälschung und Brand[-]stiftung zur Last gelegt wurden.

Seit 1926 betreibt G. ein Dampfpfluggeschäft. Im Jahre 1927 war er genötigt, eine größere Anzahl Wechsel aufzunehmen, die ihm auch von der Kreissparkasse des Kreises Jeri[-]chow I diskontiert wurden. Als einige Wechsel im Gesamtwert von ungefähr 2000 Mark am 12. Dezember 1929 zur Einlösung fällig waren, wartete die Bank vergeblich auf die Wiedereinlösung. Nachforschungen ergaben, daß es sich nicht nur bei diesen drei, son[-]dern bei

zwölf Wechseln um von G. gefälschte handelte.

G. hatte sie mit der Unterschrift seiner beiden Geschäftsteilhaber und anderer Landwirte aus der Umgebung versehen.

G. gab die Wechselfälschungen, die ungefähr 14000 Mark betragen, zu. Er will sich in einer geschäftlichen Notlage befunden haben. Der Schaden, der der Kreissparkasse entstand, ist bisher nur durch einige hundert Mark Abzahlung gedeckt und durch eine Hypothek, die auf das Grundstück des Vaters des G. eingetragen worden ist, bereits zum Teile gesichert worden.

Am Tage der Fälligkeit der drei Wechsel über 2000 Mark, am 12. Dezember,

brannte noch plötzlich ein Wohnwagen

der Maschinisten ab, der zu dem Dampfpflugpark gehört und auf der Chaussee zwischen Gübs und Menz stand. Da schlechten Wetters wegen an diesem Tage nicht gearbeitet werden konnte und kein Mensch in dem Wagen war, war man um so mehr über den Brand des Wagens verwundert. — G. hatte das Untergestell des Wagens für 300 Mark erstanden und darauf den Wohnwagen mit allem Inventar wie Betten, Schrank, Tisch, Ofen usw. eingerichtet.

Obwohl der so hergerichtete Wagen nur einen Gesamtwert von etwa 1400 Mark hatte, war er bei der Feuerversicherung

mit 3500 Mark versichert worden.

G. gab als Brandschaden auch die Gesamtsumme an, die er von der Landesfeuersozietät forderte. Daß nicht einmal mehr alles Inventar des Wagens vor dem Brande vorhanden war, ver[-]schwieg er der Versicherung.

Alle diese Momente lenkten den Verdacht der Brandstiftung an dem Wagen auf G., der auch für die Brandzeit kein Alibi nachzuweisen vermochte. G. bleibt nach wie vor als der vermutliche Brandstifter erheblich belastet. Aber das Beweis[-]material reichte dem Gericht doch nicht aus, G. als Brandstifter an dem Wohnwagen seiner Arbeiter zu verurteilen. So mußte er von der Anklage der Brandstiftung freigesprochen werden. Wegen versuchten Versicherungsbetruges erhielt er einen Monat Gefängnis, der durch die Untersuchungshaft als verbüßt gelten. Für die Wechselfälschungen wurde G. wegen schwerer Urkundenfälschung in Tateinheit mit Betrug zu neun Monaten Gefängnis verurteilt, die er noch verbüßen muß. —